

## LITIK DU-Politiker: neue Vorwürfe gegen Franke

DW, Kiel/Bonn  
s Ministerium für Bundes-  
Beziehungen hat nach Infor-  
mationen des Rechtsexperten der  
Bundestagsfraktion, Rolf O.  
Gelder, an Zahlungsempfänger  
geleitet und diese veranlaßt,  
Angaben im Verwendungs-  
weis zu machen. Der weitere  
Leib der Mittel sei unklar. Es  
sich annehmen, daß diese Auf-  
gaben über den Verbleib der  
in die Bundesrepublik  
schland gegeben worden sei.  
ch diese Masche wurde das  
aus der Kontrolle des Parla-  
s entzogen", sagte Oldero.  
SPD-Abgeordnete Albert  
a, der im Kontrollausschuß  
s Fraktionsvorsitzenden Her-  
Werner für eine amtliche Un-  
chung über den Verbleib der  
r aus dem Ministerium ge-  
nt hatte, erklärte, er habe an  
Integrität und persönlichen  
würdigkeit Egon Franke  
n Zweifel. Gerade in den he-  
m Wahlkampfjahren jedoch  
der Kontrollausschuß amti-  
Ermittlungen durch den  
senauß für den objektiven  
verhalten. Seite 2

## WIRTSCHAFT Toyota und GM wollen in USA produzieren

SAD/rtr, Tokio  
Der japanische Automobilher-  
steller Toyota und die größte ame-  
rikanische Autobauer General Mo-  
tors (GM) werden gemeinsam in  
den USA einen Kleinwagen produ-  
zieren. Das Auto wurde von Toyota  
konzipiert und soll mit japanischer  
Produktionstechnik hergestellt  
werden. Die Produktion in Free-  
mont, Kalifornien, soll 1985 auf-  
genommen werden. Über das Investi-  
tionsvolumen wurden keine Anga-  
ben gemacht. Bei dem auf zwölf  
Jahre befristeten Projekt sollen  
jährlich rund 200 000 frontgetrie-  
bene Kleinwagen hergestellt werden.  
Toyota soll den Leiter des Unter-  
nehmens bestimmen, an dem bei-  
de Seiten mit jeweils 50 Prozent  
beteiligt sein werden. Das Abkom-  
men, das von der staatlichen Han-  
delskommission der USA sowie  
den japanischen Behörden noch  
überprüft wird, soll heute unter-  
zeichnet werden. GM-Vorstands-  
vorsitzender Roger Smith sagte,  
der neue Wagen solle die Chevette-  
Serie ablösen. Durch die Koopera-  
tion mit Toyota würden direkt 3000  
sowie weitere 9000 Arbeitsplätze in  
der Zulieferindustrie geschaffen,  
sagte Smith.

## Genscher: Grundentscheidungen gegen die SPD verteidigen

Interview mit der WELT / Für klare West-Bindung und Marktwirtschaft

DW, Bonn  
Die gegenwärtige Regierungskoalition sei angetreten, um die  
Grundentscheidungen für die So-  
ziale Marktwirtschaft und für die  
West-Bindung der Bundesrepublik  
Deutschland neu zu bekräftigen,  
sagte der FDP-Vorsitzende Außen-  
minister Hans-Dietrich Genscher,  
in einem Interview mit der WELT.  
Beide Grundentscheidungen wür-  
den heute ähnlich wie in der Zeit  
nach der Gründung des Staates im  
Jahre 1949 angefochten. Genscher  
warnte vor einer Selbstisolierung  
zwischen Ost und West. Die Regie-  
rung aus Union und FDP befür-  
worte eine klare Option für den  
Westen. Sie verteidigte damit das  
Ziel, die stabile Ordnung in Europa  
zu erhalten und ihren Verfall in  
eine „Konfliktordnung“ zu verhin-  
dern. Das Gespräch mit dem FDP-  
Vorsitzenden führte Herbert  
Kremp.

Probleme und schwere Ausein-  
deretzungen zu bestehen hätten,  
konnte niemanden überraschen.  
Und zwar deshalb nicht, weil es  
immer wieder gerade in dieser Par-  
tei, die sich die Aufgabe stellt, den  
Wechsel möglich zu machen, auch  
einzelne und Gruppen gibt, denen  
eine bestimmte Koalition, welche  
die FDP eingeschlagen ist, höher  
steht als liberale Überzeugung. So  
etwas hat es 1969 gegeben, so etwas  
hat es jetzt gegeben. Diese Phase  
hat die FDP hinter sich, und sie hat  
damit ihre innere Freiheit voll ge-  
wonnen und bestätigt.

WELT: Hat die neue Koalition  
einen in der Zeit liegenden histo-  
rischen Sinn?

Genscher: Vielleicht ist „in der  
Zeit liegend“ zu wenig gesagt; es ist  
ganz sicher richtig, daß Sach-  
aufgaben und historische Ent-  
wicklungen sich ihre Koalitionen  
suchen. Nach dem Zweiten Wel-  
krieg war die Entscheidung zwi-  
schen West-Integration oder Neut-  
ralisierung, zwischen sozialer  
Marktwirtschaft oder bürokrati-  
sem Sozialismus zu treffen. Die-  
se Entscheidung, damals zusam-  
men von FDP und CDU/CSU ge-  
sucht und gefunden, ist jetzt neu  
zu bekräftigen. Denn die Entsch-  
eidung für die soziale Marktwir-  
tschaft wird in der SPD, die mit  
ihren Münchener Parteiführern  
Godesberg zurückgefallen ist, an-  
gefochten. Angefochten wird auch  
die West-Bindung der Bundesre-  
publik, expressis verbis bei den  
Grünen mit der Forderung nach  
Austritt aus der NATO, in der Kon-  
sequenz aber auch durch bestim-  
te sicherheitspolitische Vorstellun-  
gen in der SPD.

WELT: Sie sagen also, daß es bei  
der Bundestagswahl um eine  
grundsätzliche Richtungsent-  
scheidung, um eine Art System-  
wahl geht?

Genscher: In der Tat, die Koalition  
der Mitte ist angetreten, um die  
Grundentscheidungen für die so-  
ziale Marktwirtschaft und für die  
West-Bindung der Bundesrepublik  
Deutschland neu zu bekräftigen.  
Beide Entscheidungen stehen in  
einem inneren, einem geistigen Zu-  
sammenhang, sie sind beide Ent-  
scheidungen für die Freiheit. Da-  
bei stehen natürlich auch heute  
Personen für diese Grundentschei-  
dung. Ich nehme das für den Bun-  
destagsgeschehen in Anspruch  
wie für mich.

Hier liegt vielleicht auch das ei-  
gentliche Problem der Sozialdemo-  
kraten in diesem Wahlkampf. Ihr  
Spitzenkandidat steht weiter für  
das eine noch für das andere; er  
kann es auch nicht, denn wenn er  
klar Stellung beziehen würde, kä-  
me er in dieselbe Lage wie der  
frühere Bundeskanzler Helmut  
Schmidt, dem seine Partei für die  
in der alten Koalition vereinbarte  
Politik mehr und mehr die Gefolgs-  
schaft versagte.

WELT: In diesem Wahlkampf  
werden Emotionen aufgewühlt.  
Ich habe neulich einen Vortrag  
von Hermann-Josef Abs gehört,  
der sagte, frühere Bundeskanzler  
wie Ludwig Erhard hätten die  
Menschen ermutigt, und deshalb  
sei es in Deutschland vorange-  
gangen. Man habe den Menschen  
keine Angst gemacht. Heute aber  
wird Angst gemacht. Müssen die  
Deutschen sich ängstigen lassen?

• Fortsetzung Seite 8

## DER KOMMENTAR

### Der Fronvogt

BRUNO WALTER

Setzt Moskau beim Bau der  
sowjetisch-europäischen  
Erdgasleitung Zwangsarbeit-  
ein oder nicht? Diese Frage,  
im vergangenen Jahr weltweit  
diskutiert, steht auch nach  
dem jüngsten Bericht des US-  
Außenministeriums weiter im  
Raum. Eine Reihe von Infor-  
mationen, so heißt es in der  
Studie, weise darauf hin:  
„förmliche Beweise“ aller-  
dings gibt es nicht.  
Wie sollte es sie auch geben  
können? Gegenüber einem  
System wie dem sowjetischen,  
zu dessen immanenten Eigen-  
gesetzlichkeiten auch die bei-  
nahe totale Abschottung nach  
außen gehört, sind förmliche  
Beweise meist nur schwer zu  
führen. Moskau hatte zwar  
Journalisten und eine interna-  
tionale Beobachtergruppe an  
die Pipeline-Trasse eingela-  
den. Aber niemand aus dem  
Westen sah mehr als 300 Kilo-  
meter Baustelle, von insge-  
samt rund 4000 Kilometern.  
Und dies auch nur für kurze  
Zeit. Nur eine internationale  
Untersuchung könnte die Vor-  
würfe, die sich schließlich auf  
eine ganze Reihe von Berich-  
ten stützen, entkräften.  
Aber selbst dann, wenn sich  
der Kriml aus Gründen der  
politischen Optik in Sachen  
sowjetisch-europäische Erd-  
gas-Pipeline zu einem solchen  
Schritt bereit fände, bliebe da  
noch das eigentliche Problem:  
die Zwangsarbeit im Reich der  
roten Zaren, auf die das Au-  
ßenministerium in Washing-  
ton in seinem jüngsten Bericht  
erneut hingewiesen hat.

Die Zustände in den Lagern,  
von Alexander Solschenizyn  
in „Archipel Gulag“ bewege-  
nd dokumentiert, haben sich  
offenbar nicht geändert. Auch  
wenn das Zwangsarbeits-Sys-  
tem, dem nach amerikani-  
schen Feststellungen jetzt wie-  
der vier Millionen Menschen in  
der Sowjetunion unterworfen  
sind (vorübergehend waren es  
schätzungsweise „nur“ zwei  
bis drei Millionen), seit einiger  
Zeit nicht mehr unter GULag  
firmiert, sondern unter GU-  
TU (Hauptverwaltung Besse-  
rungsarbeit) bezeichnet wird.  
Die Vorwürfe aus Wa-  
shington an die Adresse  
Moskaus sind hart, die bei-  
spielhaften Zustandsbeschrei-  
bungen erschütternd. Jurij  
Andropow, der neue Partei-  
chef, muß nach fünfzehn Jah-  
ren als KGB-Chef die Realität  
des Zwangsarbeit besser  
kennen als jeder andere. Er  
wird politisch mit diesen Vor-  
würfen solange leben müssen,  
bis eine unabhängige Unters-  
uchungskommission die rund  
1100 Zwangsarbeitslager in  
der Sowjetunion ständig über-  
prüfen könnte, wie der US-  
Bericht es vorschlägt. Nichts  
allerdings spricht dafür, daß  
Moskau dem folgen könnte.  
Denn nur freie Staaten  
kommen ohne Zwangsarbeits-  
lager und ohne unmenschliche  
Härte aus.

## TAT DES TAGES



Vir werden die Tati-  
onomie gegen jede  
inschnückerung und  
jewalttätigkeit vertei-  
tigen.  
äsident des Arbeitgeberverban-  
samtmetall, Wolfram Thiele, zu  
Demonstrationen der Gewerk-  
IG Metall während der Tarifver-  
handlungen.  
FOTO: FRANK LEONHARDT / DPA

## nzosen unzufrieden

dpa, Paris  
Ferienwird die Hälfte der Franzosen  
mit der Politik der Volks-  
regierung in Paris unzufrie-  
den. Zu diesem Ergebnis kommt  
in der Zeitung „Le Figaro“  
fentlichte Meinungsumfrage.  
Befragung wurde auch deut-  
daß die Wähler bei den bevor-  
henden Gemeinderatswahlen am 6.  
ein Votum über die nationale  
k abgeben wollen. 49 Prozent  
erfragten sprachen sich gegen  
regierung aus. 31 Prozent woll-  
ten ihre Stimme bei den Kom-  
munalwahlen die Politik Mit-  
terstützen.

## würfe gegen Kairo

dpa, London  
Gefangen-Hilfsorganisation  
Amnesty International (ai) hat  
griechische Regierung beschul-  
digt, die Mißhandlung politi-  
Gefangener die Menschen-  
e zu verletzen. In einem ge-  
veröffentlichten Bericht heißt  
positionelle in Ägypten wür-  
mit jahrelangen Freiheitsstra-  
droht, verhaftet und an einer  
Meinungäußerung gehin-  
Außerdem gehe es immer wie-  
der über Folterungen pol-  
er Gefangener.

## skau hört ab

AFF, Oslo  
sowjetische Unterwasser-  
gerät ist im Bereich des nor-  
schischen Erdölfeldes Statford  
in Nordsee entdeckt worden. Ein  
cher der norwegischen Streit-  
e teilte mit, daß ein drei Meter  
s und 90 Zentimeter hohes  
kt vom Meeresgrund gehoben  
en sei. Das Gerät habe Infor-  
mationen über den Schiffsverkehr  
eichert. In jüngster Zeit seien  
nere Spionagegeräte in der Na-  
r Küste entdeckt worden, hieß

## Trendwende am Bau

dpa/WVD, Frankfurt  
Eine Trendwende in der Bauwir-  
tschaft „als der wohl am schwersten  
von der Rezession getroffenen  
Branchen“ scheint sich im letzten  
Quartal 1982 angebahnt zu haben.  
Dies geht aus einer Branchenunter-  
suchung der Commerzbank hervor.  
Sie hält in diesem Jahr eine Zunah-  
me der Bauleistungen in der Bun-  
desrepublik Deutschland um  
preisbereinigt ein Prozent „durch-  
aus für erreichbar“.

## SPD-Steuerpläne

AP, Bonn  
Die SPD will im Fall ihrer Regie-  
rungsübernahme nach einer An-  
kündigung des früheren Finanzmin-  
isters Manfred Lahnstein das  
Steuerrecht auch für Erträge aus  
Zinsen etwas konsequenter anwen-  
den. Nach geltendem Recht sind  
Zinseinkünfte aus Spareinlagen  
steuerpflichtig, wenn sie jährlich  
400 Mark (Verheiratete 800 Mark)  
übersteigen. Bislang ist es jedoch  
den Sparer selbst überlassen,  
Zinsgewinne beim Finanzamt anzu-  
geben.

## Loderers Nachfolger

rtr, Frankfurt  
Der bisherige stellvertretende  
Vorsitzende der Industriegewerks-  
chaft Metall, Hans Mayr, soll nach  
dem Willen der Geschäftsführer  
IG-Metall Vorstandsmitglied an  
die Stelle des aus Altersgründen  
auscheidenden Vorsitzenden Eugen  
Loderer treten. Stellvertreter Mayr  
soll der Stützpunkt-Bezirksleiter der  
IG Metall, Franz Steinkühler, wer-  
den. Dies teilt ein Gewerkschafts-  
sprecher auf Anfrage mit. Ein ent-  
sprechender Vorschlag des Vor-  
stands soll dem Gewerkschaftstag  
im Oktober unterbreitet werden.

## Kranken-Kontrolle

dpa, Bonn  
Durch gezielte Kontrollen will die  
Sozialversicherung der „DDR“ si-  
chern, daß der nach ihrer An-  
sicht zu hohe Krankenstand von  
durchschnittlich sechs Prozent ge-  
senkt wird. In Zweifelsfällen sollen  
krankgeschriebene Arbeiter kurz-  
fristig einer ärztlichen Kontroll-  
kommission vorgestellt werden.  
Dies teilte das Informationsbüro  
West (IWE) mit.

## Aktien gut behauptet

DW, Frankfurt  
Bei lebhaftem Geschäft konnten  
sich die Aktienkurse gut behaupten.  
Der Rentenmarkt war freund-  
lich. WELT-Aktienindex 114,7  
(114,0). Dollarkurs 2,3983  
(2,4205) Mark. Goldpreis pro Fein-  
unze 511,50 (500,50) Dollar.

## WETTER

### Heiter und trocken

DW, Essen  
Nach Auflösung von Fröhenbel in  
ganz Deutschland heiter und nie-  
derschlagsfrei. Tagestemperaturen  
um null Grad, in der Nacht Frost  
zwischen minus 5 und minus 10  
Grad. Zeitweise auffrischender  
Nordostwind.

## Zwangsarbeit auch für Pipeline-Bau

US-Außenministerium legt Dokumentation über sowjetische Straflager vor

W. WILL/DW, Washington  
Auf rund vier Millionen schätzt  
das amerikanische Außenministe-  
rium die Zahl der Zwangsarbeiter  
in der Sowjetunion. Nach den In-  
formationen des Ministeriums ver-  
richten sich die Vermutungen, daß  
Moskau auch beim Bau der Erd-  
gas-Leitung nach Westeuropa  
Zwangsarbeiter einsetzt.  
In der Dokumentation des State  
Department wird der Brief einer  
Französin zitiert, deren Mann seit  
Februar 1982 in einem Straflager  
gehalten wird, weil er sich geweig-  
ert hatte, seinen Antrag auf Aus-  
reise nach Israel zurückzuziehen.  
„Etwa 2000 Gefangene leben im  
Lager Vjdrino. Dort, wo Tuberku-  
lose und andere Krankheiten her-  
schen... Die Körper vieler Gefan-  
gener sind mit aufgeborenen Ge-  
schwüren bedeckt. Ihre Kleidung  
klebt an ihrer Haut und muß mit  
Haustieren abgewaschen werden.“  
Ihre tägliche Ration be-  
steht aus 450 Gramm Brot und 450  
Gramm Grütze... Fett gibt es

kaum. Vitamine fehlen ganz... Ich  
weise darauf hin, daß die Hunger-  
Folter, daß Kälte und Arbeit über  
die Kräfte eines Mannes gehen.“  
Wie dieser Brief in den Westen  
kam, bleibt in der Dokumentation  
ebenfalls wie die Frage, woher  
eine ebenfalls abgedruckte Zeich-  
nung stammt: Sie zeigt neben einer  
Pipeline-Pumpe ein Lager  
für Zwangsarbeiter. Möglicherweise  
ist die Zeichnung Ergebnis einer  
Satellitenaufnahme.  
Die Autoren des Berichts, der  
dem amerikanischen Kongreß zu-  
geleitet wurde, geben die Zahl der  
Zwangsarbeitslager in der Sowjet-  
union mit rund 1100 an. Zur  
„Zwangsarbeiter-Armee“ gehörten  
wenigstens 10 000 Sowjetbürger,  
die aus politischen oder religiösen  
Gründen gefangen gehalten wür-  
den. Erwärmt werden auch 11 000  
Vietnamesen, deren Status  
als „Dienstreisende“ unter Ver-  
schiebung der Wahrheit  
handelt es sich um „unerziehbare  
pflichtige“ Südvietnamesen, die

von Hanoi als Art Arbeitsklaven an  
die UdSSR „ausgeliehen“ wur-  
den.

In einem Begleitheft an den  
Kongreß schrieb Unterstaats-  
sekretär Lawrence Eagleburger, daß  
nach mehreren Berichten  
„Zwangsarbeiter auch bei schwie-  
rigen und gefährlichen Arbeiten,  
die mit dem Bau der „Export-Pipe-  
line“ zu tun haben, eingesetzt wor-  
den sind.“ Es wird nicht ausdrück-  
lich festgestellt, daß die Gas-Pipe-  
line, die von Sibirien nach Westeu-  
ropa führt, mit Zwangsarbeitern  
gebaut wird. Das Dokument deutet  
vielmehr an, daß aus Furcht vor  
„negativer Publizität“ der Einsatz  
von Zwangsarbeitern auf inner-  
sowjetische Pipeline-Projekte be-  
schränkt ist. Demgegenüber wird  
hervorgehoben, daß Zwangsarbeit-  
er „auch eine Rolle bei sowjeti-  
schen Verteidigungsprojekten“  
spielen; denn „militärische Instal-  
lationen gehörten zu den größte-  
ren Projekten, bei denen Zwangs-  
arbeiter eingesetzt wurden“.

## Karlsruhe verkündet heute die Entscheidung

rtr/dpa/AP, Karlsruhe  
Der Zweite Senat des Bundes-  
verfassungsgerichts hat gestern ab-  
schließend seine Entscheidung  
über die vorgezogene Bundestags-  
wahl im März beraten, wie ein  
Sprecher in Karlsruhe bestätigte.  
Das Gericht unter seinem Vor-  
sitzenden Wolfgang Zeidler hat, wie  
bekannt wurde, zur Begründung  
seiner für heute (11 Uhr) angekün-  
digten Urteils rund 50 Seiten Text  
ausgearbeitet. Diese ungewöhnlich  
breite Darlegung kennzeichnet  
nach Auffassung von Beobachtern  
die Einmaligkeit der Entschei-  
dung. Die ursprünglich vorgesehe-  
ne Direktentscheidung des ZDF über  
das Urteil des Bundesverfassungs-  
gerichts wird nicht stattfinden. Der  
Senat entschied, eine Live-Sen-  
dung weder im Fernsehen noch im  
Rundfunk zuzulassen.

## Bonn will nicht für Verlegung der Truppen zahlen

DW, Bonn  
Die Bundesregierung lehnt wei-  
terhin eine Kostenbeteiligung für  
die Verlegung von US-Truppen  
in der Bundesrepublik. Deutsch-  
land ab. Nach einem Bericht der  
„Frankfurter Rundschau“ soll  
Washington von Bonn eine Betei-  
lung in Höhe von 2,3 Milliarden  
Mark - verteilt auf die Jahre 1985  
bis 1990 - an den Kosten verlangt  
haben, die durch eine Verlegung  
dichter an die innerdeutsche Gren-  
ze entstehen. Ein Sprecher des  
Bundesfinanzministeriums de-  
mentierte konkrete Forderungen  
und betonte, daß Bonn nach den  
geltenden Verträgen keine Zah-  
lungen zu leisten habe. Bundeskanzler  
Kohl und Verteidigungsminister  
Wohr haben schon früher auf er-  
hebliche zusätzliche Bonner Lei-  
stungen verwiesen.

## Libanons Armee bezog Stellungen in Ostbeirut

AFP/AP, Beirut  
Drei motorisierte Brigaden der  
libanesischen Armee mit insge-  
samt 6000 Soldaten haben gestern  
elf neue Stellungen in Ost-Beirut  
sowie nördlich und südlich vom  
Stadtzentrum bezogen. Die von  
den Phalangisten dominierten Mi-  
lizen, die bisher Ost-Beirut be-  
herrschten, waren von ihrem Kom-  
mandeur Fady Frem angewiesen  
worden, mit den regulären Streit-  
kräften zusammenzuarbeiten.  
Das Kabinett hatte beschlossen,  
daß die 22 000 Mann starken Streit-  
kräfte alle Sicherheitsmaßnahmen  
übernehmen, ohne daß die Aus-  
nahmestellung ausgerufen wird.  
Inzwischen konnte der frühere Ma-  
jor Haddad seine Enklave „Freies  
Libanon“ auf Sidon ausdehnen.  
Damit umfaßt seine Zone ein Vier-  
tel des Staatsgebietes.

## Arafat: Habasch will PLO spalten

Kairo rät Palästinensern zur Annahme des Reagan-Plans als Verhandlungsgrundlage

dpa/AP/rtr, Algier  
Zu einem ersten öffentlichen  
Eklat zwischen PLO-Chef Yassir  
Arafat und seinem Hauptkontra-  
renten Georges Habasch von der  
„Volksfront für die Befreiung Palä-  
stinas“ (PFLP) kam es gestern am  
Rande der Tagung des „Palästi-  
nenschen Nationalrats“ in Algier.  
Außerhalb des Sitzungssaales  
warf Arafat in Anwesenheit von  
Journalisten Habasch vor, er ver-  
suche die PLO unter Druck von  
Syrien und Libyen zu spalten. Ha-  
basch dagegen, der für die Fortset-  
zung des militärischen Kampfes  
eintritt, beschuldigte Arafat, er  
führe die PLO auf einen „falschen  
Weg“, wenn er mit König Hussein  
von Jordanien über eine palästi-  
nensisch-jordanische Konfödera-  
tion spreche und nicht darauf ach-  
te, welche wichtige Rolle Syrien  
und die Sowjetunion spielen könn-  
ten.  
Wie inoffiziell aus Teilnehmer-

kreisen verlautete, verfolgt Arafat  
in Algier das Ziel, seine Führungs-  
autorität auf eine breitere Basis zu  
stellen und sich vom Nationalrat  
direkt zum Palästinensischen  
wählen zu lassen. Bisher hatte ihn  
nur das Exekutivkomitee, das die Re-  
gierungsaufgaben wahrnimmt, zu  
seinem Präsidenten gewählt.  
Am Vortage hatte Arafat zu Be-  
ginn der Tagung des Nationalrats  
zur Fortsetzung des Kampfes für  
einen unabhängigen Palästina-  
serstaat aufgerufen. Arafat sagte,  
der bewaffnete Kampf müsse  
durch „politische Kriegführung  
auf allen Stufen“ ergänzt werden.  
Die von ihm mit König Hussein  
erörterten Pläne für eine palästi-  
nensisch-jordanische Konfödera-  
tion seien Ausdruck seines Glau-  
bens an die arabische Einheit und  
kein Ausverkauf palästinensischer  
Interessen. Auch der Generalse-  
kretär der Arabischen Liga, Kilibi,  
forderte den Nationalrat auf, die

„militärische Option zur Stärkung  
der Friedensoption“ beizubehal-  
ten.  
Nach der PLO-Führung hat sich  
auch der Präsident des Palästi-  
nenschen Nationalrats, Khaled al  
Fahoum, gegen den Nahost-Plan  
des US-Präsidenten Reagan aus-  
gesprochen, der für die Anbindung  
eines nur autonomen palästinensi-  
schen Heimatlandes an Jordanien  
plädiert. Fahoum nannte den Rea-  
gan-Plan illusionär, weil er die  
Forderung nach einem palästin-  
sen-Staat nicht erfülle.  
Elias Freij, Mitglied des Natio-  
nalsrats, forderte dieses Exilparla-  
ment zu raschen pragmatischen  
Entscheidungen auf, ehe Israel die  
besetzten arabischen Gebiete an-  
nektiere. Indirekt zur Annahme  
des Reagan-Planes als Verhand-  
lungsgrundlage riet auch Ägypten.

Seite 2: Was Arafat unter Friedens-  
lösung versteht

## USA: Moskau versucht nur Keil in die Allianz zu treiben

Enttäuscht über das Stocken der Genfer Verhandlungen

dpa/AP, Brüssel/Bonn  
Die USA machen die Sowjets für  
das derzeitige Stocken der Genfer  
INF-Verhandlungen verantwort-  
lich. Ihr Vorwurf: Moskau beharre  
auf einem Verzicht der NATO auf  
neue amerikanische Mittelstreck-  
enwaffen und auf der Einbezie-  
hung der französischen und briti-  
schen Atomwaffen in eine Verein-  
barung über den Abbau von SS-20-  
Raketen.  
Den Standpunkt Washingtons  
bekräftigte gestern in Brüssel der  
Leiter der Europa-Abteilung im  
US-Außenministerium, Robert  
McFarlane. Nach der Sitzung des  
NATO-Abstrichtungsausschusses sprach  
er von der Enttäuschung der USA  
über die starre Haltung der So-  
wjets bei den Genfer Verhandlun-  
gen.  
Die Konferenz der Allianz habe  
aber, so Burt, erneut zu der über-  
einstimmenden Einschätzung ge-  
führt, daß der Vorschlag des so-  
wjetischen Parteichefs Jurij Andropow  
über die Einbeziehung der briti-  
schen und französischen Waffensys-  
teme in die Verhandlungen „kein  
ernsthaftes Angebot ist und nicht  
als Grundlage für eine Vereinba-  
rung gelten kann“.

Westen in Genf derzeit kein über  
die Null-Lösung hinausgehendes  
Angebot unterbreite.  
Trotz der derzeit in Genf festge-  
fahrenen INF-Verhandlungen geht  
Bundeskanzler Helmut Kohl da-  
von aus, daß die Sowjets zu weite-  
ren Zugeständnissen bereit sind,  
wenn der Westen einig bleibt. Ge-  
genüber der „Neuen Osnabrücker  
Zeitung“ sagte er jedoch, daß er  
mit der entscheidenden Phase bei  
den Genfer Gesprächen erst im  
Sommer rechne.  
Die Basis der NATO sei heute  
fester als in den vergangenen Jah-  
ren, argumentierte Kohl. Die hie-  
ge auch damit zusammen, daß die  
von ihm geführte Bundesregierung  
in der USA erhebliche Irritationen  
abgebaut habe. Er warnte zugleich  
davor, nur über die Mittelstreck-  
raketen zu diskutieren.

AP, Bonn  
Ein Abkommen über die Begren-  
zung von Mittelstreckenraketen  
muß nach Ansicht des SPD-Kanz-  
lerkandidaten Hans-Jochen Vogel  
„spätestens zwischen Dezember  
diesen und den ersten Monaten des  
nächsten Jahres unterschrieben  
werden“.  
Die Genfer INF-Verhandlungen  
stünden unter erheblichem Zeit-  
druck, damit ein Übereinkommen  
noch vor den amerikanischen  
Präsidentenwahlen Ende 1984  
ratifiziert werden könne. Wenn  
dieser Zeitrahmen nicht eingehal-  
ten werde, ergäbe sich eine „völlig  
ungewisse Lage für die Fortset-  
zung der Verhandlungen“. Vogel  
unterstrich noch einmal „die klare  
Absage“ an eine Zwischenlösung  
bei den Genfer INF-Verhandlun-  
gen, die „von einer automatischen,  
wenn auch reduzierten Stationie-  
rung ausgeht“.

## Aeroflot-Funktionär unter Spionageverdacht verhaftet

Italiener hatte ihm Fotos von Militäranlagen übergeben

FRIEDRICH MEICHNER, Rom  
Nach dem bulgarischen Luft-  
flotten-Angestellten Antonoff ist jetzt  
auch ein führender Funktionär der  
sowjetischen Fluggesellschaft  
„Aeroflot“ in einem römischen Ge-  
fängnis gelandet: Viktor Pronin,  
Vizedirektor der Handelsabteilung  
in der römischen „Aeroflot“-Nie-  
derlassung, wurde unter Spionage-  
verdacht in Polizeigewahrsam  
genommen.  
Die Carabinieri überraschten  
Pronin, als er gerade von dem Ita-  
liener Azelio Negrino ein Paket mit  
Mikrofilmen - angeblich von Ver-  
teidigungseinrichtungen in Nord-  
italien - entgegennehmen woll-  
te. Gegen Negrino, der Geschäfts-  
führer einer Genueser Mikrofilm-  
firma ist, wurde sofort Haftbefehl  
wegen „politisch-militärischer  
Spionage“ erlassen. Im Fall Pronin  
steht eine entsprechende Entschei-  
dung durch die Staatsanwaltschaft  
noch aus.  
Bei einer Durchsuchung des Ho-  
telzimmers Negrinos wurde nach  
Angaben der Polizei „äußerst in-  
teressantes Material“ sicherge-  
stellt. Pronin und Negrino wurden  
in einer belebten Bar der römi-  
schen Innenstadt festgenommen.

Der italienische militärische Ab-  
schirmdienst war seit etwa einem  
Jahr auf der Spur der mutmaßli-  
chen Spione.  
Pronin ist - innerhalb weniger  
Monate - der dritte in Italien in  
einem Spionagefall verurteilte so-  
wjetische Staatsbürger. Die Auf-  
deckung der beiden anderen Fälle  
hatte zur Ausweisung eines Funk-  
tionärs des sowjetischen Handels-  
büros in Turin und - erst vor zwei  
Monaten - des im Militärattaché-  
Stab der römischen Sowjetbot-  
schaft tätigen Oberleutnants  
Iwan Zeliag geführt.  
In der italienischen Presse wird  
nach der Festnahme Pronins die  
Frage nach Querverbindungen zur  
Gruppe der Bulgaren aufgeworfen,  
die der Verwicklung in das Papst-  
Attentat vom Mai 1981 und in einen  
Spionagefall im Zusammenhang  
mit der Entführung des amerikani-  
schen NATO-Generals Dozier ver-  
dächtigt werden. Eine Verbindung  
zwischen der Festnahme Pronins  
und der „bulgarischen Spur“ bei  
den Ermittlungen zur Aufklärung  
des Attentats auf Johannes Paul II.  
wurde von den italienischen Fah-  
ndern weder bestätigt noch dementi-  
ert.

## Heute in der WELT

sonnen: Kultur - Der Geist ht, wann er will	S. 2	Wirtschaft: Strom - Kapazitätsaus- bau langwierig	S. 9
aron: Kraft und Wille als poli- e Herausforderung	S. 3	Sport: Sarajevo - ein Jahr vor den Olympischen Spielen	S. 14
rlin besorgt über mangelnde schäfte	S. 4	Fernsehen: Grimme-Preis: Acht- Tage-Marathon für die Pupille	S. 14
gostawien: Belgrads Presse hat haukt mehr Gängel	S. 5	Kultur: Bedroht die Koproduktion das europäische Kino?	S. 15
rum: Personalien und die Mei- ng von WELT-Lesern	S. 7	Aus aller Welt: „Challenger“ Start, eine Herausforderung	S. 16

tee und Glottis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die  
r um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Wächter Wehner

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Herbert Wehner ist auf seine Weise radikal. Die Folge ist, daß sich nicht nur seine politischen Gegner an ihm reiben, sondern auch so manches prominente Mitglied der eigenen Partei. Weil Wehner als kontinental-europäisch gen Osten orientierter Politiker radikal dafür war, die Plattform der Ostverträge auszuweiten, griff er Willy Brandt – damals sozialdemokratischer Bundeskanzler – rüde an, und das vom Boden der Sowjetunion aus. Und weil er radikal dafür eintrat, die Rüstungskontroll-Gespräche nicht den streitenden Experten zu überlassen, sondern sie auf die Ebene der Politiker zu heben, legte er sich öffentlich mit dem FDP-Vizekanzler der damaligen sozial-liberalen Regierung an, mit Hans-Dietrich Genscher.

Aber Wehner ist auch ein radikaler Parlamentarier – vielleicht der einzige in Bonn. Wenn die weitaus meisten Volksvertreter Wichtigeres zu tun hatten, als im Plenum auszuhalten, saß Wehner unverdrossen auf seinem Abgeordnetenstuhl. Mit seinem Temperament als Zwischenrufer kann es allenfalls Lothar Haase von der CDU aufnehmen.

Es gibt keinen kompromißloseren Wächter über die Kontrollfunktionen des Parlaments als Wehner. Den Beweis hat er gerade wieder geliefert. Er, der Fraktionschef, war es, der dem sozialdemokratischen Mitglied des zuständigen parlamentarischen Kontrollgremiums, Albert Nehm, geraten hat, den Fall Franke/Hirt der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Das muß Wehner schwer gefallen sein; denn er hatte abzuwägen, was ihm wichtiger sei: Im Wahlkampf das Machtinteresse seiner Partei über das Kontrollrecht des Bundestages zu stellen oder aber die parlamentarische Kontrolle schonungslos auszuüben, indem er wenige Wochen vor dem Wahltag den skandalumwitterten Fall eines ehemaligen sozialdemokratischen Bundesministers der staatsanwaltschaftlichen Ermittlung überantwortete.

Wehner hat sich radikal als Parlamentarier entschieden und den Machtwillen des Parteifaktors hinterlassen. Ausnahmsweise können alle mit ihm einverstanden sein.

## Goldenes Sparbuch

Von Claus Dertinger

Der Wirbel, der im Kreditgewerbe um das sogenannte „Goldene Sparbuch“ entstanden ist, die Spareinlage mit der an der Kapitalmarkttrendite orientierten Verzinsung, mag dem Sparer unverständlich erscheinen. Für ihn ist dieses Sparbuch, das mit einjähriger Kündigungsfrist wesentlich höhere Zinsen abwirft als das Normalsparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist und das sich auch besser verzinst als andere Spargelder mit längeren Kündigungsfristen, auf jeden Fall eine attraktive Anlage.

Für die Sparkassen ist dieses Pilotprojekt aus Siegen, von dem noch gar nicht sicher ist, daß es sich überhaupt durchsetzt, ein spätgeborenes Kind der Not, gezeugt in der Hochzinsphase, als die Sparer ihre zu niedrig verzinsten Sparbücher „plünderten“ und ihr Ersparnis lieber in Wertpapieren und als kurzfristige Termingelder anlegten, die viel höhere Zinsen brachten.

Für die Sparkassen hatte das besonders 1981 unangenehme Folgen. Ihnen fehlten Einlagen in dem Topf, aus dem sie ihre traditionell längerfristigen Kredite geben: eine wichtige Säule des Geschäfts war damit schwach geworden.

Sie hat zwar nach dem Zinsrückgang im letzten Jahr wieder an Tragfähigkeit gewonnen, dennoch wird das Projekt in der Sparkassenorganisation weiter verfolgt. Seine Befürworter wollen sich vor ähnlichen Überraschungen wie in der letzten Hochzinsphase schützen.

Im Grunde ist das eine neue „Philosophie“: Hier „Liquiditätssparer“ mit dem niedrig verzinslichen Normalsparbuch, da „Vermögenssparer“, denen ein am Kapitalmarkt orientierter relativ hoher Zins geboten wird. Daß dem Kapitalmarkt dadurch Wasser abgegraben wird, ist nicht auszuschließen.

Fest steht aber – vorausgesetzt, das Vermögensspargeld findet allgemeine Verbreitung –, daß der Zinswettbewerb um Spargelder härter wird und daß der Geldeinkauf für das Kreditgewerbe teurer wird. Daher rührt denn auch der sich formierende Widerstand gegen das neue Modell.

## Zu viele Beweise

Von Peter Dittmar

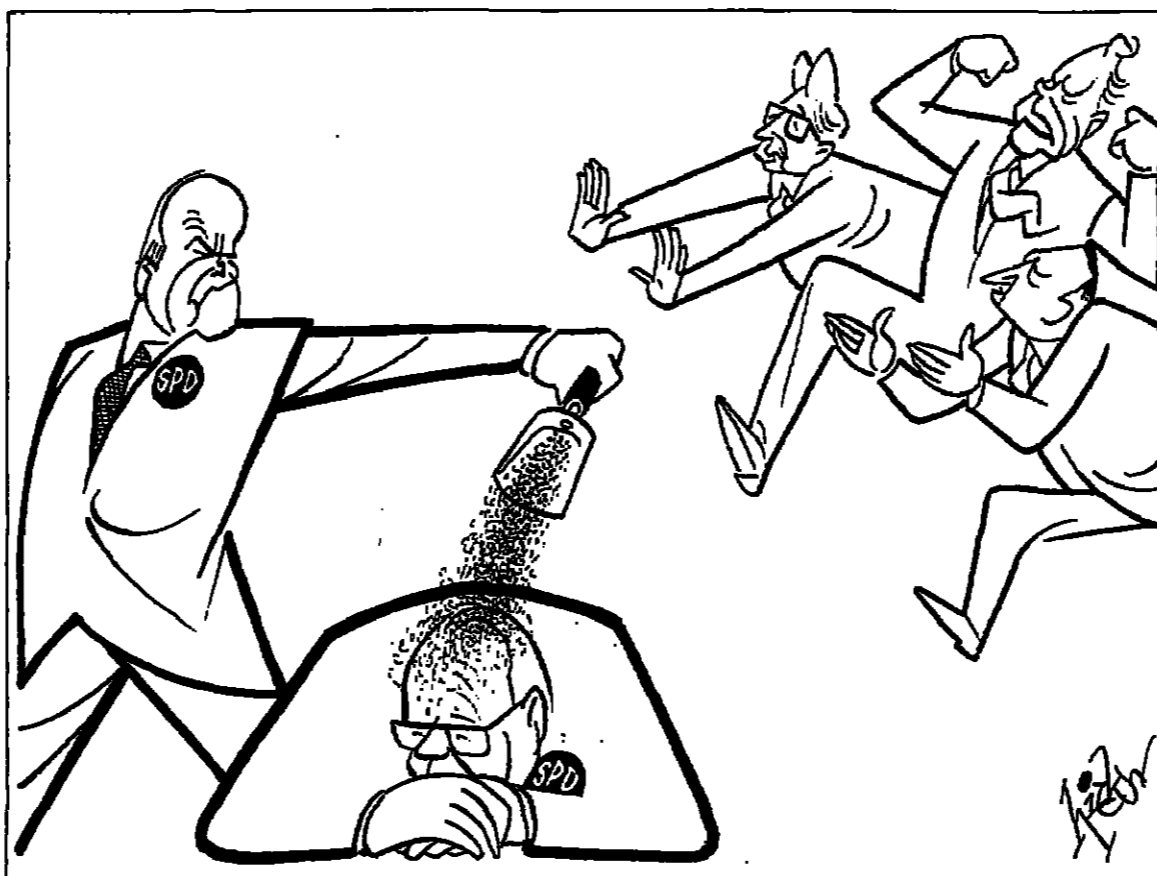
Die sowjetische „Gesellschaft für Neuropsychiatrie und Psychiatrie“ hat ihre Mitgliedschaft in der „World Psychiatric Association“ (WPA) gekündigt. Hinter dieser einfachen Mitteilung verbirgt sich eines der dunkelsten Kapitel gegenwärtiger Mißachtung der Menschenrechte in der Sowjetunion: Der Mißbrauch der Psychiatrie zur Unterdrückung Andersdenkender.

Freiwillig erfolgte die sowjetische Kündigung nicht. Im Juli hält nämlich die WPA ihren 7. Weltkongress in Wien ab. Und dort stand der Ausschluß der Sowjetunion auf der Tagesordnung. Nach vielem Taktieren und einer Menge „unpolitischen Opportunismus“ sollte nun endlich das Thema auf den Tisch kommen. Und daran war der Sowjetunion natürlich nicht gelegen. Denn inzwischen sind Zweifel an den Tatsachen nicht mehr möglich.

Die Liste der „Dissidenten“, die als „Verrückte“ mundtot gemacht werden sollten, ist inzwischen zu lang. Wladimir Bukowski und Piotr Grigorenko sind die gewichtigsten Zeugen. Aber die ersten waren sie nicht, die dieser Praxis unterworfen wurden. Das begann bereits zur Chruschtschow-Zeit. Im Oktober 1961 wurde der Professor für Bildhauerei Michail Nariza in eine „Gefängnis-Psychiatrie“ eingeliefert, weil er in einem Roman seine Erfahrungen in Stalins Lagern beschrieben hatte. Ein anderer Fall war Valerij Tarsis, dessen Bericht „Botschaft aus dem Irrenhaus“ zum ersten Mal im Westen mit dieser Methode bekanntmachte – und als Erfindung eines Geisteskranken beiseite geschoben wurde, weil man es nicht glauben wollte.

In den letzten zwei Jahrzehnten kamen jedoch so viele Beweise zusammen, daß die Wissenschaftler nicht mehr schweigen können.

Und die Politiker?



Aschermittwoch

ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

## Der Geist weht, wann er will

Von Günter Zehm

Der Kulturkongress der französischen Regierung, der zum Wochenbeginn in der Sorbonne mit großem Aufwand über die Bühne ging, hatte zwei Ziele, ein offizielles und ein inoffizielles. Inoffiziell war es ein Wiedergutmachungskongress gegenüber den Amerikanern, die seinerzeit von Kulturminister Lang vor der Unesco als „Kulturimperialisten“ auf die Hörner genommen worden waren. Das hatte damals viel Ärger gemacht, jenseits des Atlantik und auch im eigenen Lande. Um so freundlicher war diesmal der Empfang für die große amerikanische Delegation, der solche Koryphäen wie Norman Mailer und William Styron, Elie Wiesel und Susan Sontag, Sidney Lumet und Francis Ford Coppola, Alvin Toffler und John Kenneth Galbraith angehörten.

Offiziell ging es in Paris um das Thema „Kultur und Wirtschaft“. Staatspräsident Mitterrand selber war gekommen, um der Diskussion Richtung zu geben. Die Kultur, so sein Credo, könne und müsse den großen Anstoß geben zur Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Die Kultur setze kreative Kräfte frei, und das komme letztlich auch der wirtschaftlichen Entwicklung zugute. „Kulturelle Investitionen sind wirtschaftliche Investitionen“, rief er aus. „Den technischen Fortschritt muß ein kultureller Aufbruch begleiten.“

Die meisten Amerikaner stimmten zu, aber den wenigen Deutschen, die da waren, werden die Ohren geklungen haben. Hierzulande dominiert nämlich der Kulturpessimismus, und ein durchschnittlicher deutscher Intellektueller käme nie auf die Idee, mit seiner Kreativität die wirtschaftliche Entwicklung fördern zu wollen. Viel eher versteht er sich als „Sand im Getriebe“, als Verhinderer ökonomischen Fortschritts. Soeben hat Rudolf Bahro seine Antrittsvorlesung als Privatdozent an der Universität Hannover gehalten: Sie war ein einziges Plädoyer für die Abschaffung der Industrie und für die Rückkehr ins Mittelalter. Die geistigen

Schöpferkräfte, meinte Bahro, sollten nicht mehr der Stärkung der Industriegesellschaft, sondern nur noch dem Aufbau von „Seelengemeinschaften“ dienen.

Hier Motor des Fortschritts, dort Sand im Getriebe – paßt die Kultur überhaupt in eine solche Alternative hinein? Arnold Toynbee und seine Schule haben zu erkunden versucht, inwieweit Zeiten wirtschaftlicher Blüte mit Zeiten kultureller Blüte in den verschiedenen Gesellschaften und Staaten zusammenfallen. Das Ergebnis war eindeutig: Wirtschaft und Kultur speisen sich aus verschiedenen Quellen. Es gibt Epochen horrenden ökonomischen Niedergangs, in denen großartige Werke der Musik und Literatur geschaffen werden, und es gibt wirtschaftliche Blütezeiten, die literarisch und künstlerisch völlig steril sind. Andererseits bedeutet wirtschaftliche Depression nicht automatisch kulturelle Blüte. Auch im Negativen kommen Wirtschaft und Kultur nicht unbedingt zusammen.

Wenn das aber so ist, dann haben weder Mitterrand noch Bahro recht. Beide wollen die Kultur für außerkulturelle Zwecke einsetzen, der eine fürs Krisenmanagement, der andere für die soziale Destruktion. Beides bedeutet im Grunde eine Vergewaltigung der Kultur. Der Geist weht, wann und wo er will. Schon die Wissenschaft und die angewandte Kunst, die Architektur etwa, lassen sich



„Schwarze Serie“ oder Weltruhm trotz magerer Zeiten: Humphrey Bogart

nur widerwillig kommandieren, und ein noch so großer Forschungssetz garantiert nicht unbedingt eine effiziente Forschung. Noch viel weniger gibt es einen sicheren Erwartungshorizont für Mäzene auf dem Gebiet der Literatur und der sogenannten freien Kunst, auch wenn das in Paris jetzt immer wieder behauptet wurde.

Die Verdoppelung des französischen Kulturbudgets unter Mitterrand war gewiß eine spektakuläre Tat, aber niemand kann sagen, ob dadurch auch nur das geringste herauskommt. „Geld kann nie schaden“, meinte zwar William Styron, doch Arthur Penn wies umgehend darauf hin, daß Hollywoods berühmte „Schwarze Serie“ einst gerade wegen Geldmangels entstanden sei. Die Filme dieser Serie waren allesamt B-Filme, deren Produzenten sich mit den paar Brocken begnügen mußten, die von den Finanzen der großzügig bedachten A-Filme übrigblieben. Von den entsprechenden A-Filmen zur Zeit der „Schwarzen Serie“ spricht indes kaum noch jemand.

Staatliche wie private Kulturbudgets gleichen immer einer „Black Box“, bei der das Verhältnis zwischen Input und Output dem regulierenden Zugriff der Planer und Dezernenten entzogen bleibt. Die besten Kulturminister und Mäzene sind jene, die sich über diese Unzulänglichkeit ihres Jobs im Klaren sind, die selber ein bißchen den Künstlern gleichen und ihr Geld spielerisch und intuitiv einsetzen. Leider gibt es davon sehr wenige. Besonders die deutschen Kultursenatoren und -dezernenten gehören eher zur Spezies der verbockten Ideologen, die irgendein dogmatisches Programm „durchziehen“ wollen, sei es „Kritik um jeden Preis“, sei es „Hilfe für die Arbeiterklasse“, oder wie die Parolen sonst noch heißen mögen.

Derlei Ideologen hatte Graham Greene im Visier, als er in einer der Pariser Diskussionen sagte: „Die Kulturpolitik ist zu wichtig, als daß man sie den Kulturpolitikern überlassen könnte.“

## Was Arafat unter einer Friedenslösung für Nahost versteht

Von der Tagung des sogenannten „PLO-Parlamentes“ in Algier ist kaum ein Durchbruch zu erwarten / Von Peter M. Ranke

In Damaskus durften und wollten sie nicht tagen, die 355 PLO-Mitglieder aus der arabischen und westlichen Welt, die ihren von Zeit zu Zeit zusammen tretenden Kongress fälschlicherweise als „Parlament“ bezeichnen. Die Syrer können Druck auf ihre Beschlüsse ausüben, fürchteten sie, und außerdem sind die Beziehungen zwischen PLO-Chef Arafat und Syriens Präsident Assad mehr als gespannt. Daher tagt man also jetzt in Algier.

Arafat hat in Algier wieder den politischen und militärischen Kampf gegen Israel betont, so, wie die PLO schon Ende Januar in Aden erklärt hatte, der bewaffnete Kampf in allen Gebieten unter „zionistischer Besatzung“ werde fortgesetzt. Daß dazu ganz Israel gehört, wurde von dem angeblich gemäßigten PLO-Vertreter Ibrahim Souss in Paris nach dem Handgranaten-Anschlag gegen einen Zivildienst in Tel Aviv Mitte Januar klargestellt. Er erklärte: „Die Aufgabe der PLO ist die Rückgewinnung ganz Palästinas, und dazu gehören Jerusalem, Haifa, Nablus, Gaza und Safed.“

Westliche Medien und auch die Diplomatie verzeichnen solche Klarstellungen ungern nur, wenn überhaupt, weil sie aus Illusion und selbstbetrügerischen Wünschen daran glauben wollen, daß die PLO und ihr Anführer Arafat nichts anderes als eine „Friedenslösung“ für Nahost im Sinne haben, möglichst noch mit König Hussein von Jordanien zusammen. Obwohl in Algier bereits klargestellt worden ist, daß die PLO weiterhin nicht an eine Anerkennung der friedlichen Existenz Israels denkt und den sogenannten Reagan-Plan ablehnt, weil die Vorschläge des US-Präsidenten keinen eigenen Palästina-Staat für die PLO vorsehen, wird man sich im Westen weiter damit beschwichtigen, daß der Reagan-Plan vielleicht nicht „direkt“ abgelehnt, sondern nur als unannehmbar bezeichnet worden sei und daß Arafat vielleicht doch weiter mit König Hussein über eine gemeinsame Delegation verhandeln könne.

Tatsächlich hat auch Arafat immer daran festgehalten, daß vor irgendeiner staatlichen Verbind-

ung der „befreiten Gebiete“ mit Jordanien, wie sie Reagan mit seiner Föderations-Idee vorschwebt, zunächst ein unabhängiger PLO-Staat existieren müsse. Erst dann könne die Bevölkerung entscheiden – natürlich so, wie es die PLO will. Außerdem hat und will die PLO nicht König Hussein als Sprecher der Palästinenser anerkennen. Daß diese in der Tat radikalen Forderungen irgendwie mit Reagans Vorschlägen in Einklang gebracht werden können, ist bisher nicht zu sehen. Es sei denn, Washington nähert sich weiter der PLO-Linie an, nachdem Außenminister Shultz ja schon mit PLO-Bürgermeistern in Washington gesprochen hatte.

Der gerade für die amerikanischen Hoffnungen deprimierende PLO-Kongress zeigt, wie verhängnisvoll es war, daß Washington bei der Friedenssuche so weitgehend auf König Hussein und seine „Zusammenarbeit“ mit Arafat gesetzt hat. Die amerikanische Politik akzeptierte sogar das von Hussein hergestellte Junktim, daß Amerika seinen Einfluß auf Israel dadurch

## IM GESPRÄCH Moshe Arens

### Kämpfer mit kühlem Kopf

Von Thomas Kielinger

Was ihre äußere Erscheinung anbelangt, so könnten der alte und der neue israelische Verteidigungsminister, könnten Ariel Sharon und Moshe Arens kaum größere Gegensätze verkörpern. Wo Sharon Dynamik und unwiderstehlichen Tatendrang suggeriert, strahlt Arens eher die Kühle des Rechners, des Technokraten aus. Doch das ist die Oberfläche des Bildes. Vom Credo her, der politischen Leidenschaft, ändert sich durch den Wechsel von Sharon zu Arens so gut wie nichts. Auch der neue Chef der israelischen Verteidigung ist ein Mann nach dem Herzen von Premierminister Begin, ein alter Freund und Weggefährte dazu, der wie Begin selber in den geistigen Fußstapfen von Wladimir Jabotinski wandelt, dem Gründer des zionistischen Revisionismus.

Wer die Politik nach „Falken“ und „Tauben“ zu unterteilen beliebt, der darf in Arens getrost einen Super-Falken erkennen oder, gemäß dem modernen politischen Jargon, einen gestandenen „Hardliner“. Er vertritt auf Überzeugung das Siedlungsrecht der Juden in Judäa und Samaria, also auf dem Westjordanufer. Wie tief dies in Arens' Weltbild wurzelt, konnte man 1978 erleben, als er – damals Vorsitzender des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses der Knesset – das Camp-David-Friedenswerk ablehnte. Es erschien ihm seinerzeit als Beginn des Ausverkaufs israelischer territorialer Interessen. Die Geschichte hat gerade diesen Kritiker der Begin'schen Vertragspolitik eines Besseren belehrt: Seit Anfang 1982 vertrat Moshe Arens sein Land als Botschafter in Washington, und nun rückt er als Verteidigungsminister ganz in die Nähe ausübender Macht und ihrer Verantwortung. Dem kühlen, technisch geschulten Verstand dieses Mannes darf man gutes Gespür zutrauen bei Manövern vor allem der Beziehungen zum großen amerikanischen Freund.

Der 1925 in Kaunas, Litauen, geborene Arens – die Familie emigrierte am Vorabend des Zweiten



Gestandener Hardliner: Moshe Arens

Weltkriegs nach Amerika – dien zwischen 1944 und 1946 als Pionier-Sergeant bei der US-Armee. Nach der Abmaturierung studierte er Ingenieurwissenschaften am berühmten Massachusetts Institute of Technology. Gleichzeitig gehörte er als Anführer der „Beaver“ der Jugendorganisation der jüdischen Bewegung in den USA, und wurde früh Mitglied der von Begin geleiteten „United Jewish Community“ in Britisch-Palästina, der „Irgun Zvai Leumi“. 1949 siedelte Arens endlich nach Israel über, wo er eine glänzende Laufbahn absolvierte. Er Vater von vier Kindern, reiste zunächst im akademischen Bereich, als Professor für Luftfahrt Technik in Haifa, dann, seit 1962, verschiedenen hohen Positionen der israelischen Luftfahrtindustrie. In Arbeitsstil und Auftreten streng diszipliniert, wechselte 1974 als Mitglied des Präsidiums der Herut-Bewegung, endgültig die Politik, wurde Mitglied der Knesset. Kaum zehn Jahre später steht Moshe Arens, der Nachfolger Dayans und Sharons, vor der größten politischen Herausforderung. Wird er von den Stimmverschönten bleiben, die die Amtset seiner Vorgänger kennzeichneten?

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### BERLINER MORGENPOST

Zum Stand der Nahostpolitik schreibt die Zeitung:

In der Raketenfrage werden wir die für uns günstigste Lösung nicht bekommen. Das wird aus der Äußerung von US-Vizepräsident Bush deutlich, wonach Präsident Reagan einen Kompromiß erwägt. Am besten wäre zweifellos die Null-Lösung gewesen, das heißt, Moskau beseitigt seine SS-20-Raketen und der Westen kann auf die Nachrüstung verzichten. Diesen Vorschlag hat Reagan auf dem Tisch gelegt. Aber es ist nicht seine Idee, SPD-Chef Willy Brandt war schon im Sommer 1981 bei Gesprächen mit Breschnew in Moskau für die Null-Lösung eingetreten. Doch unsere schnelle Reaktion vergriff rasch. Nun heißt es allgemein, daß Kontrahenten mit Maximalforderungen in Verhandlungen gehen und sich schließlich etwa auf halbem Wege einigen – wenn überhaupt. Mag sein. Bestürzung ist nur, daß die Grenzen sowjetischen Entgegenkommens nicht geprüft werden konnten. Denn die Null-Lösung als ernstzunehmendes Angebot war vor allem in der Bundesrepublik längst zerredet, und zwar nicht allein von Politikern der Opposition, sondern auch von solchen des Regierungslagers. Sollen die Amerikaner sich für eine Sache schlagen, von der ihre am meisten betroffenen Verbündeten längst überdrüssig sind?

### Lübecker Nachrichten

Hier heißt es über Meldungen aus Moskau: „Die Frage ist, ob es eine Absicht des sowjetischen Außenministers ist, einen Kabinett-Kohl werden zu lassen.“

Sollte es dazu nicht reichen und eine Koalition mit den Liberalen nötig sein, dann wird es offenbar schweren Herzens – darauf verzichten, seinen Anspruch auf ein Ministeramt am Rhein durchzusetzen.

zen. Natürlich hat er solches nie selber förmlich und feierlich verkündet, sondern es waren wieder einmal die vertrauten Führungskräfte seiner CSU, die das politische Roskop ihres großen Vorsitzenden befragten. Persönlich wird die CSU hüten, seinen liberalen Feinden mit Hans-Dietrich Genscher an der Spitze in der Schlußphase des Wahlkampfes Kompromißbereitschaft anzuzeigen. Kann es ihnen nicht vergessen, daß sie ihn 1962 im Gefolge der „Spiegel“-Krise aus Konrad Adenauers Kabinett hinausdrückte. Deswegen wird er freiwillig wohl kaum auf verzichten, ihnen bei passender Gelegenheit die alte Rechnung präsentieren.

### The Daily Telegraph

Das Londoner Blatt sieht Indizes für einen baldigen Zusammenbruch der Sowjetunion:

Nur wenige können bezweifeln, daß Frau Gandhi in erheblich politischer Schwierigkeit steckt. Die Wahrheit ist, daß die Unvollkommenheit als Politikerin sie bedrängt. Denn seit Jahren ist Frau Gandhi jedes fähige und selbstbewußte Mitglied der Partei als Bedrohung angesehen. Folglich wurden nur die schamlosesten Spekulanten und Tagelöhner leitende Posten befristet. Ob Frau Gandhi mit Erfolg alle internen Streitigkeiten zermalmt hat, muß sie jetzt feststellen, daß die abschreckenden Nichtstümer, die ihre Herrschaft über Delhi hintrugen, der Kongress-Partei nicht als den Unwillen der einfachen der eingetragten haben. Unter diesen Umständen scheint es mir abwegig zu vermuten, daß Frau Gandhi beim spätestens in zwei Jahren fälligen Wahlen eine ähnliche Abfuhr erhalten wird, wie schon im Jahre 1977.

هكذا من القليل

# Sharon-Kraft und Wille als politische Herausforderung

Von R. SELIGMANN

Schon ehe der eine dem Jüngling entworfen war, der andere überhaupt geboren wurde, entstand eine Verbindung zwischen den beiden Männern, die das Schicksal des jüdischen Staates zu Beginn dieses Jahrhunderts in entscheidender Weise prägen sollte. Vera Scheinermann half lebend am 16. August 1913 Menachem Begin die Welt. 15 Jahre später gebar der landwirtschaftlichen Geschäftsleitung Malal im damaligen britischen Mandatsgebiet einen Sohn, den sie Ari'el gab. Unter dem Namen der Familienname Sharon, der er einer der umstrittensten und politischsten Männer Israels, brach er als Premierminister im Jahr 1977 in die Geschichte ein. Und dies ist es, was die beiden Männer verbindet: ein beständiges Wille, für das Land eine Lösung zu finden, die die Interessen aller Seiten berücksichtigt.

Lebensweg seiner ersten Frau, die er im Jahr 1940 heiratete, war ein Leben in der Kibbuz-Elite, die das Leben in einem kollektiven Dorf in der ersten Hälfte des Jahrhunderts in der Gegend um Haifa aufbaute. Anders als im Kibbuz, wo die Familienmitglieder mit der Arbeit und dem Leben verbunden waren, lebte er in der Kibbuz-Elite, die sich von der Arbeit und dem Leben trennte. Er war ein Mann, der die Kibbuz-Elite vertrat, die die Kibbuz-Elite vertrat, die die Kibbuz-Elite vertrat.

Kommandeur der Infanterieschule der israelischen Armee. Während er diverse Stabs- und Kommando-posten innehatte, studierte er an der Universität Tel Aviv Jura. Kaum hatte Sharon sein Studium beendet, zog er 1967 in den Sechstage-Krieg. Seine Division stürmte die zentralen ägyptischen Positionen am Suezkanal. Arik hatte sich nunmehr als Feldherr etabliert. Der Zugang zum höchsten Kommando-posten der Armee indessen blieb ihm verwehrt. Sharon nahm gegenüber seinen Vorgesetzten nie ein Blatt vor den Mund. Vor allem kritisierte er die 1969 nach dem damaligen Generalstabschef benannte „Bar-Lev-Linie“, eine Kette befestigter Stellungen entlang dem Suezkanal. Sharon meinte, die „Linie“ beraube die israelische Armee ihres wichtigsten Trümpfes: der Beweglichkeit. Nach seinem Ausscheiden aus der Armee im Frühjahr 1973 initiierte Sharon den Likud-Block: ein Zusammenschluß nationaler und liberaler Parteien unter der Führung Menachem Begin. Im Oktober mußte Sharon zurück zur Armee, unter seiner Führung gelang im Jom-Kippur-Krieg die Überquerung des Suezkanals, die die Wende in diesem Waffengang herbeiführte. Nächste Stationen im Lebensweg Sharons: Sicherheitsberater der sozialdemokratischen Regierung, Melonenfarmer, Parteigründer, schließlich wieder Rückkehr in die Herut-Partei Begin und Ernennung zum Landwirtschaftsminister im Jahr 1977.

Die tägliche Routinearbeit im Ministerium interessierte Sharon wenig. Dafür gab es Fachleute. Arik hatte vor allem ein Ziel, die Besiedlung strategischer Schlüsselgebiete in den seit 1967 besetzten Gebieten durch jüdische Siedler. Dafür war er bereit, sich mit der Gush-Emunim-Bewegung zu verbünden, deren religiöser Nationalismus nicht der seine ist. Um die Siedlungstätigkeit an führender Stelle mitbestimmen zu können, schloß er auch die „Krisis“ des Camp-David-Abkommens, das er im Parlament wegen der damit verbundenen „Sicherheitsrisiken“ ablehnte.

Nach den Wahlen im August 1981 wurde Sharon schließlich mit dem Verteidigungsressort betraut. Als PLO-Kommandos im vergangenen Frühjahr israelische Siedlungen im Norden des Landes beschossen, wußten diejenigen, die Sharon kannten, wann es zum Krieg kommen würde: Sobald Sharon die Mehrheit des Kabinetts von der Notwendigkeit eines Waffengangs überzeugt haben würde. Der Krieg verlief nicht nach Sharons Plänen. Aus Rücksicht auf die Vereinigten Staaten gestattete die Kabinettsmehrheit in Jerusalem Sharon nicht die Führung eines Blitzkrieges, durch die er die militärische Infrastruktur der PLO zerstören und die syrischen Einheiten aus Libanon vertreiben wollte. Dadurch wurden die israelischen Truppen zu schrittweisem Vorgehen und zu Luftangriffen gezwungen. Die Folgen: hohe Verluste bei der Zivilbevölkerung und in der Armee, in der sich nicht selten Unzufriedenheit manifestierte. Um die israelischen Verluste niedrig zu halten, bewilligte Sharon den Plan des Generalstabschefs Eytan, verbündeten christlichen Miliz-Einheiten zu gestatten, palästinensische Flüchtlingslager im Westen Beiruts nach PLO-Kämpfern zu durchkämmen. Über Bedenken des Ministers Levi, dabei könne es zu einem Blutbad an Unschuldigen kommen, setzte sich Sharon hinweg. Als eben dies geschah, wollte es der Verteidigungsminister nicht wahrhaben und reagierte zu spät. Die Quintessenz: Eine unabhängige Untersuchungskommission forderte seinen Rücktritt; das Kabinett schloß sich diesem Votum an. Sharon zögerte. Hatte nicht die Regierung den Plan des Generalstabschefs gebilligt, so fragte er: Was ihn dann schließlich zum Rücktritt bewog, war das Attentat gegen seine Gegner von der „Frieden“-Bewegung, dem ein junger Mann zum Opfer fiel. Denn was Sharon am wenigsten will, ist ein Bruderkrieg in Israel. Zu Auseinandersetzungen haben seine Person und seine Politik jedoch immer gereizt – und dies wird auch so bleiben.



Streitbar als Soldat und Politiker: Ariel Sharon

FOTO: CAMERA PRESS

# Werte miteinander schaffen wir's



sicher sozial und frei

CDU

Optimismus, Aufbruchstimmung und Opferbereitschaft beschwört der Wahlkämpfer Helmut Kohl als Ausweg aus der Krise

FOTO: ROLF HAID/DPA

# Wenn der Kanzler kommt, um den „Karren aus dem Dreck zu ziehen“

Von MANFRED SCHELL

Scheinwerfer und ein Pulk von Begleitern kündigten den Kanzler an. Die Leute springen auf die Stühle. „Helmut, Helmut“, tönt es. Der Kanzler durchschreitet den ganzen Saal, unablässig spielt die Musikkapelle. Fast überall ist es das gleiche Bild, wenn Helmut Kohl in diesem Wahlkampf auf einer Großveranstaltung auftritt – rund 40 werden es insgesamt sein.

In der Dortmunder Westfalenhalle, wo fast 9000 Menschen zur Arbeitnehmer-Konferenz gekommen waren, erklingt das Bergmannslied „Glück auf der Steiger kommt“. Die Hallen sind überfüllt. Bei der Jugendveranstaltung in Köln sind es 12 000, bei den Senioren in Böblingen gut 3000, die den Kanzler sehen wollen. Wenn er Einzug hält, gibt es oft genug Gedränge. Viele wollen ihm die Hand drücken, Blumen, Briefe oder Spenden übergeben. Manchen genügt es, wenigstens einmal seinen Armel zu erwischen. Viele, die Kohl zubehauen, haben sich mit schwarzrotgoldenen Schals drapiert, die von der CDU als Werbemittel verkauft werden.

Es herrscht Hochstimmung. Aber die Atmosphäre ist nicht explosiv. Vielleicht liegt es daran, daß es in diesem Wahlkampf kein „Chicago-Milieu“ (Kohl) gibt, keine Schlägereien, keine Skandale.

## Über Kandidaten wird nicht mehr gestritten

Vor acht Jahren hat das amerikanische Magazin „Time“ Helmut Kohl, der damals aus der Position des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten für das Amt des Bundeskanzlers in Bonn kandidierte, zu den fünf europäischen Politikern gezählt, die das Jahrhundert verändern könnten. Das hat Kohl gutgeheißen, aber es schien dennoch ziemlich weit hergeholt.

Inzwischen ist Helmut Kohl Bundeskanzler, der jüngste in der Geschichte der Bundesrepublik. In wenigen Wochen wird er zehn Jahre lang Vorsitzender der CDU sein, einer Volkspartei, die inzwischen über eine Million Mitglieder hat. Kein Betrachter der Szene, auch kein noch so ehrgeiziger Parteifunktionär, spricht heute noch da-

von, daß sich CDU und CSU – wäre die alte Regierung in Bonn nicht auseinandergefallen – in diesem Frühjahr zusammensetzen wollten, um den Kanzlerkandidaten für 1984 zu küren. Bewerber hätte es mehrere gegeben. Das ist jetzt vorbei.

Der Szenenwechsel ist perfekt. Am 6. März geht es der Union – unabhängig davon, ob sich der eine oder andere eine absolute Mehrheit oder eine starke FDP wünscht – um die Bestätigung „ihres Bundeskanzlers“. Mit Pathos kommen den Parteiführern diese Worte über die Lippen, wenn sie jetzt, der Regie einer anderen Inszenierung folgend, Helmut Kohl auf den Großkundgebungen begrüßen.

## Erste positive Signale, Argumente für Kohl

Nach 13 Jahren hat die Union ein Hochgefühl erfaßt. Sie kämpft. Helmut Kohl, der zu bildhafter Sprache neigt, meinte vor wenigen Tagen nach einer großen Veranstaltung in der Kieler Ostseehalle, die Partei verhalte sich wie ein „Militärpferd“ – wenn die Musik erklinge, komme es in Schwung. Schon der äußere Rahmen der Großkundgebungen, bei denen Helmut Kohl auftritt, unterscheidet sich grundlegend von vergleichbaren Ereignissen aus der Oppositionszeit. Helmut Kohl braucht sich heute die Floskeln der örtlichen Parteipräsidenten nicht mehr von Anfang bis Ende anzuhören. Jetzt greift eine ausgeklügelte Dramaturgie. Der Kanzler kommt nur noch zu seinem eigenen Rede-Auftritt. Rhetorisch begabte Bundesminister, Ministerpräsidenten und Landesvorsitzende bereiten Kohls Triumphmarsch vor. Störungen gibt es bisher nicht. Selten ertönen in den überfüllten Hallen Buh-Rufe.

Überraschend ist die Selbstsicherheit, die Gelassenheit, mit der Kohl auftritt, nicht nur in der großen Öffentlichkeit, sondern auch im Journalistenkreis. Ein amerikanischer Reporter, der von Kohl gerne den zitierbaren Satz gehört hätte, die SPD sei „der Untergang Deutschlands“, wird milde belehrt. Vieles, was Konrad Adenauer gesagt habe, sei richtig gewesen, meinte Kohl. Aber nicht in allem habe er recht gehabt.

Seine Reden, meist 15 Minuten zu lang geraten, reflektieren die besondere Situation, in der er die Kanzlerschaft übernommen hat. Die Rechtfertigung für Schritte in der Wirtschaft, Finanz- und vor allem in der Sozialpolitik kommt noch zu sehr aus der „Erblast“ der Vorgängerin. Erst in den letzten Tagen haben Kohl und seine Minister umgeschaltet. Sie sprechen jetzt viel mehr von Optimismus, von Anzeichen für den Aufschwung, von Perspektiven.

Der Kanzler hat gewichtige Argumente auf seiner Seite, die er auch ausspielt. Die Inflationsrate und die Zinsen sind gesunken, die Leistungsbilanz ist gut, und die Bauwirtschaft ist belebt. Mit der Industrie wurde Verständigung über eine Vermehrung der Ausbildungsplätze erzielt. Selbst Helmut Schmidt hat ihm vor Wochen bestätigt, die neue Regierung habe in der Wirtschaftspolitik noch keine gravierenden Fehler gemacht.

Positiv verändert hat sich auch das öffentliche Umfeld. Die Haushaltsentscheidungen wurden von der Wirtschaft begrüßt, die Unternehmer-Repräsentanten rufen zu Investitionen auf. Jedenfalls beim Wohnungsbau wie bei den Verkehrsbauprojekten sind Investitionshemmnisse beseitigt. Nicht nur die Wirtschaftsdaten, auch die Stimmung in der Öffentlichkeit gewinnt optimistischere, zumindest aktivere Färbung. Jetzt gilt es für Kohl, diese Vorteile für den Wahltag zu nutzen.

In der Außenpolitik hat Kohl durch eine geschickte Reisediplomatie ebenfalls Vorurteile widerlegt. Selbstbewußt ruft er, wie in Dortmund, aus: „Wer spricht eigentlich noch von Schmidt?“ In Kiel stellt er fest: „Der französische Präsident, ein Sozialist, hat der SPD eine schallende Ohrfeige erteilt!“ Das Verhältnis zu den USA hat sich tatsächlich gebessert. Innerhalb der Koalition gibt es in der Raketen-Frage keine Risse – im Gegensatz zur SPD.

Mit Kohl präsentiert sich eine Bundesregierung, die ihren, auf nur 13 Regierungswochen begrenzten Handlungsspielraum geschickt genutzt hat, trotz so mancher irritierender Schönheitsfehler. Man muß sich zurückerkennen. Die vorherige Koalition hatte in ihrer Endzeit in den Medien Kritik, vielleicht nur noch Bedauern gefunden. Die

neue Regierung, Kohl spricht von der „Kraft der Mitte“, liegt mit ihren Aktionen in einem spürbaren Aufwärtstrend. Nicht von ungefähr appelliert Kohl immer wieder an seine Zuhörer, die Ärmel hochzukrempeln, anzupacken und trotz der schwierigen Lage „nicht in Pessimismus“ zu verfallen. Er weckt den Gemeinschaftsgeist, der die Deutschen in schwierigen Zeiten schon einmal mobilisiert hat. Der „Karren muß aus dem Dreck gezogen werden“.

Die Kritiker seiner Sparpolitik können Kohl nicht beirren. Auf jeder seiner Veranstaltungen spricht er von Opfern. Von den Einschnitten bei den Studenten-Stipendien, vom Schüler-BAföG. Eine ganze Flüchtlingsgeneration habe nach dem Krieg mit einem Karton aus dem Osten in der Hand und einem „Darlehen“ eine neue Existenz begründet. Der junge Geselle, der Handwerksmeister werde und eine Existenz aufbauen wolle, erhalte auch nur ein „Darlehen“. Was man von diesen Bevölkerungsgruppen verlange, das könne man auch den Studenten zumuten. Der Beifall bestärkt Kohl.

## Die Kritik an der blumigen Sprache ist verstummt

Viele Intellektuelle, die Kohl und seine blumige, auf menschliche Zwischentöne abgestimmte Sprache belächelt haben, sind still geworden. Sie haben erkannt, daß der Kanzler „in der Zeit“ liegt und er gute Chancen hat, am 6. März zu gewinnen. Auch im Kanzleramt fragt man sich, ob noch etwas kommen könne, was für den erhofften Wahlsieg eine Gefährdung bedeute. Mit Schmutzkampagnen muß man immer rechnen, aber zurückliegende Wahlkämpfe – man denke nur an Franz Josef Strauß im Jahre 1980 – haben gezeigt, daß ihre Wirkung begrenzt ist.

Eine aufkeimende Personaldiskussion wendet Kohl von vornherein ab. Dazu gehören auch die unablässigen Fragen, ob Franz Josef Strauß nun nach Bonn komme oder nicht, ob Hans-Dietrich Genscher Außenminister bleibe oder nicht. Kohl hat darauf die Standard-Antwort parat: „Wir müssen das Wahlergebnis abwarten.“ Erst dann könne das „Fell des Bären“ verteilt werden.

# Finanzierungs-Schätze: kurze Laufzeit - gute Zinsen



2 Jahre Laufzeit  
6,48% Rendite

Sie suchen eine gewinnbringende Geldanlage. Aber Sie möchten Ihr Geld nicht lange festlegen. Sie können beides haben: kurze Laufzeit von 1 oder 2 Jahren und sicheren, festen Zinsgewinn mit Finanzierungs-Schätzen des Bundes.

Sie zahlen z. B. 882,- DM ein und erhalten nach zwei Jahren 1.000,- DM zurück. Ihr Zinsertrag: 118,- DM. Das sind 6,48% Rendite pro Jahr. Bei einjähriger Laufzeit beträgt

die Rendite 5,60% (Zinsverhältnisse 15. Februar 1983).

Eine vorzeitige Rückgabe ist nicht möglich. Finanzierungs-Schätze gibt es ab 1.000,- DM bei allen Landes-zentralbanken, bei Banken und Sparkassen. Dort erhalten Sie auch ausführlichere Informationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

Die „kurz & gut“ Anlage

An den Informationsdienst für Bundeswertpapiere Postfach 23 28 6000 Frankfurt 1 Tel. (05 11) 55 07 07 Bitte schicken Sie mir weitere Informationen über Finanzierungs-Schätze.

Name \_\_\_\_\_  
Adresse \_\_\_\_\_

## Warschauer Gesetz über Geheimnisträger

In Polen kann jeder Arbeitnehmer - von den Beschäftigten der Müllabfuhr bis zum Krankenhauspersonal - zum Geheimnisträger erklärt werden. Ein neues Gesetz „Über den Schutz von Staats- und Dienstgeheimnissen“, das vom polnischen Parlament, dem Sejm, verabschiedet wurde, läßt solche Regelungen zu.

Die im Untergrund herausgegebene „Solidarität“-Wochenzeitung „Tygodnik Mazowsze“ berichtet, praktisch alle Vorgänge in staatlichen oder genossenschaftlichen Betrieben könnten als „Geheimnis“ eingestuft werden. Zur Verantwortung kann danach auch jeder gezogen werden, der sich über Rechtsabteilungen der Staatsorgane befragt, in Leserbriefen oder als Journalist Hinweise auf Produktionsmängel gibt und über die Verschuldung der Volkswirtschaft im In- und Ausland berichtet.

Aus Warschau wird bekannt, daß die Militärregierung dem Sejm auch ein neues Pressegesetz zur Verabschiedung vorlegen will. In einem Absatz dieses Entwurfs heißt es: „Der Beruf des Journalisten hat einen dienenden Charakter gegenüber Gesellschaft und Staat.“ Das Gesetz sieht weiter vor, daß zwar jedermann eine Publikation herausgeben darf, vorausgesetzt, er erhält die Genehmigung des „Hauptamtes für Publikationsfragen“, also der Zensur. Das Amt darf jedoch einen entsprechenden Antrag ablehnen, wenn die „Programmlinie“ oder der „thematische Bereich“ der neuen Publikation die Machtverhältnisse nicht zuzugibt, „es keinen gesellschaftlichen Bedarf“ dafür gibt.

## Kanzlerkandidat der Grünen

Die Grünen werden einen eigenen Kandidaten für die Kanzlerwahl aufstellen, wenn sie am 6. März in den Bundestag einziehen sollten und sich mit der SPD nicht über Bedingungen zur Unterstützung einer Minderheitsregierung einigen können. Das kündigte Wilhelm Knebe, einer der drei Bundessprecher der Grünen an. Er bekräftigte die beiden Grundthesen seiner Partei zur Unterstützung eines SPD-Kabinetts: Abschied von der Atomenergie und ein klares Nein zur Nachrüstung. „Wir zweifeln aber, daß Herr Vogel auf diese Offerte eingeht“, sagte er gestern gegenüber der Neuen Ruhr-Zeitung in Essen.

## Genscher würdigt Bund der Vertriebenen

Der FDP-Vorsitzende Genscher hat dem Bund der Vertriebenen Anerkennung für seine Arbeit ausgesprochen, gleichzeitig aber auch betont, daß das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden dürfe. Der Vertriebenenverband, seine Landsmannschaften und Landesverbände hätten nach dem Zweiten Weltkrieg einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der deutschen Demokratie sowie zur Politik der Völkerverständigung und Friedenssicherung geleistet.

DIE WELT (Jahre 603-580) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

# Der Mittelstand, die stärkste Waffe in der Krise

Von XING-HU KUO

Erreicht ein Mann das „Schwabenalter“ von 40 Jahren, so hat er „g'scheit“ zu sein: Nach diesem Motto gründete der vierzigjährige Peter Zeltwanger aus Eberdingen-Nußdorf in Baden-Württemberg im Oktober 1982 einen Handwerksbetrieb in der Kruppstraße 48 in Stuttgart-Feuerbach. Nüchtern heißt es zu dieser Existenzgründung im Handelsregister vom 28. 10. 1982 unter der Nummer 10 243: „H. Robert Mayer, Zeltwanger & Co. GmbH, Gegenstand: Baufachschneiderei, Stammkapital 51 000 DM. Geschäftsführer Peter Zeltwanger.“

Der unternehmungslustige Handwerker, der in dieser Wirtschaftskrise das Handwerk nicht hinschmeißt, sondern sich riskant freudig selbständig macht, ist wohl typisch für die Mentalität der Baden-Württemberger. In einem WELT-Gespräch sagte Zeltwanger: „Ich habe einen Teil eines in Konkurs gegangenen Betriebs übernommen. Dadurch blieben sechs Arbeitsplätze erhalten.“ Woher er den Mut nimmt, jetzt so etwas zu tun? Seine Antwort: „Ich habe mir halt überlegt, was man tun soll.“ Der Handwerksbetrieb, der Dachrinnen und Kupferdächer

montiert, erhielt übrigens keine staatliche Förderung, das Risiko wird ganz alleine von Zeltwanger und seinem Partner getragen. Auch dies ein Indiz für unternehmerisches und privates Risikohandeln ohne Ruf nach dem Staat. Immerhin werden in Baden-Württemberg 80 Prozent aller neuen Unternehmen ohne Inanspruchnahme der zahlreichen staatlichen Förderprogramme gegründet.

Zeltwanger berichtet, sein Betrieb sei mit dem bisherigen Auftragseingang durchaus „zufrieden“, auch wenn er natürlich viel besser sein könnte. Offensichtlich ist hier ein guter Start gelungen.

So wie Zeltwanger haben einst und in jüngster Zeit viele Unternehmungslustige in diesem Lande begonnen. Daraus sind auch weltbekannte Firmen entstanden: Daimler-Benz, Robert Bosch, Liebherr. Die Lackieranlagentechnik von Heinz Dürr ist inzwischen mit 3000 Beschäftigten zu einem „mittelständischen Multi“ gewachsen.

Nicht zuletzt durch die Probleme einiger Großkonzerne haben inzwischen nicht nur die „klassischen“ Mittelständler Bayern und Baden-Württemberg erkannt, daß bei der Bekämpfung von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit vor allem Mittelstand und Handwerk

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit beweisen: Auch Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben mittlerweile umfangreiche Hilfs- und Förderprogramme für diese Bereiche beschlossen. Auch die Tatsache, daß beispielsweise die einstige Industrieschmiede Deutschlands, das Ruhrgebiet, heute fast zu einem Notstandsgebiet geworden ist, verdeutlicht die herausragende Rolle von kleineren und mittleren Unternehmen.

## Landesbericht Baden-Württemberg

Über besondere Erfahrungen auf diesem Sektor verfügt Baden-Württemberg. Dieses klassische Land des Mittelstandes hat in der Gewerbeförderung schon eine 135jährige Tradition: Wurde doch in Stuttgart im Revolutionsjahr 1848 die „Königliche Centralstelle für Gewerbe und Handel“ ins Leben gerufen.

Deshalb ist der Südwesten trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten immer noch am besten dran: Während bundesweit jetzt eine Arbeitslosenquote von 10,3 Prozent zu verzeichnen ist, lautet die Zahl für das „Musterland“ lediglich 6,6. Da-

mit hat Baden-Württemberg die niedrigste Erwerbslosenquote unter allen Bundesländern, wobei bestimmte Regionen naturgemäß stärker betroffen sind (Ulm, Main-Tauber-Kreis) als etwa der Großraum Mittlerer Neckar um Stuttgart herum.

Ausgesprochen optimistisch sind deshalb Landesregierung und Wirtschaft hinsichtlich einer Konjunkturbelebung noch in diesem Jahr. Durch die Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung sind schon erste konkrete Anzeichen einer Erholung unübersehbar. Roland Klett, IHK-Präsident in Stuttgart, erklärte vor einigen Tagen nach einer Umfrage unter Kammern in der Region, die Investitionsbereitschaft zeige im Vergleich zum Vorjahr eine auffallend steigende Tendenz. Auch sei eine leichte Erhöhung in der Zahl der Arbeitsplätze unübersehbar, vor allem durch die Gründung neuer Unternehmen und Handwerksbetriebe.

Die Investitionsbereitschaft, so Klett, habe sich gegenüber 1981 sogar „beinahe verdoppelt“. Ähnlich positiv sieht Wirtschaftsminister Rudolf Eberle (CDU) die Entwicklung in diesem Jahr. Am 31. Januar teilte Eberle mit, daß 1982 dank der „großen

Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft“ - und hier vor allem der mittelständischen Unternehmen einschließlich des Handwerks - mit 97 000 neuen Ausbildungsstellen 2200 Lehrstellen mehr angeboten wurden als 1981. 3400 unverstärkten Lehrstellenbewerbern über, so Eberle. Damit sei Baden-Württemberg gemeinsam mit Bayern das einzige Bundesland, in dem die Zahl der offenen Stellen größer ist als die unbefriedigten Lehrstellensuchen.

Um diesen positiven Trend weiter auszubauen, hat die Landesregierung inzwischen umfangreiche Fördermaßnahmen für Mittelstand und Handwerk beschlossen. Die Konditionen für die Existenzgründungshilfen sind erheblich verbessert worden (höhere Kredite bei niedrigeren Zinsen). Einem Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion folgend werden für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den nächsten zwei Jahren weitere 40 Millionen zur Verfügung gestellt. Mit Exportförderung, Neustrukturierung der Forschung und dem baldigen Beginn neuer Kommunikationstechniken weist Baden-Württemberg den Weg zur Gesundung der Wirtschaft.

## Berlin besorgt über mangelnde Bundeshilfe

Senat: „Schwere Lasten und ernste Gefahren“

hrt, Berlin bedrängt die große Sorge, daß die Bundesregierung in den kommenden Jahren angesichts eigener Finanzprobleme ihre Bundeshilfepflichten gegenüber der Stadt nicht ausreichend erfüllen kann. Berlins Aufgabe, „nationales Symbol“ mit gesamtdeutscher Ausstrahlung zu sein, würde darunter erheblich leiden.

Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) sprach gestern nach der Zustimmung des Senats zur problembeladenen Berliner Finanzplanung bis 1986 von „schweren Lasten“ und „ernsten Gefahren“. Die Stadt droht, finanziell aus dem Gleichgewicht zu geraten, falls Bonn nicht stärker als bisher als Geldgeber einspringt und Berlins Lasten übernimmt.

Die kritische Lage ergibt sich vor allem aus der Unsicherheit über die sich bisher schon als häufig überholt erwiesene Bonner Finanzplanung. Denn Finanzminister Gerhard Stoltenberg legt seine mittelfristige Finanzplanung (Miffrif) von 1984 bis 1988 erst im kommenden Mai oder Juni vor.

Folgende Daten lösten jetzt im Senat Alarm aus:

- Bis 1986 klappt ein Loch von 1,9 Milliarden Mark in der Finanzplanung. Von 1984 fehlen Jahr für Jahr rund 600 Millionen Mark.
- Die erwarteten Steuererhöhungen reichten nicht aus, um die ungenügenden Wirtschaftswachstumsraten zu kompensieren. Die Stadt muß für 1983 bis 1985 um 1,3 Milliarden Mark nach unten korrigiert werden.
- Sorgenkind Nr. 1 bleibt eine ausreichende Bundeshilfe für Berlin. Denn 1983 ließ Bonn die Stadt mit einem Minus von 255 Millionen Mark bei der ausgehandelten Bundeshilfe mit ihrer Finanzplanung im Stich.

Schon jetzt zeichnet sich ein neues Fiasco ab. Drei Jahre nacheinander stimmten schon die alten Eckwerte für die Bundeshilfe nicht mehr. Für 1984 sieht die zwar geltende, aber längst überholte Bonner Planung eine Bundeshilfe von 10,92 Milliarden Mark vor. Gebraucht werden aber in Berlin mindestens 40 Millionen Mark mehr. Bis 1986 wächst dieses Mehr sogar auf insgesamt 610 Millionen Mark an - eine illusorische Summe.

• Berlin muß 1983 allein 1,5 Milliarden Mark an Sozialhilfe aufbringen. Steigende Arbeitslosenzahlen (rund 80 000/zehn Prozent der Beschäftigten), hoher Asylantenanteil und das „Aussteiger“-Problem (ein Drittel der Sozialhilfeempfänger ist jünger als 30 Jahre) machen der Stadt enorm zu schaffen.

• Schon jetzt müssen Berlins Zins- und Tilgungslasten mit - täglich - 7,4 Millionen Mark bezahlt werden. Berlin muß aber weitere Kredite aufnehmen: 1984 bis 1988 pendelt dieser Betrag um jeweils 700 Millionen Mark.

Finanzsenator Kunz setzte gestern seine Hoffnung optimistisch auf „Entscheidungen auf Bundesebene über weitere Entlastungen von Ländern und Gemeinden, die auch Berlin zugute kommen“.

Vorerst muß sich die Stadt jedoch selbst helfen, und sie ist dazu auch bereit. Diesen Kurs belegen folgende Entscheidungen:

- Trotz der vorhandenen Sparzwänge will der Senat allein 1984 für 3,6 Milliarden Mark Investitionen vornehmen.
- Bis 1983 werden weitere 1500 Planstellen in der mit rund 200 000 Stellen aufgelassenen Berliner Verwaltung eingeplant. Die Stadt beschäftigt fast 50 000 Mitarbeiter mehr als beispielsweise Hamburg.

In allen diesen Plänen ist bislang für Berlins Jahrhundertprojekte wie S-Bahn-Wiederbelebung und Anschluss an Erdgasnetz keine einzige Mark vorgesehen.

## Grüne Raupe startet zum Kreuzzug

Wahlkampfauftakt der Grünen in Hamburg / Biermann stieß auf Unverständnis

Von DETLEV AHLERS und L. SCHMIDT-MÜHLISCH

Als Wolf Biermann das Podium betrat, wurden Brüche erkennbar: Störversuche von Kommunisten, aber auch das Bekenntnis des Sängers, eigentlich gar kein „Grüner“ zu sein. Der Wahlkampfauftakt der „Grünen“ im Hamburger Congress-Centrum unter dem jankopöfischen Symbol der Raupe, die sich von hier aus bis zum 6. März durch die Republik frisst, rutschte bei diesem ersten Auftritt von der Schaukel heiter bemühnten Politvergnügens.

Viel Musik, ein bißchen Kabarett, ein paar Unrechts-Symptome, das waren die Zutaten eines Cocktails, dessen Wirkungen wohl darauf zielten, Politik als Entertainment zu suggerieren, bei dem es hauptsächlich darauf ankommt, daß der Gegner von Grund auf böse ist.

Politik mit Udo Lindbergs Panikorchestra. Im Kostüm amerikanischer Sezessionskriege rockte der Star in eine schöne Zukunft, die gute Menschen uns beschützen wollen. Die Einstimmungs-Strategien funktionierten; die Gegenwelt etablierte sich schnell: Die schlagenden Rhythmen dröhnten die Wirklichkeit aus den Gehirnen. Unterliebe zuckten. Die Grüne Raupe entledigte sich ihres Kopfes.

Bei ein paar Witzchen auf Kosten des Gegners hielten sich die Zuschauer die Bäuche (wieder nichts für den Kopf). Kohls Pfälzisch kann nicht als Fremdsprache anerkannt werden; es handelt sich um „eine Anhäufung von Sprachfehlern“. Auf der Bühne wurde ein Kohlkopf abgestochen. Moderator Henning Venske war mit seinen 43 Jahren einer der Ältesten in der Halle, doch seine Witze waren die eines großen Kindes. Ein bayerischer Clown verzehrte jonglierend einen sauren Parteien-Apfel, viel-

leicht gar auf der Suche nach der Grünen Raupe. Tosender Beifall. Bettina Wegner aus Ost-Berlin war erster: „Ich eine Ausländerin hier. Aber wessen Bomben mir auf den Kopf fallen, ist mir egal.“ Eine Ausländerin aus Deutschland sprach von Volk zu Volk. Ihr Auftritt unterschied sich immerhin von den anderen - es spritzte etwas Gift gegen Stalin, und sie sagte auch, daß die Polen sich ihr Krieges nicht selbst ausgesucht hätten. Wer begriff schon, daß Mut zu solchen Aussagen gehört, wenn ein Antrag auf Verlängerung des Ausreisewesens eingereicht ist, das Ende des Monats abläuft?

Auch ein paar Angst-Visionen waren natürlich gefragt. So von dem Sänger Heinz Rudolf Kunze: „Die herrschende Hochsicherheits-Gesellschaft verdrängt die Angst. Es ist bereits denkbar geworden, daß man die Angst kriminalisiert.“ Aber solche Äußerungen sind etwas ganz anderes als die Angstmacher der Gegner. Schon Adenauer ließ vor jeder Wahl die Russen kommen. Und Kiesinger beschwor dann die Gelbe Gefahr, weil die Russen viermal nicht gekommen waren.“ So Bundesvorstands-Sprecher Rainer Trampert. Auch Marxens ehrwürdiges „Kommunistisches Manifest“ mußte ins Gefecht: „Ein neues Gespenst geht um in der Republik“ - die Grüne Raupe also im weißen Bettlaken?

Man war in Stimmung, als Alexander Schubart, das Präsentier-Opfer aus Frankfurt, sein bitteres Leid klagte: „Folgt man dem Frankfurter Staatsschutzsenat, so darf selbstverständlich eine Regierung die Verfassung ignorieren.“ Oder: „Das Prinzip dieser Strafsitz heißt: Es gilt, den Staat vor den Menschen zu schützen.“ Während der Beifall für einen traurigen Helden, dem kein grüner Landesverband einen Platz auf der Landesliste einräumen wollte.

Die Spielweise hatte ihr Maskottchen begrüßt. Da mußten dann

auch die Ausländerkinder noch willkommen geheißen werden. Der Türke Cem Karaca („Ich bin für die Grünen, weil sie als einzige Partei die Ausländer nicht hassen“) sang ein orientalisches Liedchen vom treulosen deutschen Freund. Der Saal leerte sich rasch Richtung Bierbar. So schmutzig wollten es weder die Öko-Freaks noch die grauen Panther.

Aber dann Auftritt Biermann: „Ich bin doch kein Grüner, sondern womöglich ein faule Tomate!“ Selbstzweifel in diesem Saal? Das änderte mit einem Schlag die Atmosphäre. Biermann - ein Mensch mit Erfahrungen unter lauter Kindern, denen selbst die beschworenen Ängste eher bunte Luftballons waren. Er machte es sich nicht leicht, wie man das vielleicht erwartet hatte: „Auch die Grünen haben keine Antwort auf die Frage der Arbeitslosigkeit.“ Geheule im Saal.

Er fühlte sich offensichtlich nicht recht wohl unter denen, die er dennoch zu wählen gedenkt, weil sie als einzige einseitig abströmen wollen. Er sang ein Lied von einem Arbeitslosen in Duisburg. Aber er war in einer anderen Melodie als das Restprogramm. Keine Mätzchen. Keine Michael-Kohlhaas-Komplexe. Biermann lebt noch nicht lange im Westen. Er hat die Jahre versäumt, in denen man sich dieser Republik als Sandkasten zu bedienen gelernt hat. Eine Art Kuckucksei im Raupenkokon.

Das Zwischenspiel währte kurz. Clownen setzten sich wieder in Szene. „Spilff“ eroberte neudeutsch die Herzen. Das jugendliche Publikum strömte endlich an die Rampe. Nur die Jugend ist schließlich gemeint, wenn die „Grüne Raupe“ durchs Land zuckt. Ältere hätten längst Oropax im Gehörgang, gegen die lauten Hoffnungen auf den schönen, bunten Schmetterling, der am 6. März aus der Raupe zu schlüpfen gedankt. Aber haben nicht Raupen Hunger, alles Grüne zu fressen?

## Schmidts „zweites Bein“ in Bonn

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg. Noch in dieser Woche will der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt die erste wissenschaftliche Ausarbeitung „absegnen“, mit der das neu eingerichtete Bonner Büro der Körber-Stiftung beauftragt worden war. Schmidt, von Kurt A. Körber als Mitarbeiter dieser Außenstelle der Stiftung gewonnen, hat schnelle Arbeit geleistet. Das Thema lautete: „Die Vorschläge zur Bewältigung der Krise der Industriegeellschaft.“

Der Beringer Abgeordnete Helmut Schmidt besitzt dank des von dem Beringer Unternehmer Körber etablierten Beratungsbüros ein zweites „Bein“ in der Bundeshauptstadt. Neben seinem Büro im Bundeshaus, das von Jens Fläber geleitet wird, steht ihm in Bad Godesberg ein Stab unter Leitung des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Horst Schulmann, zur Verfügung. Schulmann, den Schmidt schon seit seiner Tätigkeit als Abteilungsleiter für Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik im Bundeskanzleramt mit seinen Chefassessoren Friedrich Körber-Stiftung eine Reihe von Projekten in Angriff nehmen. Die Ergebnisse der jetzt vor dem Abschluß stehenden Ausarbeitung sollen Ende Februar in mehreren ausländischen Zeitungen veröffentlicht werden. „L'Espresso“, „Economist“ und „Tokyo Asahi Shimbun“.

Der frühere Bundeskanzler hat sich seit vielen Jahren für die Stiftung engagiert. Schmidt war Mitglied der Jury für das von Körber gestiftete Brahms-Denkmal in Hamburg. An den Tagungen des „Beringer Gesprächskreis“, der in der letzten Woche zum 7. Mal in Zürich zusammentrat, hat Schmidt häufig als Referent oder Diskussionsgast teilgenommen. Die Körber-Stiftung hat bisher mehr als 60 Millionen Mark für kulturelle und wissenschaftliche Förderungen aufgebracht. Der „Anstifter“, wie der 73jährige Industrielle sich gern selbst bezeichnet, erbt am 28. April in der Frankfurter Paulskirche die „Mädle für Verdienste um das Stützwesen“.

## Bulgarien: Papst wurde vergiftet

Mit Spekulationen darüber, daß Papst Johannes Paul I. vergiftet worden sei, versucht Bulgarien jetzt offensichtlich von den Hinweisen abzulenken, an dem Antritt auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz beteiligt gewesen zu sein.

Unter der Überschrift „Inank oder Gift?“ wird in der bulgarischen Wochenschrift „Pogled“ die Hypothese aufgestellt, daß der Latein-Papst, der am 28. September 1978 nach nur 33tägigem Pontifikat plötzlich gestorben war, wegen „seiner Absichten und Qualitäten“ die er energisch andeutete, umgebracht worden sei. Auf dem Tabell des verstorbenen Papstes sei zum Beispiel während des Abendessens Tabletten gesehen worden, obwohl dem Kirchenoberhaupt allgemein eine sehr gute Gesundheit attestiert worden sei und er sich in medizinischer Behandlung gestanden habe. Das Autopsie-Verbot für Päpste habe schon „Jahrhundertlang nur den Interessen derjenigen genützt, die Päpste nach dem Leben trachteten“.

# Sind Sie ein Wahlmuffel?

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGS-BLATT

Berichterstattung aus erster Hand, fair und objektiv.

Journalismus erster Wahl.

Beteiligen Sie sich grundsätzlich nicht an politischen Wahlen, weil Sie glauben, es sei ohnehin egal, wer regiert? Treten Sie ungern an die Wahlurne, weil Sie sich über die Parteien und Kandidaten, ihre Programme und Ziele, nicht völlig im klaren sind? Wissen Sie am Morgen des Wahltags noch nicht, wem Sie Ihre Stimme geben werden, weil Sie sich trotz (oder wegen) vielfältiger Wahlkampfwerbung zu wenig oder zu einseitig informiert fühlen? Oder fehlt Ihnen einfach die Zeit, sich aus der Berichts- und Nachrichtenflut das herauszusuchen, was für Ihre eigene Meinungsbildung wichtig ist? Wenn dies auf Sie zutrifft, dann sollten Sie zunächst einmal

Sie brauchen eine Wochenzeitung, die Ihnen die Wahl erleichtert, aber nicht abnimmt. Wählen Sie das DEUTSCHE ALLGEMEINE SONNTAGSBLATT. Gerade jetzt.

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGS-BLATT

Die große christliche Wochenzeitung

- Sie als objektiver, unabhängiger und überparteilicher Sicht über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der zur Wahl stehenden Parteien und Personen unterrichtet,
- Sie möglichst vorurteilsfrei über die wesentlichen Geschehnisse in Politik, Wirtschaft und Kultur informiert,
- Ihnen in klarer Gliederung und zeitsparendem Umfang Daten und Analysen, Berichte und Kommentare präsentiert, die für Ihre Urteilsfindung - nicht nur bei Wahlen - unentbehrlich sind.

Coupon für Probe-Exemplare  
Bitte einmenden an: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Vertrieb  
Ich möchte gern Bekanntschaft mit dem DS schließen. Schicken Sie mir doch mal kostenlos die nächsten beiden Ausgaben.  
Name \_\_\_\_\_ Straße \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Handwritten signature: محمد علي العبد

Schmidt  
"Zweiter  
in Bonn"

## Boot „Typhoon“ droht Europa t SS-NX-20

SAD, London  
In den wenigen Wochen soll  
die „Super-U-Boot-Typhoon“  
den Westen mit Atomraketen  
bedrohen. Die Allianz  
r nicht Gleichwertiges ent-  
setzen habe. Die Londoner  
„Daily Mail“ stützt diese  
nation auf Berichte britischer  
richtendienst-Kreise.  
Testserie der neuen SS-NX-  
keten sei jetzt erfolgreich ab-  
lossen worden, heißt es. Jede  
Raketen besitzt zwölf ato-  
mische Sprengköpfe, die auf Einzelziele  
programmiert werden können  
und eine Reichweite von 925 Ki-  
lometern hätten. Nach dem Be-  
der „Daily Mail“ kann die  
„Typhoon“ mit 20 SS-NX-20 ar-

## tzte Warnung – das Buch zum 6. März!



DM 10,-  
zt in allen Buchhandlungen!

werden und jeweils vier die-  
keten gleichzeitig abfeuern.  
„Typhoon“, über die im We-  
nde 1980 erste Einzelheiten  
zugeworfen waren, wird  
herausgeber des angesehenen  
Fachbuchs „Jane's  
ng Ships“, Kapitän John  
als ein „furchterregendes  
neuer“ bezeichnet. Das 30 000  
n schwere U-Boot könne, so  
itischen Meldungen, selbst  
er 1,20 Meter dicken Eisdek-  
k genügt Feuerkraft ent-  
um mit einem einzigen  
die halbe Welt zu vernich-  
tend. Ob das U-Boot, das etwa  
so groß ist wie die deutsche  
te des Zweiten Weltkriegs,  
Raketen auch unter Wasser  
den kann.

## In zehn Monaten das dritte Wirtschaftsteam

Von WERNER THOMAS

Als Rolf Lüdgers, der deutsch-  
stämmige Finanz- und Wirt-  
schaftsminister, das Kabinett über  
seine letzten Umschuldungsver-  
handlungen informieren wollte,  
die ihn vergangene Woche auch in  
die Bundesrepublik geführt hat-  
ten, konnte er sich diese Mühe er-  
sparen: Staatspräsident Pinochet  
informierte ihn über seine Entlas-  
sung.

Rolf Lüdgers Schwarzenberg, 49,  
war erst seit dem 30. August 1982  
Mitglied der Pinochet-Regierung.  
Mit seinem Abgang wechselt das  
Wirtschaftsteam des Generals nun  
zum drittenmal innerhalb von zehn  
Monaten. Der Präsident, der insge-  
samt fünf Ressorts neu besetzte,  
ernannte den Unternehmer und  
Bankier Manuel Martín Saez, einen  
persönlichen Freund, zum neuen  
Wirtschaftsminister. Zentralbank-  
chef Carlos Caceres erhielt das  
Finanzministerium.

„Die fundamentale Aufgabe die-  
ses neuen Kabinetts wird die Reak-  
tivation des wirtschaftlichen Pro-  
zesses sein“, erklärte Pinochet und  
betonte, daß keine Korrektur des

bisherigen Kurses geplant sei. Man  
will an den Prinzipien der freien  
Marktwirtschaft festhalten.  
Der abrupte Abschied des Kri-  
senmanagers Lüdgers hat in der chi-  
lenischen Hauptstadt neue Fragen  
über die Zukunft des Generals auf-  
geworfen. So druckten die Zeitun-  
gen Anfang Februar Informationen  
aus Washington, daß die Militärs  
den Präsidenten entmachten woll-  
ten und daß Pinochet bereits unter  
Hausarrest stehe.

Diplomatische Beobachter wol-  
len nicht an einen bevorstehenden  
Putsch glauben. Sie entdecken  
auch heute noch keinen Offizier,  
der dem Staatsestablishment ge-  
fährlich werden könnte. Pinochet  
konnte alle potentiellen Rivalen rechtzei-  
tig isolieren oder (in eine ferne Bot-  
schaft) exilieren. Auch im Alter  
von 67 Jahren kommandiert er das  
Heer und kontrolliert auf diese  
Weise weiterhin das Offizierskorps.

Die Machtbasis des Generals ist  
allerdings ständig schmaler gewor-  
den. In Scharen verliert er frühere  
Verbündete. „Pinochet wird lang-  
sam ein einsamer Mann“, meint  
Leon Vilarin, der Chef des Verban-  
des der Speditionen-Unternehmer.

Vilarins Berufsverband hatte vor  
zehn Jahren einen entscheidenden  
Anteil am Sturz der linken Volks-  
front-Regierung. Sein wochenlan-  
ger Streik lähmte damals die ge-  
samte Wirtschaft dieses mehr als

4000 Kilometer langen Landes. Die  
Speditionenunternehmer planen  
keine Aktionen wie 1973. Vilarin  
hat sich jedoch einer breiten Oppo-  
sitionstront angeschlossen.

Die im Dezember formierte Or-  
ganisation, der mit Ausnahme  
kommunistischer Gruppen fast al-  
le Parteien und Vereinigungen an-  
gehören, fordert den baldigen  
Rücktritt Pinochets und die Rück-  
kehr zu demokratischen Verhält-  
nissen. „Die Lösung der wirt-  
schaftlichen Probleme muß durch  
eine politische Öffnung erfolgen“,  
hieß es in einer Erklärung. „Die  
Opposition erinnert daran, daß  
Chile neben Paraguay bald das ein-  
zigste Land Südamerikas mit einer  
Militärregierung sein kann.“

Es waren die wirtschaftlichen  
Probleme gewesen, die Augusto Pi-  
nochet in diese schwierige Lage  
brachten. Die kühnen Experimen-  
te, die Nation mit den monetaristi-  
schen Methoden der Chicagoer  
Schule Milton Friedmans zu ent-  
wickeln, hatten durch die weltwei-  
te Rezession, rapide gestiegene Kup-  
ferpreise und die hohe Schulden-  
last schwere Rückschläge erlitten.  
Die niedrigen Zölle führten zu ei-  
ner verhängnisvollen Konkurs-  
Kette, die wiederum die Arbeitslo-  
senrate auf über 20 Prozent trieb.

Santiago Kardinal Raul Silva  
Henríquez, kein Freund Pinochets,  
beklagt oft die „sozialen Kosten“  
der Krise. „Ich habe noch nie eine  
so katastrophale wirtschaftliche Si-  
tuation erlebt“, sagte er.

Rolf Lüdgers nannte nach seiner  
Entlassung die mangelnde Wettbe-  
werbsfähigkeit der chilenischen  
Industrie und die hohen Schulden  
als die größten Probleme. Die  
Schulden der elf Millionen Chilenen  
betrugen mittlerweile 18 Mil-  
liarden Dollar. Im vergangenen  
Jahr mußte Chile schon 85 Prozent  
seiner Exporterlöse für die Schul-  
dendienste ausgeben. Lüdgers hatte  
sich zuletzt fast ausschließlich auf  
Umschuldungsverhandlungen  
konzentriert.

Weshalb er entlassen wurde,  
bleib bisher unbekannt. Einige Be-  
obachter vermuteten, Pinochet sei  
über den schleppenden Verlauf der  
Umschuldungs-Versuche verärgert  
gewesen. Der Präsident neigt  
immer leichter zu Affekt-Handlun-  
gen. So trennte er sich auch von  
seinem Außenminister René Rojas,  
einem angesehenen Berufsdiplo-  
maten, weil die UNO-Vollver-  
sammlung 1982 erneut „schwere  
und systematische Verletzungen  
der Menschenrechte in Chile“ ver-  
urteilt hatte. Nach Ansicht Pino-  
chets hätte Rojas energischere  
Schritte zur Verhinderung dieser  
Resolution ergreifen können. (SAD)

## Die Medien im Griff der KPF

Die Kommunisten nutzen ihre Chance als Koalitionspartner / Gewerkschaft FO warnt

A. GRAF KAGENECK, Paris  
Im Januar 1982 warf die ge-  
mäßigte, den früheren Regierungen  
Frankreichs nahestehende Ge-  
werkschafts-Organisation „Force  
Ouvrière“ (FO) einen gewaltigen  
Felsbrocken in den friedlichen  
Teich der sozialistisch-kommuni-  
stischen Koalition. In einer „Note“  
hieß sie wissen, daß die Kommuni-  
sten seit ihrer Berufung in die Re-  
gierung durch Präsident Mitter-  
rand im Juni 1981 systematisch  
den Staats-Apparat unterwandern  
und mit ihren Leuten besetzen.

Im Vorwort der „Note“ hieß es  
kurz und bündig: „Wir, Beamte  
verschiedener Ministerien, woh-  
nen seit Mai 1981 der methodi-  
schen Infiltrierung aller Ebenen  
des Staats-Apparates durch kom-  
munistische Militanten bei, die ih-  
rer Partei vollkommen ergeben  
sind. Das Innenministerium, das  
den Staat gegen solche Unterwan-  
derungen schützen soll, scheint vor  
der Macht der KPF zu kapitulieren.“  
Wir halten es daher für unsere pa-  
tristische Pflicht, die Öffentlich-  
keit über diese Vorgänge zu unter-  
richten.“

Es folgten detaillierte Angaben  
mit Nennung von Namen von In-  
gliedern der KPF und der von ih-  
ren gesteuerten Gewerkschaft CGT,  
die in der verstaatlichten Industrie,  
in der Wirtschaft, dem Transport-  
wesen, dem Gesundheitswesen

und im gesetzgeberischen Apparat  
in führenden Posten untergebracht  
wurden. Offensichtlich hatte die  
FO über Monate hinweg eine minu-  
töse Untersuchung in mehreren  
Ministerien veranstaltet, deren Er-  
gebnis nicht anfechtbar erschien.  
Man kann sich den Sturm, der  
damals losbrach, heute kaum noch  
vorstellen. Alle eilten den bedräng-  
ten Kommunisten zu Hilfe: der  
Staatspräsident, seine sozialisti-  
schen Minister, die übrigen Ge-  
werkschaften, die Massenmedien  
(die natürlich vom Staat kontrol-  
liert werden), die Linkspresse. Alle  
vermiedelten das Problem. KPF-  
Generalsekretär Marchais konnte  
die Hand auf dem Herzen, versich-  
ern, daß dieser „hinterlistige An-  
griff der unverbesserlichen Rech-  
ten“ die Kommunisten nicht daran  
hindern könne, in absoluter Loyali-  
tät hinter der Regierung und ihrer  
Politik des „Wandels“ zu stehen.  
Selbst FO-Chef André Bergeron,  
ein durchaus mutiger Mann, di-  
stanzte sich schließlich von der  
„Note“ seiner Mitarbeiter.

Aber einige ließen nicht locker.  
Die Pariser Zeitung „Le Figaro“  
veröffentlichte als erste eine Un-  
tersuchung über Kommunisten in der  
öffentlichen Nachrichten-Agentur  
AFP. Es gab das übliche Protestge-  
heul und die Schwüre, kein AFP-  
Redakteur werde nach seinem Par-  
teibuch, sondern nur nach seinen

beruflichen Qualitäten eingestellt.  
Am 18. Januar 1983 stieß das kon-  
servative Blatt nach und wies nach,  
daß der staatliche dritte Fernseh-  
kanal FR 3 – mit der Verbreitung  
von lokalen Informationen für die  
Landbevölkerung beauftragt – in  
20 seiner 25 regionalen Redaktions-  
büros die bisherigen Chefredak-  
teure durch parteitreue Sozialisten  
und Kommunisten ersetzt hat.

Die den Gaullisten nahestehende  
„Nationalunion für Initiative und  
Verantwortlichkeit“ zählt in einem  
Rundschreiben die Namen aller  
Kommunisten auf, die in führende  
Redaktions- oder Beraterstellen  
bei den Direktionen der beiden er-  
sten Fernseh-Kanäle berufen wor-  
den. Sie zitiert den Kommunisten  
Pierre Charpentier, Redakteur im  
3. Kanal, der in einer Debatte sagte:  
„Mein journalistischer Blick ist na-  
türlich durch mein ideologisches  
Prisma verformt.“ Welcher seiner  
Partei-Kameraden würde ihm  
nicht Recht geben?

Der Rechtsopposition ist es bis-  
her nicht recht gelungen, an Hand  
von Sendezeiten-Aufstellungen  
nachzuweisen, daß die Linke die  
Massenmedien monopolisiert hat.  
Die Gewerkschaft FO wird noch  
einmal die Alarmglocke rühren – in  
einem sorgfältig ausgearbeiteten  
Bericht über die kommunistische  
Unterwanderung des Informa-  
tions-Apparates.

## Umsturz in Sudan gescheitert

DW, Tunis

In Sudan ist ein Komplott zur  
Ermordung des Staatspräsidenten  
Dschafar el Numeiri aufgedeckt  
worden. Gewöhnlich gut infor-  
mierte Kreise im arabischen Raum  
gehen davon aus, daß der Umsturz-  
versuch Teil eines libyschen Plans  
ist, mit Unterstützung von Ar-  
meeoffizieren und Oppositions-  
politikern die gemäßigten und pro-  
westlichen Regime in Sudan, Mau-  
retanien und Tunesien zu beseiti-  
gen.

Nach der Aufdeckung des  
Putschversuchs wurden, so die In-  
formationen, in der sudanesischen  
Hauptstadt Khartum annähernd  
hundert Offiziere und Zivilisten  
verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen,  
im Auftrag des libyschen Staats-  
chefs Khadhafi den Sturz des her-  
schenden Regimes und die Ermor-  
dung Präsident Numeiris geplant zu  
haben. Numeiri war 1969 durch  
einen Militärputsch an die Macht  
gekommen.

1976 hatte Numeiri nach einem  
fehlgeschlagenen Umsturzversuch  
die kommunistische Partei des Su-  
dan liquidieren lassen. Er unter-  
stützte auch mehr oder minder of-  
fen die Friedenspolitik des ermor-  
deten ägyptischen Staatschefs An-  
war el Saldai. Seither gilt Numeiri  
als Feind der nach Moskau ausge-  
richteten arabischen Staaten.

## Belgrads Presse läßt sich nicht mehr gängeln

CARL G. STRÖHM, Wien

In Jugoslawien spielte sich die-  
ser Tage ein Vorfall ab, der in ei-  
nem kommunistischen Staat ohne  
Beispiel dasteht: Zwischen der  
obersten Parteiführung der Teilre-  
publik Serbien und einer der größ-  
ten – gleichfalls kommunistischen  
– Zeitungen des Landes kam es in  
aller Öffentlichkeit zu einer hefti-  
gen Polemik.

Auf einer Plenarsitzung des ZK  
der KP Serbiens attackierte das  
Mitglied des jugoslawischen Par-  
teipräsidiums Dobrovoje Vidic die  
jugoslawischen Massenmedien.  
„Es gibt einen Durchbruch feindli-  
cher Auffassungen in den Informa-  
tionsmedien“, sagte Vidic wörtlich.  
„Dieser Durchbruch ist Teil einer  
sorgfältig geplanten Aktion von  
Leuten, die in Wirklichkeit am  
Sturz der verfassungsmäßigen  
Ordnung der Sozialistischen Föder-  
ativen Republik Jugoslawiens be-  
teiligt sind.“

Ein anderes ZK-Mitglied erklär-  
te, in die jugoslawische Presse sei  
der Geist des „kleinbürgerlichen  
Liberalismus“ und „Nationalis-  
mus“ eingedrungen. Die Presse  
spiele sich auf, als sei sie eine „un-  
abhängige Macht“.

Sie verbreite  
Mißtrauen gegen die Politik der  
Partei und Zweifel über die Fähig-  
keiten der Führung, mit den Wirt-  
schaftsproblemen fertig zu wer-  
den.

Darauf antwortete die Belgrader  
„Politika“ – die bedeutendste Zei-  
tung Serbiens und eines der wich-  
tigsten Blätter Jugoslawiens – mit  
einem Kommentar, in welchem die  
Versuche der Führung, Druck auf  
die Presse auszuüben, offen verur-  
teilt werden. Wenn man die Jour-  
nalisten daran hindere, gewissen-  
haft über das Leben und die Emp-  
findungen der Menschen zu schrei-  
ben, würden sie ihrer Aufgabe in  
der Gesellschaft nicht gerecht.

Auch die Journalisten hätten ein  
Recht auf Irrtum, hieß es weiter im  
„Politika“-Kommentar – aber man  
dürfte erwarten, daß man solche  
Irrtümer nicht dazu benutze, um  
den Prozeß der Demokratisierung  
der öffentlichen Meinung aufzuhal-  
ten.

Das Ausmaß der Differenzierung  
der jugoslawischen öffentlichen  
Meinung zeigt sich auch an einigen  
anderen Entwicklungen der jüng-  
sten Zeit. So wurde das neueste

Buch von Dobrica Cosic – des be-  
deutendsten lebenden Schriftstel-  
lers Serbiens – in einem Verlag in  
Rijeka gedruckt, obwohl der Ver-  
fasser als Oppositioneller gilt und  
in heftigem Konflikt mit der Partei  
lebt. Das ZK der Teilrepublik  
Kroatien forderte von der Parteio-  
rganisation des Verlages, den Druck  
des Buches zu verhindern – aber  
die Kommunisten des Verlags  
„Otokar Kersovani“ stimmten ge-  
gen ihre oberste Führung und set-  
zen die Druckpressen in Bewe-  
gung. Das Buch des Dobrica Cosic  
– unter dem vielsagenden Titel  
„Das Wirkliche und das Mögliche“  
– enthält politische Essays und  
Texte, derentwegen der Autor sei-  
nerzeit aus dem ZK ausgeschlos-  
sen wurde. In jedem anderen kom-  
munistisch regierten Land könn-  
ten solche Texte, die bisher in Ju-  
goslawien als quasi illegal galten,  
allenfalls im Untergrund erschei-  
nen.

Hier zeigen sich zwei Entwick-  
lungen innerhalb der jugoslawi-  
schen KP: Einmal eine Differenzie-  
rung in den Reihen der Partei, wo-  
bei ein starker liberaler und refor-  
mistischer Flügel, offenbar die

Journalisten – die ja, zumindest in  
den Führungspositionen, durch-  
weg Kommunisten sind – zur Selb-  
ständigkeit und zur Kritik emun-  
tert. Daraus wiederum resultiert  
ein Prozeß innerhalb der Medien:  
Sobald einige Journalisten, dank  
der Ermunterung von oben, die  
bisherigen Tabus durchbrechen,  
ziehen viele ihrer bisher furcht-  
samen und vorsichtigeren Be-  
rufskollegen nach. So entsteht ein  
Paradoxon in einem kommunisti-  
schen Staat: eine relativ befreite  
öffentliche Meinung, die nun wie-  
derum auf die Träger der Macht  
zurückschlägt.

Politische Beobachter sind der  
Meinung, daß die Angriffe führen-  
der Parteifunktionäre auf die Pres-  
se den Prozeß der Demokratisie-  
rung nicht aufhalten können – zu-  
mal die Journalisten inzwischen  
öffentliche Unterstützung durch  
einige führende KP-Politiker er-  
halten. Zivan Vasiljevic, Mitglied  
des ZK Serbiens, warnte vor Pau-  
schalurteilen über die Presse – und  
distanzierte sich von dem Versuch,  
die Medien als bloße „Transmis-  
sionsriemen“ der Partei zu betrachten.

## In acht Stunden verdienen

unsere Sparer den  
teuersten  
deutschen Film.

AS BOOT schildert den U-Boot-  
Krieg im Atlantik. Das Drama  
r Wasser fesselte Millionen  
Zuer im In- und Ausland. Bis der Film  
ino kam, mußten 25 Millionen Mark  
stiert werden.

o viel verdienen unsere Kunden in  
Stunden. Denn die erfolgreichsten  
tapiere Deutschlands bringen Tag  
ag 75 Millionen Mark Zinserträge.  
eld sollte Geld verdienen, und zwar  
iel wie möglich. Pfandbriefe und  
munalobligationen sind dazu ideal.  
Jenn: Diese Wertpapiere bieten Ihnen  
e, in der Regel die jeweils höchsten  
en.

ie können die für Sie passende Lauf-  
aussuchen. Und von heute auf

morgen zum Tageskurs verkaufen oder  
beliehen lassen. Ihre Bank oder Sparkasse  
übernimmt das für Sie.

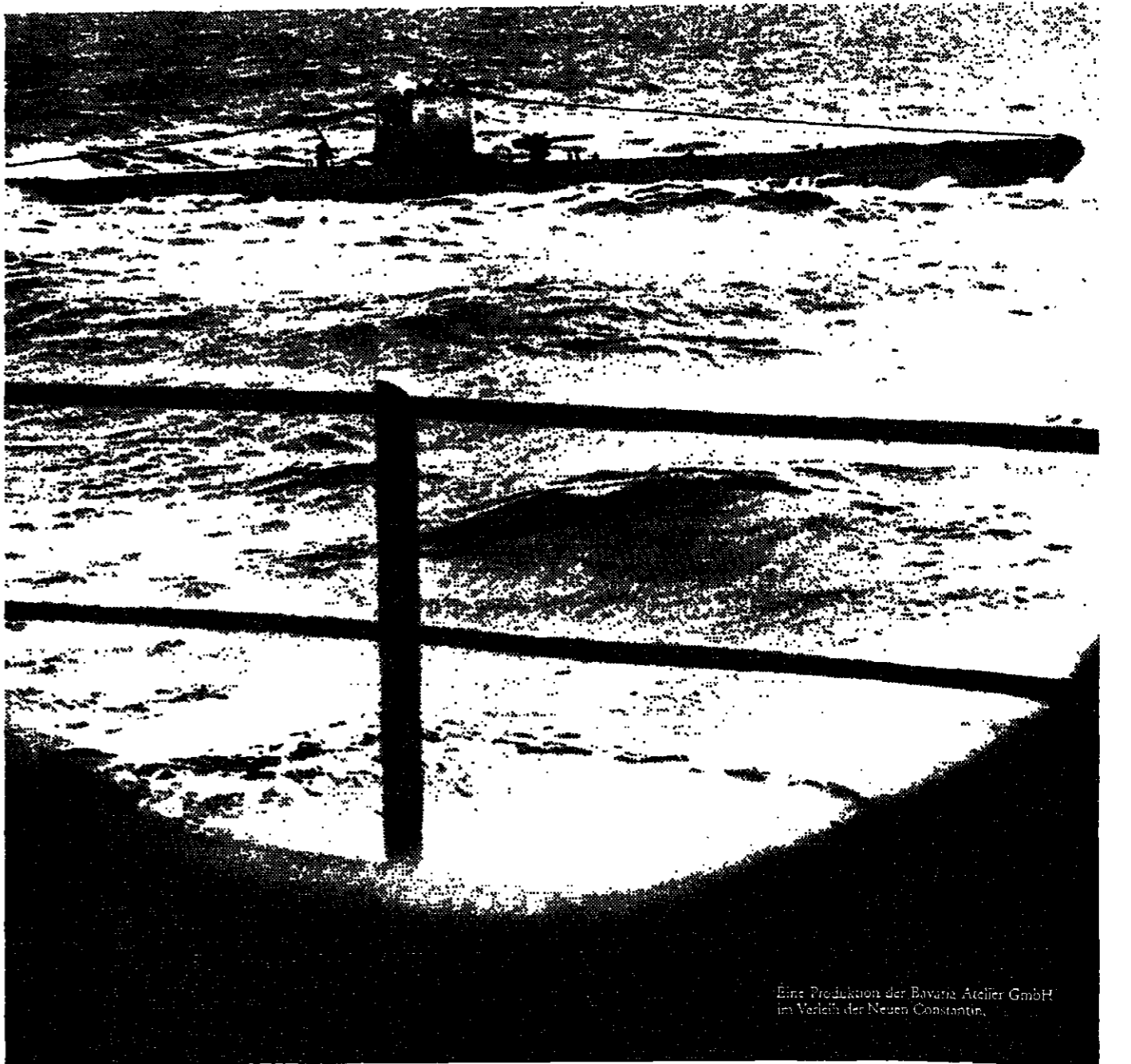
Pfandbriefe und Kommunalobligati-  
onen werden von Hypothekenbanken,  
Landesbanken und anderen öffentlichen  
Banken ausgegeben. Sie sind nach den  
speziellen Vorschriften des Hypotheken-  
bankgesetzes und des öffentlichen Pfand-  
briefgesetzes durch Hypotheken und  
Darlehen an die öffentliche Hand  
gedeckt. Es gibt sie übrigens bereits seit  
1769. Wir verdanken sie dem Alten Fritz.

Banken, Versicherungen und andere

Unternehmen wissen das natürlich. Sie  
kauften im letzten Jahr für rund 74 Mil-  
liarden Mark. Und was für die Profis rich-  
tig ist, ist auch gut für den Privatanleger.

Und noch eins: Legen Sie Ihre Pfand-  
briefzinsen wieder in Pfandbriefen an,  
damit Ihr Geld noch mehr Geld verdient.

Bei allen Banken und Sparkassen.



Eine Produktion der Bavaria Atelier GmbH  
im Verleih der Neuen Constantin.

## GESCHAFTSVERBINDUNGEN

## Flachdächer und Schrägdächer

jetzt endgültig wasserdicht.

Für Industrie- und Werkhallen, Verwaltungsgebäude, öffentliche Gebäude, Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser gibt es jetzt ein ideales Produkt, um alle Flach- und Schrägdächer absolut wasserdicht zu machen.

## Thermoklin

(70% Wärmeresistenz - Emissionsfaktor 0,3 - erhebliche K-Wert-Verbesserung)

ein aus Naturasphalt-Basis hergestelltes Beschichtungsmaterial, beseitigt jetzt alle Probleme im Flach- und Schrägdachbereich. Garantiert dauerhaft.

Die Beschichtung bleibt elastisch, ist total UV-beständig, wird nicht spröde oder rissig.

- Kein Bitumen - kein Kunststoff -

THERMOKLIN konserviert und schützt jegliches Untermaterial. Auch hervorragend geeignet für Außenkanten, Leitungssysteme etc., da erstklassiger Korrosionsschutz und Dauerhaftigkeit gegen Nässe, Wärme oder Kälte.

Alleinvertrieb und Verarbeitung:  
Verwaltungs- und Vertriebs-GmbH  
V + V Kamener Straße 4 · D-4712 Werne  
Telefon: 0 23 89 / 80 12 Sa.-Nr. · Telex 8 20 929

Vertretungen zu vergeben für alle PLZ-Gebiete in der Bundesrepublik sowie für Dänemark, Finnland, Frankreich, Norwegen, Portugal, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Spanien.

Seriöser, überregionaler  
**Vertriebspartner**  
für neues, konkurrenzloses Anti-  
Raucher-Präparat gesucht. Fi-  
nanzkraft Voraussetzung. Zu-  
schriften erbeten unter D 4144 an  
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,  
4300 Essen.

**Domizil Schweiz**  
Firmendomicil, Briefkasten-  
adressen, Postverkehr, Telefon,  
Telex, Sekretariat, EDV, alle  
Kantone.  
P.O.B. 121, CH-8627 Zürich

## Top-Vertriebsstellen

Damen und Herren mit sicherem  
Aussehen, einseitig u. kontaktfreudig, in der Werbebranche tätig,  
die Geschäftskaufmannschaft tätig,  
verdienend bei wöchentlich Aus-  
zahlung, DM 3000,- und mehr. Ein-  
arbeitung für Anfänger möglich.  
Bewerbungen erbeten an die  
COMPTON INFORM  
z. Hd. Herrn A. W. Wild  
CH-9001 St. Gallen/Schweiz  
Postfach 903

Wer sucht im Großraum Hamburg/  
Hannover  
**Vertrauensperson**  
zur Ausführung von Kauf- oder priv.  
Sonderaufträgen, die Geschick, Zuver-  
lässigkeit u. Diskretion erfordern?  
Pers. Manager mit über 20jähriger Er-  
fahrung in multination. Konzern und  
erfolgreich Referenzen steht mit voller Ein-  
satzbereitschaft zur Verfügung.  
Zuschriften unter PU 46036 WELT-  
Verlag, Postf. 2 Hamburg 36

**Ticket**  
in alle Welt „garant. Dumping-  
preise“, besond. Firmenevents.  
Inter-Ticket, T.: 0 71 31 / 8 27 05

Ihr Kontakt in Dänemark, Überset-  
zung, Marktforschung, Planung, Ver-  
marktung aller Art, Annoncen, La-  
sere M. Eckhardt, 6497 Steinhilber, Postf.  
11 04.

**Wir erledigen für Sie alles  
Legale weltweit.**  
Absolute Diskretion und Zuverlässig-  
keit.  
Tel. 0 61 52 / 5 56 31

## Produkte für Haus und Garten

Eine Existenz auf der Grundlage einer in Skandinavien erprobten Idee  
- würde Sie das interessieren?  
Benötigt werden ca. 150 Quadratmeter Freigelände - Kapitalbedarf  
ca. DM 15 000,-. Geeignet für Firmen und Einzelpersonen im Einzugs-  
bereich größerer Städte.  
Wir schreiben Ihnen gerne - Zuschrift erbeten unter PP 45972 WELT-  
Verlag, Postf. 2 Hamburg 36

Wer macht Beschichtung von  
PVC-Folie

mit hitzeaktivierbarem Kleber  
Kontakttaufnahme unter N 4152 an  
WELT-Verlag, Postfach  
10 08 64, 4300 Essen

**Vertrieb für Backwarenmodel-  
le u. Time Shaving gesucht.**  
Gesamtvol. 1.83 ca. DM 120 Mio.  
Verkaufsbereich in 2 Wochen.  
Schriftl. Antr. erb. an  
F.O.A.D GmbH EDV  
6896 Viernheim  
Heidelberger Straße 5

Waren aller Art und für alle Branchen  
aus  
**Direktimporten**  
aufgrund von Kompensationsverträ-  
gen sehr günstig.  
Anfragen und Anforderung der Wa-  
renliste unter PO 45971 WELT-  
Verlag, Postf. 2 Hamburg 36

**Ihre Vertretung in Hamburg**  
mit Büro u. Lager, Kommissio-  
nierung u. Vertiefung über-  
nimmt.  
Tel. 0 49 / 22 64 61/62

## Marketing

Deutsch-Austr. sucht Verbin-  
dung mit deutscher Firma für  
Vertr. Fertigung.  
Kontakt: Dipl.-Ing.  
Th. Back, CPO 2387, Sydney 209

## Kaufmann

32 J., sucht kaufmänn. Tätigkeit, Sitz  
Oberbayern/Ostereich, Komp. Büro  
mit Telex vorhanden.  
Tel. 0 86 84 / 12 77 oder unter C 3945 an  
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300  
Essen

## Norwegen-Spezialist

erledigt Marketingaufgaben, Gesell-  
schaftsanbahnungen, Wirtschaftsa-  
uskünfte und Inkasso in Norwegen.  
Tel. 0 49 / 22 64 61/62

Für eine interessante Tätigkeit  
suchen wir Herren und Damen mit  
gutem Verdienst, die zu einem Per-  
sonal- und Unternehmens- u. Ge-  
schäfts-Kontakt haben. Auch als  
Zusatzfunktion für Vertreter  
geeignet. Zuschriften erbeten un-  
ter: P 4153 an WELT-Verlag, Post-  
fach 10 08 64, 4300 Essen

## K. Matsuda &amp; Co. Ltd.

vergrät Alleinvertriebslizenz der  
MAZDA Energiespargeräte für  
Deutschland, Erf. EK: 1 Mio. bar.  
1 Mio. Bausicherheits-Angeb.  
erb. u. N 4130 an WELT-Verlag,  
Postfach 10 08 64, 4300 Essen

## Ägypten

Wir suchen: deutsche Hersteller,  
die ihre Produkte auf diesem  
Markt anbieten wollen. Wir bie-  
ten: gute Kontakte, langjährige  
Erfahrung, Preis in der Abwick-  
lung. Angebote unter:  
MUSKUN Kahl • Kahl & Co. • H 6  
Tel. 0 49 / 22 64 61/62, 4300 Essen

## Sonnenschein stark sein

Um geschäftl. etwas aus der Reihe  
zu stellen, suchen wir einen gleichbe-  
rechtigten Partner. Er soll über Ka-  
pital verfügen u. auch eig. Ideen ein-  
bringen sowie flexibel sein. Ein  
selbst nicht branchenfremd. Stand-  
ort Raum Frankfurt, gegebenfalls  
auch hier. Neugierige überwinden  
Angst u. 4273 an WELT-Verlag,  
Postf. 10 08 64, 4300 Essen

## Jg. 49, ADM sucht z. 1.6. Vertretung

als Leiter Handelsvertreter Raum NE,  
Schl.-H., ggf. Niederz. Zuschr. erb. u.  
PP 46013 an WELT-Verlag, Postfach,  
2000 Hamburg 36

**Direktwerbung** Adressenverkauf  
Fuß-Services  
Postfach 1234 Tel. 02103 8748  
2113 Barmbek

## VERTRETUNGEN

Wir sind ein führender Hersteller von

SYSTEMBAUTEN  
RAUMZELLEN  
BÜROCONTAINERN

und suchen eine Firma, die unsere Interessen (Verkauf + vermie-  
ten) im Raum

Hf., Hb., Schleswig-Holstein und evtl. H  
wahrnehmen kann.  
Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf unter P 4283 an WELT-  
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

## WELTNEUHEIT

Med.-elektron. Therapiegerät mit großen Absteuermöglichkeiten für  
den Konsummarkt

## In Lizenz zu vergeben.

Zuschriften erb. u. PW 46016 an WELT-Verlag, Postfach  
2000 Hamburg 36

Wir bieten erhebliche Einkommensverbesserungserwartungen  
Herrn beim Vertrieb einer

## krisensicheren Dienstleistung

Bewerbungen mit kurzen Angaben zur Person erbeten an Weiss-  
buchverlag, Postfach 85 04 29 in 9000 München 95

Wir bieten an als kooperativer Partner des Maschinen- und Anlagenbaus  
im In- u. Ausland (Erfahrung im Mittleren Osten) Planung, kompl. Montage  
und Service für

## ELEKTRO-SANITÄR-TECHNIK

Ihre Anfrage oder Aufgabenteilung richten Sie bitte unter B 3537 an  
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

## STELLENGESUCHE

## Export-Kaufmann

36 J., unverheiratet, sucht neue Position im In- oder Ausland.  
Mehrjährige Reise- und Filialleitung für ein deutsches  
Exporthaus im Nahen Osten u. langjähriger Geschäftsführer eines  
arabischen Unternehmens. Fließend Englisch, franz. u. arab.  
Sprachkenntnisse.  
Angeb. erb. u. S 4155 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300  
Essen.

**Entwicklungsingenieur elektronischer Bauelemente**  
Amerikanischer, englischsprachiger Ingenieur mit elektronischen  
Bauteilen (Mikro, Luft- u. Raumfahrt), sucht entspr. Aufgabe in nord-  
deutschem Unternehmen.  
Angebote erbeten unter Y 4271 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

## Dipl.-Ing. Rohrleitungsbau

44 Jahre, 18 Jahre Erfahrung im erdverlegten Rohrleitungsbau  
und Tiefbau, alle Druckstufen bis PN 100, Durchmesser und Materialien,  
Gas, Wasser, Abwasser, in den letzten Jahren in leitenden Positio-  
nen, zuletzt als Niederlassungsleiter tätig, sucht neue leitende Posi-  
tion.  
Angeb. erb. unt. T 4156 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

## SÜDOSTASIEN/FERNOST

**PH. D. METALLURGY (STANFORD)  
DIPL.-ING. MASCHINENBAU (TOKYO)**  
36 J., verheiratet, 1 Kind, malaysischer Staatsangehöriger, 10  
Jahre Berufserfahrung, davon 3 Jahre in Japan (Entwurf), 2  
Jahre in Malaysia (Projektierung und Anlagenbau), 3 Jahre  
USA (Forschungs- und Assst. Professor, Materials  
Science), 2 1/2 Jahre Deutschland (Forschungs- und Assst. Pro-  
fessor, Materials Science).  
Fließende englische und japanische Sprachkenntnisse, sehr  
gutes Deutsch.  
Suche Position als technischer Leiter oder Repräsentant eines  
Unternehmens in Asien.  
Angebote erb. u. K 4149 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,  
4300 Essen

## DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber  
Auel Springer, Matthias Walden  
Berlin  
Chefredakteur: Wilfried Heide-  
mann  
Stellv. Chefredakteur: Peter Göttsch, Bruno  
Walden, Dr. Günter Zehm  
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth  
Hamburg-Ausgabe: Dr. Hans Göttsch  
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche,  
Heinz Kluge-Löhke, Jens-Martin Lohde  
(WELT-Report, Bonn, Friedr. W. Feiering,  
Essen; Hans-Hilke-Hann, Hamburg)  
Verantwortlich für Seite 1, politische Nach-  
richten: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 2: Wolfgang Klotz (Internationale)  
Seite 3: Manfred Kober, Jochen Kober  
Seite 4: Martina Weidmann (Seite 1), Seite  
3: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Röm-  
melt, 1. Meinung: Erno von Lowenstein  
Seite 5: Hans-Joachim Bredow, Rüdiger  
Lohde, Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 6: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 7: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 8: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 9: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 10: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 11: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 12: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 13: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 14: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 15: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 16: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 17: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 18: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 19: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 20: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 21: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 22: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 23: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 24: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 25: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 26: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 27: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 28: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 29: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 30: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 31: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 32: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 33: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 34: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 35: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 36: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 37: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 38: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 39: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 40: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 41: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 42: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 43: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 44: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 45: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 46: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 47: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 48: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 49: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 50: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 51: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 52: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 53: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 54: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 55: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 56: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 57: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 58: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 59: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 60: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 61: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 62: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 63: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 64: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 65: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 66: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 67: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 68: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 69: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 70: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 71: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 72: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 73: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 74: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 75: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 76: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 77: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 78: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 79: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 80: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 81: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 82: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 83: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 84: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 85: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 86: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 87: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 88: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 89: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 90: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 91: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 92: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 93: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 94: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 95: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 96: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 97: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 98: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 99: Gerd Falck, Peter Philipp  
Seite 100: Gerd Falck, Peter Philipp

## Senior Industrial Eng./

Dipl.-Betriebswirt mit

mehrj. Tätigkeit in

## NIGERIA

NORDAFRIKA

INDIEN

als Generalmanager, Mar-  
keting, Manager, Consul-  
tant, Finanz- und Rech-  
nungswesen  
übernimmt neue Aufgaben  
mit kurz- oder langfristi-  
gem Auslandsvertrag (auch  
trouble-shooter). Gehalt ist  
nicht entscheidend, son-  
dern Aufgabe.  
Kontakte erbeten unter X  
4270 an WELT-Verlag,  
Postfach 10 08 64, 4300  
Essen

## Dipl.-Betriebswirt

33 J., verheiratet, Kenntnisse in Marketing,  
Betriebswirtschaft, Planung, Investition,  
Investitionen, perfekt in Englisch  
ortsbunden, sucht Anfangsstel-  
lung.  
Zuschr. unter A 4266 an WELT-Verlag,  
Postfach 10 08 64, 4300 Essen

## Rechtsanwalts- und Notargehilfin

25 Jahre, tätig als Bürovorsteherin  
in größerer Anwaltskanzlei,  
möchte sich verändern. Angeb.  
erb. u. M 4151 an WELT-Verlag,  
Postfach 10 08 64, 4300 Essen

## Diplom-Ingenieur

allgemeiner Maschinenbau, 46 J. (Stu-  
dium u. staatl. Abschluss in Arbeits- u.  
Betriebswissenschaften, englische  
Sprachkenntnisse), möchte sich zum 1.1.  
94 in leit. Position im Raum Hamburg  
verändern. Berufsweg: 10 J. Konstru-  
ktion u. Betriebsmittel u. Produk-  
tionstechnik, 10 J. Leiter d. Planungs-  
gruppe Fertigung, Konstruktion,  
techn. Überwachung u. Instandhaltung.  
Zuschr. erb. u. PR 46014 an WELT-  
Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36

## Techn. Kaufmann

Handelsfachwirt

33. Berufserfahrung: Außen-  
dienst Flurförderzeuge, Verkauf  
Industriemittel, Verkauf  
gruppenleiter i. Invest.-Güterzu-  
gehör, tätig als Instandsetzer  
Verkehr (Angehör. u. Aufträge  
wesen, Verkaufsservice) möchte  
sich in 83 verändern. Konstru-  
tion, Schwerpunkt Innen-  
dienst. Großraum Hamburg.  
Zuschr. erb. u. PR 46013 an  
WELT-Verlag, Postfach  
2000 Hamburg 36

## Tiefbauingenieur

(grad.) 27 Jahre, sucht verant-

wortungsvolle Position bei einer

Baufirma. Ausbildung, km Lehrer-  
Studium Abt. Baubetrieb. 12-  
jährige Berufserfahrung im Tief-  
und Rohrleitungsbau. Zuschrif-  
ten unter A 4141 an WELT-Ver-  
lag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Immobilie - Vermögensbildung

Als nachhaltig erfolgsgewohnter

Vertriebsleiter im Typenhaus- und Kapitalanlagemarkt

möchte ich, 38. verheiratet, Bank-Kfm., reiche Auslandserf.,

frisch, ideenreich, zielorientiert, meine Kraft und mein Wissen in ein

Unternehmen mit Profil einbringen. Auch artverwandte Branchen

angehen. Ein Gespräch wird Sie überzeugen. Seriöse Angebote

erbeten unter PG 46 025 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 36

Personalleiterin oder Assistentin

oder . . .

Zum 1. Juli sucht 42jährige (Betriebswirtin) - mobil, einsetzbar, be-

lehrbar - Führungsperson auf Geschäftsleitungsebene oder ent-

sprechende Assistentenstelle bzw. Allroundaufgaben bei Einzelun-

ternehmen (mögl. mit internationalen Verbindungen) oder bei öf-

fentlichem Auftraggeber.  
Erfahrung/Kenntnisse: Personalführung (inkl. Rechtsfragen, Aus-

bildung und „Kleinarbeit“ für 120 Beschäftigte), besonders erfolgrei-

che in Mitarbeiter-Führung und -Motivation, Organisation; Ab-

wicklung und Preisprüfung öffentlicher Aufträge, Sicherheitsbeauf-

tragte, Sekretariatsleitung, Werbung - PR - Marketing, Erwachsenen-

bildung als gepr. Hauswirtschaftsmeisterin, Gestaltung und Ab-

wicklung von Kursausstellungen.  
Gute englische, französische und italienische Sprachkenntnisse.  
Kontaktanfrage erbeten über C 4143 an WELT-Verlag, Postfach  
10 08 64, 4300 Essen

Maurermeister

2. Zt. tätig als Polier, sucht Baulei-

terstelle im norddeutschen Raum.

Zuschr. erbeten unter PE 46046

an WELT-Verlag, Postfach, 2000  
Hamburg 36.

Hauswirtschaftsleiterin

41 J., ledig, sucht zum 1.4. Wirk-

ungskreis. Erstklassige Referen-

zen vorhanden von Großküche,  
Krankenhaus und Altenheim, sowie  
die Kenntnisse. Angebote erb. u. Z  
4140 an WELT-Verlag, Postfach  
10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Geologe

36, mit Schwerpunkt Meeresgeo-

logie, Geophysik, sucht Wirkungs-

kreis i. d. Geologie od. in ähnlicher  
Basis.  
Zuschr. erb. u. PR 46035 an WELT-  
Verlag, Postf. 2 Hamburg 36.

Wer sucht für Mitarbeit

aktive, langj. Unternehmer, Orga-

nisationsleitung, verantwortungsbew-

usst, dynamisch u. zielstrebig?  
(Keine Vertreter-tätigkeit!) Nicht  
ortsbunden.  
Zuschriften erb. u. PR 46019 an  
WELT-Verlag, Postfach, 2000 Ham-  
burg 36.

Tiefbauingenieur

(grad.) 27 Jahre, sucht verant-

wortungsvolle Position bei einer  
Baufirma. Ausbildung, km Lehrer-  
Studium Abt. Baubetrieb. 12-  
jährige Berufserfahrung im Tief-  
und Rohrleitungsbau. Zuschrif-  
ten unter A 4141 an WELT-Ver-  
lag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Deutscher Chirurg

Unfallchirurg, 40 J. sicherer

Operateur und Organisator sucht

leitende Position  
Angeb. erb. u. R 4264 an WELT-  
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300  
Essen.

Nautiker AG

28 J., mehrj. Berufserf., unabh.,

sucht neuen Wirkungskreis an  
Leise od. Seebetrieb. Zuschr. erb.  
u. PF 46024 an WELT-Verlag,  
Postfach, 2000 Hamburg 36

Diplom-Kaufmann/  
Steuerberater

(29), mit 4jähriger Berufserfahrung in

Steuerberatungsgesellschaft, sucht z.  
1.7. neuen Wirkungskreis. Zuschr. erb. u.  
PL 46029 an WELT-Verlag, Postfach,  
2000 Hamburg 36

Vermessungsg.

(Dipl. FH), 37 Jahre, Auslandser-

fahrung, sucht interessante Auf-  
gabe im Ausland. Ang. erb. u. B  
4142 an WELT-Verlag, Postfach  
10 08 64, 4300 Essen

Österreicher

41 J., eigenverantwortl. Geschäftsführer

mit km. techn. u. betriebswirt-  
schaftl. Ausbildung in einem mittel-  
ständ. deutschen Unternehmen sucht  
neue Aufgabe in Österreich - Zuschr.  
u. B 4286 an WELT-Verl., Postf.  
10 08 64, 4300 Essen

Exportkaufmann

langjährig in leitender Position bei

führender Außenhandelsfirma im  
Hf.  
48 J., engl. Span. Auslandserfah-  
rung, sucht neuen Wirkungskreis.  
Angebote erb. u. B 4154 an WELT-  
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

MEDIZINISCHE HOCHSCHULE HANNOVER

sucht

für den Pflegebereich Innere Medizin I

im Zentrum Innere Medizin eine

Oberschwester/-pfleger

Der Pflegebereich umfasst 9 Stationen, die Medizinische

Poliklinik und die Endoskopie.

Wir erwarten

- die erfolgreich abgeschlossene Zusatzausbildung

zur leitenden Oberschwester/-pfleger

- Kenntnisse in der Pflegedienstorganisation und

Mitarbeiterführung.

Die Vergütung erfolgt nach BAT Kr. VIII

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an die

Pflegedienstleitung

## Die Geschichte der Matabele war immer von Grausamkeit geprägt

Immer mehr Meldungen aus Zimbabwe weisen darauf hin, daß im Südosten des Landes, dem sogenannten Matabele-Land, Unruhen und Kämpfe ausgebrochen sind, die die Ausnahme eines Bürgerkriegs annehmen. Auf der einen Seite stehen die Regierungstruppen von Premierminister Mugabe, auf der anderen die Verbände von Mugabes ehemaligem Kampfeigenen im Guerillakrieg, Joshua Nkomo. Die Regierungssoldaten stammen aus dem Mehrheitsvolk der Shona (etwa achtzig Prozent der Bevölkerung Zimbabwe), Nkomo Verbände und die von Mugabes Soldaten terrorisierte Zivilbevölkerung gehören zum Minderheitsvolk der Matabele (rund zwanzig Prozent). Im folgenden beschreibt der Bonner Völkerkundler Burkhard Vieweg Herkunft und Geschichte der Matabele.

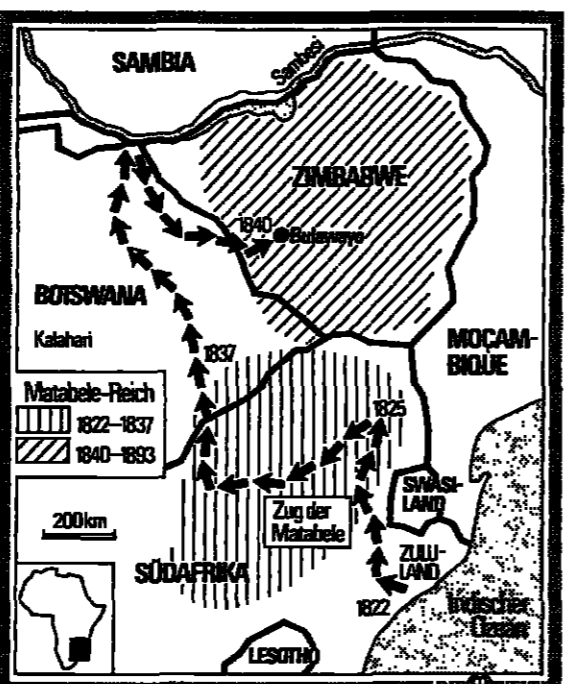
aber zog brennend und mordend durch das heutige Botswana. Dort erinnert auch der Name des Ortes Matabela an jene düstere Zeit. Weit im Norden erreichten sie schließlich den Sambesi und fielen von dort in das Gebiet des heutigen Zimbabwe ein. Hier entstand nun das 2. Matabele-Reich mit der Hauptstadt Bulawayo, dem "Ort des Tötens".

Die Matabele unterwarfen alle Stämme in dem Lande, einschließlich der weiter entwickelten Shona im Nordosten, siedelten selbst aber nur in der südlichen Hälfte. Mzilikazi war zwar immer noch so grausam wie früher, doch war er klüger geworden und vernichtete nun nicht mehr sinnlos alle Völker auf seinem Wege. In seinem neuen Reich machte er sie sich tributpflichtig. So ließ er die Shona größtenteils ungeschoren und versorgte sich von ihnen mit Rindern und Mais für seine zahlreichen Regimenter. Noch kurz vor seinem natürlichen Tode (1868) begannen die ersten Schwierigkeiten mit den Engländern: Gold war in seinem Lande gefunden worden!

Das war das Signal. Goldminen kamen ins Land. Goldsucher folgten, es gab Streit. In der Schlacht am Bambesi-Fluß hatten die Matabele 1893 keine Chance. Der letzte König der freien Matabele, Lobengula, sah, daß das Ende für sein Land gekommen war. Nichts sollte den

Engländern mehr in die Hände fallen. Bulawayo wurde in Schutt und Asche gelegt, der millionenschwere Staatschatz, der sogenannte "Matabele-Schatz", vergraben. Der Großteil des Schatzes bestand aus Rohdiamanten, die die matabelischen Arbeiter ihrem König aus den südafrikanischen Diamantenminen als Tribut mit nach Hause bringen mußten, verschluckt oder ins Fleisch einoperiert.

Als die Engländer nun heranrückten, ließ der Schatzmeister des Königs irgendwo außerhalb



in der Steppe einen senkrechten Schacht gruben. In ihn wurde der Schatz zusammen mit den Wagen hinabgelassen und der Schacht dann sorgfältig wieder verschlossen. Die vom Vergraben heimkehrenden Arbeiter wurden unterwegs von einem bereitstehenden Matabele-Regiment erschlagen und dieses wiederum etliche Kilometer weiter von zwei anderen Regimentern. So blieb als einziger, der den Ort des Geheimnisses kannte, nur noch der Schatzmeister über. Jahrelang ließen die Diamantgesellschaften nach ihm suchen. Endlich, 28 Jahre später, wurde er in Port Elizabeth in Südafrika aufgespürt. Doch er war inzwischen alt und hilflos wie ein Kind geworden, den Ort des Schatzes wußte er nicht mehr. Dutzende von Expeditionen haben inzwischen im Matabele-Land nach dem Schatz gesucht - vergeblich.

## Christen werden weltweit verfolgt

**umentation:** Lage der Gläubigen hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. In der Dokumentation, die der evangelische Missionar Wetzlar 5 Millionen Christen - und jeder dritte Christ - werden weltweit wegen ihres Glaubens verfolgt.

Bei einer Dokumentation, die Vertreter evangelischer Missionen zusammengestellt worden, gibt es heute in Asien kaum ein Land, in dem Christen nicht zu finden sind. Im Ostblock macht eine wachsende ideologische Härte zu schaffen. In der islamischen Welt führt immer mehr der Islam zu tätlichen Übergriffen.

In den islamischen Ländern des Nahen Ostens dürfen die christlichen Kirchen "sich nur um sich

drehen und nicht missionarisch wirken". Konvertiten drohen Gefängnis und Konzentrationslager. Zur Situation in der Sowjetunion wird eine Liste von rund 140 inhaftierten Baptisten vorgelegt. Außerdem wird von drei christlichen Soldaten berichtet, die an den Folgen von Mißhandlungen gestorben sind, nachdem sie die Verurteilung auf den Kommunismus verweigert hatten. Der Vorsitzende des Missionsbundes "Licht im Osten", Pfarrer Winrich Scheffbuch, konstatierte, daß sich die Situation der Christen in der UdSSR immer weiter verschlechtert.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Was steht in den Verträgen? Wem nützte es?

Indem ich für Ihren so informativen und ausgezeichnet argumentierenden Artikel (Wilfried Hertz-Eichenrode: "Polen und das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung", DIE WELT vom 9. Februar) zu der Rede von Bundesminister Dr. Fritz Zimmermann und zu der übrigen nicht nur von Kommunisten im Ostblock, sondern auch von Sozialdemokraten hier vorgetragenen heftigen Kritik (von Bahr bis Rau) danke, erlaube ich mir, noch zu ergänzen:

● In der Rede des Bundesaußenministers Walter Scheel vom 9. Februar 1972, 376. Sitzung des Bundesrates, heißt es: "Manche Kritiker haben versucht, in die Verträge den Begriff der Grenzveränderung durch die Bundesrepublik hineinzulegen und die Verträge als Grenzverträge zu apostrophieren. Seitdem ist nur, daß die Verträge nirgendwo von Anerkennung sprechen. Einige Kritiker haben sich sogar zu der Behauptung verstiegen, mit den Grenzartikeln der beiden Verträge verzichte die Bundesrepublik auf deutsches Gebiet und auf die Wiedervereinigung. Da kann man nur fragen: Wo steht denn das eigentlich in den Verträgen?"

● Bundesminister a. D. Hans-Jürgen Wischniewski hat entgegen dieser eindeutigen Darlegung und entgegen seinem eigenen Ja zur Gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 am 18. Dezember 1982 in der Beilage zu der Wochenzeitung "Das Parlament" den Ostverträgen den Charakter von Anerkennungsverträgen und Vorlieferungsverträgen zugesprochen: "Erst die Bildung der sozial-liberalen Regierung 1969 machte die neue Ostpolitik auf der Grundlage der uneingeschränkten Anerkennung des territorialen Status quo in Europa möglich. ... Insgesamt kommen die Regelungen, die als Folge der neuen deutschen Ostpolitik in Bezug auf Berlin, Deutschland und die Verhältnisse in Europa getroffen werden konnten, einer friedensvertraglichen Regelung durchaus nahe. Dies gilt vor allem für die KSZE-Schlusssätze, die Europa eine neue Perspektive der Zusammenarbeit gegeben hat."

● Der Bundesminister für innere Beziehungen, Dr. Rainer Barzel, hat, den Ausführungen des Bundesinnenministers gleichsam vorgehend, im Dezember 1982 im "Deutschland-Archiv" während eines Interviews erklärt: "Die Deutschlandpolitik orientiert sich an den Interessen unseres deutschen Volkes in Gegenwart und Zukunft; sie dient der Einheit der Nation und stärkt den Zusammenhalt des deutschen Volkes. Die Beziehungen zur DDR sind ein Teil der Deutschlandpolitik und ganz gewiß ein wichtiger Teil. Wir reden wieder, unserem Eid getreu, von Deutschland. Die Regierungserklärung beweist das. Wir stehen zum ganzen Grundgesetz. Der gemeinsame Beschluß des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 gehört zum Vertragswerk mit dem Osten. ... Wenn heute mehr als in den vergangenen Jahren über solche Tatsachen gesprochen wird, so weist das ein Informationsdefizit in der Öffentlichkeit aus. Es hat aber nichts mit 'großdeutsch' oder 'nationalistisch' oder 'revanchistisch' zu tun. Das ist Politik, und auf die wollen wir uns nicht einlassen. Wir sind verfassungsgemäß und vertragstreu."

Offenbar ist nach 13 Jahren sozial-liberaler Koalition das Selbstverständliche nicht mehr selbstverständlich. Wir haben entsprechend dem Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz von ganz Deutschland in allen seinen Teilen, wie es auch im Grundsatzprogramm der CDU von 1978 zu lesen ist, auszugehen, dieses ganze Deutschland bewußt zu erhalten und, wo es notwendig ist, bewußt zu machen, dieses ganze Deutschland - seiner Substanz zu bewahren und in einen Friedensvertrag einzubringen, so wie dieser auch ausdrücklich Inhalt des Deutschlandvertrages von 1952/54 ist.

Dr. Herbert Hupka, MdB, CDU Bonn

### Falsche Version

Sehr geehrte Herren, Ihrer Ausgabe vom 9. Februar 1983 berichten Sie unter der Überschrift "Ein Este stört Palmas Kreise: Was weiß er über sowjetische U-Boote?" u. a. über den U-Boot-Zwischenfall vor der schwedischen Flottenbasis Muskö. In diesem Artikel heißt es, unter Hinweis auf die im April 1983 vorgelegene Veröffentlichung des Berichtes der U-Boot-Kommission durch das schwedische Verteidigungsministerium: "Damit ist in der Zwischenzeit auch in dieser Frage die Neutralität Schwedens wieder hergestellt worden. Nach einer neuen Version hat es sich um ein bundesdeutsches U-Boot gehandelt, und Stockholm wollte keine Komplikationen mit Bonn oder der NATO. Eine zuverlässige Erklärung wird voraussichtlich erst im April gegeben..."

Diese Version ist eindeutig falsch. Richtig ist vielmehr, daß keine U-Boote der Marine zum Zeitpunkt des U-Boot-Zwischenfalls bzw. in den Wochen davor die Ostsee nördlich des 57. Breitengrades (Südspitze Gotland) befahren haben, wie dies auch der Befehlshaber der Flotte (Glücksburg) in seiner Presseerklärung vom 7. Oktober 1982 festgestellt hat.

Daglef Gerhardt, Fregatkapitän Bundesministerium der Verteidigung Bonn 1

### Andere Quelle

"Sehr geehrte Damen und Herren, am 15. November 1982 erschien unter dem Titel 'Pankraz, Lamsdorf und der Weg nach Waidhaus' in der WELT ein Artikel, in dem mein Name mit einem angeblichen Zitat von mir verbunden wurde. Ich versage es mir, dieses Zitat zu wiederholen, stelle aber ausdrücklich fest, daß es eine gemeine Verleumdung russischer Soldaten darstellt, wie sie bei mir nirgends zu lesen ist.

Lev Kopelew, Köln

Anmerkung der Redaktion: In der Tat hat Pankraz Berichte über die Kreuzigung von Zivilpersonen, auch Kindern, durch die Sowjets im Jahre 1945 irrtümlich Kopelew zugeschrieben. Sie finden sich statt dessen in "Nemmersdorf-Berichte. Dokumentation des Bundesministeriums für Vertriebene", Bd. 1/2, "Interviews" von Alfred M. de Zayas (München 1980), "Verleumdungen" von Heinz Navratil (München 1982).

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

## Personalien

### GEBURTSTAG

Rechtsanwalt Fritz Karnatz, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen in Bonn, wird am 17. Februar 60 Jahre alt. Karnatz wurde in Rostock geboren. 1957 ging er zum Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen. Dort leitete er zehn Jahre lang die Rechts- und Steuerabteilung. 1968 wurde er Hauptgeschäftsführer. Der Verband zählt rund 1000 Mitglieder, von denen 600 Steuerberater und 400 Sachverständige sind.

### GESTORBEN

Professor Dr. Günther Küchenhoff, Würzburger Jurist mit internationaler Reputation, starb mit 75 Jahren. Der Wissenschaftler hatte an der Universität Würzburg nach in der letzten Woche ein Seminar über Weltraumrecht geleitet, ein Fachgebiet, auf dem er zum Pionier in der Jurisprudenz wurde und das ihm auch als Völkerrechtler internationales Ansehen einbrachte. Professor Küchenhoff wurde am 21. August 1907 in Leipzig geboren. Er schwankte zunächst zwischen Jura und einem Gesangsstudium. Das Votum seiner Mutter gab den Ausschlag für ein Studium "mit ökonomisch gesicherter Lebensgrundlage". Seine Würzburger Studenten erlernte er jedoch auch bis in seine letzten Lebensjahre, wenn er als Ehrenmitglied der "Cheruscus" im CV Proben seiner Sangeskunst gab. Ordinarium wurde Günther Küchenhoff zum ersten Mal 1943 in Greifswald. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er zunächst als erfolgreicher Rechtsanwalt und Syndikus ärztlicher Vereinigungen tätig und war Mitgründer der Zeitschrift "Arztrecht". 1956 erfolgte der Ruf an die Universität Würzburg. Hier übernahm er die Leitung der Seminare für allgemeines, deutsches und bayerisches Staats- und Verwaltungsrecht sowie für Rechtsphilosophie, Arbeits- und Sozialrecht, eine juristische Spannweite, die heute kaum noch von Jüngeren erreicht wird. Insgesamt brachte es Günther Küchenhoff auf 500 Publikationen. Zu ihnen gehören sein Werk "Die Neugestaltung der Gesellschaft im Recht", sein Buch "Blick auf die Zukunft. Eine Vision", "Naturrecht und Christentum" und sein Werk "Naturrecht und Liebesrecht". Als Gutachter in schwierigen Rechtsfragen hatte Küchenhoff zuletzt ein Gutachten gegen die Auflösung des Bundestages angefertigt. Küchenhoff ist Vater von neun Kindern, Söhnen und Töchtern, die meisten von ihnen Juristen. Auch seine Frau Eleonora ist Juristin.

### Aufgeschwätzt

Ein Plädoyer für die Ganztagschule: "Sehr geehrte Damen und Herren, Bundeskanzler Kohl hat sich aufgeschwätzen lassen, daß die Ganztagschule das Beste für die Kinder sei. Wer es gut meint mit der Familie, darf nicht für die Ganztagschule sein! Die Kinder werden doch dadurch noch mehr den Eltern entfremdet, die Eltern noch mehr der Sorge um die Kinder entledigt. Das kann doch nicht das Anliegen einer christlichen Partei sein!"

Chancengleichheit im Bildungswesen, von den Sozialisten bis zum Erbeß getrieben, behindert die Bildung von Persönlichkeit.

Mit Gruß  
Max Maier, Rottenburg 1

### Wehrdienstdauer

Da die Angemessenheit von 20 Monaten Zivildienst angezweifelt und vom Bundesverfassungsgericht überprüft werden wird, ist es notwendig zu wissen, daß der Wehrdienst nach dem Wehrpflichtgesetz nicht nur den Grundwehrdienst von 15 Monaten umfaßt. Hinzu kommen Wehrübungen, die bei Mannschaften höchstens neun Monate, bei Unteroffizieren höchstens 15 und bei Offizieren höchstens 18 Monate betragen; ferner im Verteidigungsfall der unbefristete Wehrdienst. Bei einem Vergleich der beiden Dienstzeiten muß den 15 Monaten Grundwehrdienst daher zumindest die Zeit hinzugerechnet werden, die dem Durchschnitt der geleisteten Wehrübungen entspricht.

Herbert Wehling, Lensahn

### Wort des Tages

"Alle echte Überlieferung ist auf den ersten Anblick langweilig, weil sie fremdartig ist. Sie kindet die Anschauungen ihrer Zeit für ihre Zeit und kommt uns gar nicht entgegen, während das moderne Unrecht auf uns berechnet, daher pikant und entgegenkommend gemacht ist..."

Jacob Burckhardt, Schweiz. Kulturhistoriker (1818-1897)

## Herr Berger exportiert Werkzeugmaschinen nach Italien. Warum fällt für ihn die Lira nicht, wenn die Lira fällt?



Um sein Auslandsgeschäft anzukurbeln, mußte Herr Berger nicht weit gehen. Er kam zu uns. Über unseren Partnerservice vermittelten wir ihm eine neue Geschäftsverbindung nach Italien. Sie führte zu guten Abschlüssen, aber auch zu einem Problem:

Herr Bergrers Kunde wollte in Lira bezahlen und das erst nach erfolgter Lieferung in einem Jahr. Konditionen, die durch das Kursrisiko Herr Bergrers Angebotskalkulation über den Haufen geworfen hätten.

Unser Rat in diesem Fall: Ein Devisentermingeschäft mit uns. Das schaltet jedes Kursrisiko für Herrn Berger aus und gibt seiner Kalkulation eine solide Basis.

Export- und Importgeschäfte bringen oft Probleme nicht nur der Kurssicherung, sondern auch der Finanzierung mit sich. Deshalb ist es gut, mit einem kompetenten Partner zu sprechen: Wir, unsere regionalen Zentralbanken und unser Spitzeninstitut, die DG BANK, haben die richtigen Antworten auf alle Fragen im Auslandsgeschäft. Und den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: Unser Verbundangebot.

### Der Verbund: Alles aus einer Bank.

Der Verbund ist der Zusammenschluß der Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft: der DG BANK und

ihrer Tochterinstitute, der Bausparkasse Schwäbisch Hall, der DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank, der Münchener Hypothekenbank eG, der Union-Investment-Gesellschaft, der DIFA Deutsche Immobilienfonds AG und der R + V Versicherung.

### Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,5 Millionen unserer Kunden sind gleichzeitig Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Das macht Partnerschaft zu unserem Prinzip und ist einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

## Weinberger greift die Mahnung aus Europa auf

Gegen „künstliche Schranken“ im Rüstungshandel

AP/AF/DW, Washington  
US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger ist auf die Kritik hochrangiger europäischer NATO-Vertreter an der „Einbahnstraße“ im Rüstungshandel eingegangen. Er sprach sich für die Abschaffung „künstlicher Schranken“ aus, um den US-Streitkräften mehr Waffenkäufe in Europa zu ermöglichen.

Im Jahresbericht über die Standardisierung der NATO-Rüstung, den er dem Kongress vorlegte, wies Weinberger darauf hin, daß „noch viel mehr zu tun“ sei, um die Zusammenarbeit im Bündnis zu verbessern.

Nach Weinbergers Ansicht müsse die Industrie „eine wesentliche Führungsrolle bei der Verbesserung des Handels mit militärischen Versorgungsgütern übernehmen“.

General Bernard Rogers, der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, hat nach Weinbergers Angaben auf ernste Mängel in verschiedenen Bereichen der NATO hingewiesen – so die Luft-Luft-Geschosse, die landgestützten Radarsysteme und das Kommunikationswesen. Diese Mängel hätten die Kampftätigkeit der Bodentruppen beeinträchtigt.

Daneben verbuchte Weinberger in seinem Bericht auch Erfolge. Der Minister sagte, bei den Bemühungen zur Stärkung der konventionellen Streitkräfte der Allianz und zur Anpassung der Verteidigungskonzeption an die Erfordernisse der achtziger Jahre seien Fortschritte erzielt worden.

Wegen der Mängel bei der Rüstungszusammenarbeit über den Atlantik hinweg hatte die Bundesregierung in Bonn den US-Kongress aufgefordert, die Einführung der „Specialty Metals Clause“ rückgängig zu machen, die den Import von Sondermetallen aus europäischen NATO-Ländern untersagt. Die Bundesregierung verwies darauf, daß sich die USA mit einer derartigen Importrestriktion selbst schädigten.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Lothar Haase hatte als Reaktion auf diese Importbeschränkungen dafür plädiert, zu prüfen, ob die Ausrüstung für die deutschen Streitkräfte künftig in ausschließlich europäischer Kooperation produziert werden soll. In den kommenden zehn Jahren wolle Bonn deutsche Rüstungsaufträge von rund zehn Milliarden Dollar an die USA vergeben.

## Blutige Unruhen in Assam

Banditen metzelten mehr als 450 Menschen nieder

AFP/rtr, Neu-Delhi  
Die heftig umstrittenen Wahlen im nordostindischen Bundesstaat Assam haben die schlimmsten Unruhen seit der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 ausgelöst.

Wie in Gauhati, der Hauptstadt von Assam, bekannt wurde, haben Banditen am Wochenende im Bezirk Darrang ein grauenhaftes Massaker verübt. Mehr als 450 Menschen sollen mit Speeren und Buschmessern niedergemetzelt, 50 bis 60 andere verschleppt worden sein. Etwa 7000 Familien in 15 Dörfern wurden durch Brandschatzung obdachlos. Die Zentralregierung hat rund 75 000 Soldaten und Bundespolizisten nach Assam entsandt. Einige Banditen sollen erschossen und rund 300 festgenommen worden sein.

Die Unruhen in Assam hatten seit Anfang des Monats bereits etwa 200 Todesopfer gefordert, als hinduistische Bewohner ver-

suchten, die Wahlen für ein neues Landesparlament zu verhindern. Die einheimische Bevölkerungsmehrheit ist gegen die Wahlen, weil das Problem der aus Bangladesch, West-Bengalen und Nepal zugewanderten rund fünf Millionen Moslems nicht gelöst ist. Die Assamesen sträuben sich gegen die Wahlbeteiligung der Zuwanderer und verlangen deren Ausweisung.

Bei den Wahlen in Assam, die am Montag begannen und aus Sicherheitsgründen auch am Donnerstag und Sonntag fortgesetzt werden, wird über 126 Sitze im Landesparlament und über 12 Mandate im Zentralparlament in Neu-Delhi entschieden. Stimmberechtig sind rund 8,5 Millionen Wähler. Die Beteiligung der knapp vier Millionen zählenden ersten Wählergruppe am Montag war sehr gering. Sie soll nach Presseberichten kaum höher als fünf Prozent betragen haben.

## Genscher: Grundentscheidungen gegen SPD verteidigen

Fortsetzung von Seite 1

Genscher: Das Thema Angst spielt ganz sicher in unserer Zeit und gerade in der Bundesrepublik Deutschland eine erhebliche Rolle. Die von mir genannten Grundentscheidungen, die neu zu bekräftigen sind, sind Fragen der politischen und geistigen Führung. Da kann man und darf niemand versuchen, sich vorbeizumogeln. Politische und geistige Führung setzt auch voraus, die Lage ungeschminkt klar und offen darzulegen. Also zum Beispiel zu sagen, daß das Anspruchsdenken eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung ist; daß weitere Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte notwendig sein werden; daß wir einen Ausbau unseres Wohlstandes für eine lange Frist nicht versprechen können, ja, daß es schon schwer sein wird, den jetzt erreichten Lebensstandard überhaupt nur annähernd zu erhalten.

Das ist das genaue Gegenteil einer Politik der Versprechen, wie sie jetzt von dem Spitzenkandidaten der SPD betrieben wird, der die Rücknahme von Spar-Entscheidungen verspricht. Aber unlich Politik der ungeschminkten Wahrheit hat nichts mit Entmutigung zu tun. Im Gegenteil, Aufgabe der politischen Führung ist es, zu ermutigen, nämlich zu sagen, daß diese gewiß für viele auch mit einschneidenden Veränderungen verbundene Politik die einzige ist, um in unserem Land soziale Gerechtigkeit und einen angemessenen Wohlstand zu sichern. Genau so ist es mit unserem eindeutigen Bekenntnis zur West-Integration. Wir bezeichnen sie als den einzigen Weg, um die lange Periode des Friedens seit 1945 auch in Zukunft zu erhalten. Also, Ermutigung ist genauso notwendig wie absolute Offenheit über die Lage und die dann notwendigen Entscheidungen.

Man darf nicht übersehen, daß es in unserer Bevölkerung ganze Schichten gibt, die zur Zeit verängstigt sind durch Kampagnen, die von der SPD gegen sie in Gang gesetzt wurden.

Gegen die Ärzte, verscheidend, daß diese durch Selbstbeschränkungen schon in vergangenen Jahren einen wesentlichen Damm gegen die Explosion der Kosten im Gesundheitswesen errichtet haben, auch unter Inkaufnahme von eigenen Einkommensrückgängen;

Gegen die Bauern, obwohl diese Gruppe mit den Erzeugerpreisen wesentliche Beiträge zur Stabilität unseres Preissystems geleistet hat

– und übrigens auch zur Sicherung unserer Ernährungsgrundlage;  
● gegen die Beamten, die man gern in ein parteipolitisch beeinflusstes, einheitliches Dienstrecht pressen würde, verschweigend, daß das Berufsbeamtentum in unserem Land durch die Verfassung gesichert und ein Garant für die Stabilität und Handlungsfähigkeit unseres Staates unabhängig von jeder politischen Mehrheit ist;  
● gegen die leitenden Angestellten, die man gegen ihren Willen hineindrücken möchte in gewerkschaftlich kontrollierte Vertretungsorgane;  
● gegen die Unternehmer, die angeblich Investitionstreiber betreiben, gegen die man sogar zum „Widerstand“ aufruft.

Ich halte es für wichtig, daß wir zwischen den gesellschaftlichen Gruppen Solidarität schaffen und nicht Kampf der immer nur Klassenkampf sein kann. Die Parteien der Mitte sind aufgerufen, sich einer Entwicklung mit aller Kraft entgegenzusetzen und für eine solidarische Gesellschaft, eine freie Gesellschaft zu werben.

WELT: Es gibt ja nun bei allen Einschränkungen, unter denen wir wirtschaftlich stehen, trotz hoher Arbeitslosigkeit, Zeichen für den wirtschaftlichen Aufschwung. Wir haben eine hervorragende Leistungsbilanz, wir haben eine zurückgehende Inflationsrate, und es gibt ja auch Signale, daß nach den Wahlen neuer Investitionswille Impulse vermittelt...

Genscher: Rein ökonomisch ist es immer so, daß einem wirtschaftlichen Abstieg zeitlich verzögert Arbeitslosigkeit folgt. Umgekehrt schlägt sich der wirtschaftliche Wiederaufstieg zunächst nur in Daten nieder und nicht in zurückgehenden Arbeitslosenzahlen. Diese zeitliche Verzögerung muß man im Auge haben. Ich bin der Meinung, daß die jetzt vorliegenden Daten, die relative Preisstabilität, sinkende Zinsen, Ausgleich der Leistungsbilanz und der Zahlungsbilanz, ja sogar leichte Überschüsse, einen Aufschwung ankündigen. Aus bestimmten Branchen wie der Automobilindustrie, vor allem aber auch aus dem Baugewerbe, kommen eine Reihe positiver Informationen.

Natürlich gibt es manche Unternehmer, die verunsichert sind durch die Ankündigungen der Sozialdemokraten. Die Drohung von Herrn Vogel mit Devisenkontrollen ist für viele von ihnen nicht zurückgenommen worden. Geht es um Investitionen, meldet



Hans-Dietrich Genscher

stellen und verschiedenen „Räten“ zur Bürokratisierung der Wirtschaft, mit höheren Steuern und Abgaben, mit einer höheren Staatsverschuldung, mit einer Ausdehnung der Montan-Mitbestimmung auf weitere Wirtschaftszweige.

Wenn dies alles wahrgemacht würde, wäre das eine völlig veränderte wirtschaftliche und ein völlig veränderter ökonomischer Rahmen für Investitionen. Das heißt, das, was im Augenblick an Unsicherheit im Lande gerade bei Investoren vorhanden ist, zum Teil auch noch beim Verbraucher, ist nicht ein Ergebnis bösen Willens, sondern ein Ergebnis der Kampagne der SPD. Demgegenüber würde eine Wahlentscheidung für die Fortsetzung der jetzt eingeleiteten Politik, für die neue Koalition der Mitte aus FDP, CDU/CSU ohne Zweifel so viel Sicherheit über die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns schaffen, daß sich daraus ein kräftiger Wirtschaftsaufschwung ergeben wird.

WELT: Umstritten ist in diesem Wahlkampf eins der wichtigsten Prinzipien unserer Außenpolitik: der Begriff der Lage Deutschlands. Welche Orientierung geben Sie dem deutschen Bürger?

Genscher: Die Orientierung lautet: Bekenntnis zur Demokratie und zur Gemeinschaft mit den demo-

kratischen Staaten. Sie findet Ausdruck in unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, und zwar als aktiv gestaltendes Gründungsmitglied und nicht als ökonomischer Mitläufer, und in unserer Mitgliedschaft im westlichen Bündnis. Diese Standortbestimmung entspricht unseren Interessen und gleichzeitig der historischen Verantwortung der Deutschen als eines Volkes im Herzen Europas.

Das europäische Schicksal ist immer stark von dem Ablauf der Geschichte in Deutschland bestimmt gewesen und umgekehrt – das ist bei einem Land unserer Größenordnung in der Mittellage gar nicht anders denkbar. Unsere historische Verantwortung besteht heute darin, daß wir durch die klare Option für den Westen auch ein berechenbarer, stabiler Faktor sind für ganz Europa. Berechenbar übriges nicht nur für unsere Freunde im Westen, sondern auch für unsere Nachbarn im Osten. Eine Bundesrepublik, die einen Weg antreten würde, der sie zwischen West und Ost bringt, würde eine stabile Ordnung in eine Konfliktordnung – in eine Rivalitätsordnung – verwandeln. Sie würde neue Rivalität zwischen West und Ost am Deutschland schaffen, so daß dieser Weg in die Selbstisolierung und in die Selbstzerstörung zwei voraussehbare Wirkungen hätte.

Erstens: Wir würden zum Spielball der internationalen Politik werden, wir wären nicht mehr gestaltender Faktor, sondern Objekt der internationalen Politik.

Zweitens: Wir würden unsere historische Verantwortung aus zwei Weltkriegen verlegen, zur Stabilität im hochgerüsteten Europa beitragen. Deshalb ist es so wichtig, daß wir unsere West-Orientierung bekräftigen und nicht zum Wanderer zwischen den Welten werden.

Das muß auch in der Sprache deutlich werden. Das oft gedanklose, manchmal auch absichtsvolle Reden von den „beiden Weltmächten“, die wir beeinflussen müßten – so als seien wir von beiden gleich weit entfernt –, leistet dem Gedanken Vorschub, wir seien zwischen den Welten. Damit beginnt schon jener verhängnisvolle Weg in die Selbstisolierung, der ja auch bei formal weiter bestehender Mitgliedschaft in einem Bündnis faktisch beschränkt werden kann.

WELT: Wenn Sie die vorrangigen außenpolitischen Aufgaben

in der Zeit nach der Wahl im Auge haben, welche Punkte haben Priorität?

Genscher: Die Priorität ergibt sich einmal aus der Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft. Das internationale Gewicht der Europäischen Gemeinschaft, die internationale Politik zu bestimmen, ist in keinem Verhältnis zur Zahl ihrer Mitglieder, ihrer geographischen Ausdehnung und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das heißt, Europa muß als Subjekt der internationalen Politik wesentlich handlungsfähiger sein. Und ein solches Europa wäre auch ein Gewinn, eine Stärkung für das westliche Bündnis. Das auf zwei Pfeilern ruhend, Nordamerika und Europa, viel stärker ist, als wenn an der Gefährde des Bündnisses viele Pfeilchen stünden.

Das zweite ist das Bemühen um Abrüstung im West-Ost-Verhältnis, wobei ich der Meinung bin, daß das Jahr 1983 darüber entscheiden wird, ob wir in eine Phase realistischer Abrüstungsverhandlungen kommen oder ob wir den Rüstungswettlauf begünstigen. Diese Frage wird mehr in den westlichen Gesellschaften entschieden, als manche annehmen. Das heißt, Klarheit und Festigkeit der westlichen Staaten sind eine Voraussetzung für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen. Ist diese Festigkeit nicht vorhanden, wird es auch keine Abrüstungswilligen der Sowjetunion geben. Und die Politik, Entspannung, Zusammenarbeit und Abrüstung ist auch eine Voraussetzung dafür, daß sich eine friedliche Entwicklung für Europa ergeben kann, in der wir Deutschen unser Schicksal als Nation im Herzen Europas gemeinsam gestalten können.

Die Demokraten dürfen die nationale Frage nicht aus der Hand geben. Tun wir es, werden wir eines Tages aufwachen und feststellen, daß andere diese Frage aufgenommen haben – das heißt, daß wir entweder einen linken oder einen rechten Nationalismus bekommen. Das schlimmste wäre, wenn beides gleichzeitig käme und das zwischen eine demokratische Mitte stehen würde, die diese Frage nicht rechtzeitig erkannt hat. Ich sage das bewußt in diesem Jahr, das als Luther-Jahr das nationale Bewußtsein der Deutschen in Ost und West stark beeinflussen und beindrucken wird, und dieses nationale Bewußtsein ist mehr als das Gedanken an eine gemeinsame Geschichte, die Wahrnehmung eines gemeinsamen Kulturs.

Statt besonderer Anzeige

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, den plötzlichen Tod des

Brauereidirektors I. R.

### Dr. Bernward Fehrenberg

bekanntzugeben.

Herr Dr. Fehrenberg verstarb plötzlich und unerwartet im Alter von 72 Jahren.

Der Verstorbene gehörte von 1939 bis 1971 unserem Unternehmen an. Als Vorstand hat er in der schweren Nachkriegszeit den Wiederaufbau und die Entwicklung der Stern-Gruppe mit beeinflusst.

Edle Gesinnung und menschliche Wärme zeichneten ihn aus. Wir verlieren mit ihm einen Freund, der sich bis zu seinem Tode mit uns verbunden fühlte. Sein hohes Ansehen wird in unserer Erinnerung lebendig bleiben.

STERN-BRAUEREI Carl Funke AG  
Vorstand, Betriebsrat und Belegschaft

Essen, 15. Februar 1983

Auf Wunsch des Verstorbenen hat die Beisetzung im engsten Familienkreis stattgefunden.

An Stelle von Kranzspenden wird um eine Zuwendung an die „Deutsche Krebshilfe“ gebeten; Konto-Nr. 90 90 90 501 Postcheckamt Köln und 90 90 90 bei allen Banken.

Wir nehmen Abschied von unserem Vorsitzenden

### HELMUT STURM

\* 4. Juli 1920 † 11. Februar 1983

Über viele Jahre hinweg hat Helmut Sturm unseren Verein engagiert und zukunftsweisend geführt.

Wir sind ihm zu tiefem Dank verpflichtet.

Verein der Freunde und Förderer  
der Bildungszentrum Neuwied GmbH.

Josef Stommel  
Stellvertr. Vorsitzender

Friedrich Wilhelm Gräble  
Geschäftsführer

5450 Neuwied, 15. Februar 1983

Familienanzeigen  
und Nachrufe  
können auch telefonisch  
oder fernschriftlich  
durchgegeben werden

Telefon:  
Hamburg  
(0 40) 3 47-43 80,  
-39 42 oder -42 30  
Berlin  
(0 30) 25 91-29 31  
Kettwig  
(0 20 54) 1 01-5 24  
-5 25

Telex:  
Hamburg  
02 17 001 777 as d  
Berlin 01 84 611  
Kettwig 08 579 104

<h4>SAILLON/WALLIS/SCHWEIZ</h4> <p>Beim neuen Thermalbad verkaufen wir 1- bis 4-Zimmer-Eigentumswohnungen mit Preis ab DM 135 000,- Verlangen Sie unsere Dokumentation oder kommen Sie zu uns in die Halle 3, Stand 322, der Immobilienmesse, 18.-21. 2. 1983, Essen Weitere Angebote in Kandersteg, Davos, Portofino, Spanien/Costa Blanca STIFAG Bau-Planungs AG, Kirch- chenfeldstr. 14 CH-3005 Bern 00 41 31 43 00 43 Telex 00 43 336 75 stifag ch</p>	<h4>Tausche Haus</h4> <p>In Deutschland im Raum Stuttgart gegen Farm in Kanada, Südamerika, Aus- tralien, Neuseeland oder Südchina. Zusch. um. F 468 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen</p> <h4>Kapitalgeber</h4> <p>gegen Sicherheiten (Hypotheken bzw. Grundschuldsicherungen) gesch. Zusch. n. F 4384 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.</p>
<h4>Linz/Rhein</h4> <p>50 Eigentumswohnungen, auf 5 Objekte verteilt, im Bahnermodell oder Systemhaus zu verkaufen. Herrliche, unverbaubare Aussicht auf Rhein, Altmühl und Elfenparadies. Verschiedene Grundstücke, nur 10 Minuten zur BAB Köln - Frankfurt, eigenes Wohn- haus durch die Linz, in der Nähe einer großen Landschaft des rheinischen Westwaldes, sollte Banquillität. Hier einige Preisbeispiele: 45,56 m² Wohnfläche, DM 126 475 inkl. Grundsteuern, 72,21 m² Wohnfläche, DM 133 440,80, und 82,15 m² Wohnfläche, DM 212 777,05. Günstige Finanzierungs- formen! Fordern Sie kostenlos Informationsma- terial an oder vereinbaren Sie einfach ein Besuchstermin! BOLL, KLEIN &amp; Co., Immobilien- Betriebsorganisation GmbH 8560 Linz/Rh. Tel. 0 26 44 / 47 26</p>	<h4>Geschäftshaus</h4> <p>Krefeld, Top-Lage, Eckhaus, Grundst. ca. 210 m², Laden 125 m² plus Sou- terrain, außen, Keller, 3 Etagen u. Dachgeschoss zu verkaufen. Anfragen: Antonius Seigler Postfach 40 27, 4100 Krefeld</p> <h4>Eigentumswohnung</h4> <p>sofort bezieh., im Norden Ber- lins, ca. 90 m² Wfl., V2 DM 385 000,-, dir. v. Eigent. Besichtig. nach Tel. Vereinb. samstags, sonntags oder werktags ab 18 Uhr. Tel. 0 30 / 4 33 92 19</p>
<h4>Bärdenbach/Westerwald</h4> <h4>Einfamilienhaus</h4> <p>Baujahr 1966, 130 m² Wohnfläche, Areal 1700 m², Balkon und Ter- rasse, guter Zustand, unverbaubar Fernsicht, 4 km zur BAB Köln-Frankfurt. Kaufpreis: 218 000 DM BOLL, KLEIN &amp; Co., Immobilien- Betriebsorganisation GmbH 5460 Linz/Rhein Tel. 0 26 44 / 47 26</p>	<h4>Indon./niederl. Ehepaar</h4> <p>wohnhaft Niederl., bietet einzi- gartige Gelegenheit für Investi- tion (50 000 DM), für ein neues touristisches Projekt auf Insel Bali, Indonesien. Für näh. Ausk. schreiben Sie un- ter C 4297 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen</p>
<h4>Unglaublich</h4> <p>Tilgungsversicherung billiger als Banktilgung, damit Lebensvers. kostenfrei ganz gleich, bei wem die FVrg. läuft. Ihr Tilgungsspezialist: A. Sickinger Postfach 23 42, 2000 Hamburg 60</p>	<h4>Wir verkaufen in Lugano</h4> <p>(Schweiz) 1½-, 2½-, 3½-Raum- Eigentumswohnungen Neue Bebauung. Ruhige und zen- trale Lage. Auskünfte und Verkauf durch: Fidiam Trennungsgesellschaft A.G. Via Floda 14 - CH-6900 Lugano Tel. 00 41 / 91 / 21 43 24, Int. 2 84 / 2 85</p>

Handwritten signature or note at the bottom of the page.

## Desaster an der Weser

JB. - Ein griechischer Reeder, der den Bremer Vulkan lieber 28,11 DM geleisteter Anzahlungen hehlt als daß er zwei bei der erst bestellte Mehrwechschelrabbinnim, hat die Bremer Großart an den Rand des Abgrunds getrieben. Der Vulkan kann das durch entstehende Finanzloch in rund 110 Mill. DM nicht selbst pfen. Da die andere Großwerft 3, "Weser" für ihren Bremer Bech ab Mitte 1983 ohne Auftrag id allein kaum noch lebensfähig stehen insgesamt 8000 Be- hängige im ohnehin leidgeprüf- Bremen zur Disposition. In dieser Situation hat das Land emen an Bonn den Hilferuf ge- tet, in aller Eile 150 Mill. DM r Verfügung zu stellen, und die- n Wunsch mit der Forderung an die Werften verbunden, bis hwoch ein Sanierungskonzept rzulegen. Das finanziell arg ge- uelte Bremen will aus ver- idlichen Gründen nicht von em Werften-Schock in den an- ren taumeln. Bilanz sind Einzelheiten des anzepts noch nicht fertig, wenn- ich sicher sein dürfte, daß die oswerten eine Fusion vor- lagen werden. Völlig offen- ist aber, ob das Bremer Werf- problem überhaupt noch ge- werden kann. Die Gefahr, daß öffentliche Hand Mittel in ein- e ohne Boden steckt, ist um so ißer, als sich die Privatgeit- r Krupp und Thyssen-Borne- za praktisch von ihren Werf- zgements verabschiedet ha-

ben. Zusätzliche Mittel wollen bei- de nicht mehr aufbringen. Unter diesem Aspekt und der wohl realistischen Annahme, daß auch die fusionierten Werften noch über Jahre nur künstlich am Leben erhalten bleiben können, ist der Einsatz von Steuergeldern eigentlich nur unter einer Voraus- setzung zu verantworten. Bremen muß damit Zeit gewinnen, um Beschäftigungsalternativen für eine Zukunft ohne Großwerften zu suchen.

## Nicht attraktiv

tu (London) - Deutsche Firmen scheinen das Interesse an der Gründung von Tochterfirmen in Großbritannien zu verlieren. Das jedenfalls geht aus Zahlen hervor, die das britische Industrieminis- terium aufbereitet hat. Danach sind durch Investitionen deutscher Unternehmen im vergangenen Jahr nur 254 neue Arbeitsplätze in Großbritannien geschaffen wor- den. 1981 waren es noch 778, 1980 sogar noch 1089. Immerhin unter- nimmt die Regierung in London über ihr "Invest in Britain Bu- reau" erhebliche Anstrengungen, aus den Hauptlieferländern, also vor allem Japan, Deutschland und USA, mehr Investitionen anzu- locken. Doch wie es scheint, ist auch den Japanern die Lust an der Insel vergangen. Durch Investition- en ihrer Unternehmen in Groß- britanien wurden im vergange- nen Jahr gerade 155 neue Arbeits- plätze geschaffen. Offen- sichtlich sind die Konditionen vor- allem im Steuerbereich auf der- grünen Nachbarinsel Irland er- heblich attraktiver. Dort wird je- denfalls nicht über nachlassende Auslandsinvestitionen geklagt.

STROMVERSORGUNG/Kapazitätsausbau geht langsamer voran, als angenommen

## Konjunkturverlauf ändert auch die Planungen der Kraftwerkbauer

HEINZ HECK, Bonn „Die seit drei Jahren anhaltende tiefgreifende wirtschaftliche Rezession, mit der in diesen Jahren eine Stagnation des Strom- verbrauchs einherging und die teilweise strukturellen Charakter- annimmt, kann auch an den Ausbauplanungen der Elektrizitäts- wirtschaft nicht spurlos vorbeigehen.“ Das erklärte Horst Magerl, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitäts- werke (VDEW), in einem Gespräch mit der WELT.

Allerdings, so Magerl, ändern sich die mittelfristigen Ausbauplanungen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU), die auf einen Zeitraum von zehn bis zwölf Jahren ausgerichtet sind, „nicht laufend mit dem Auf und Ab der Konjunktur“. Die Erwartungen der Elektrizitätswirtschaft hätten bis- her bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von 1,5 bis 2,5 Prozent im Jahresdurchschnitt für die Zeitspanne bis 1993 einen Stromverbrauchszuwachs von 2,5 bis 3,5 Prozent unterstellt. Diese Entwicklung würde bis 1993 den Zubau von insgesamt 30 000 Mega- watt erforderlich machen. Davon seien Kraftwerke mit 19 000 Mega- watt werden diese Kraftwerke „entsprechend den Planungen zü- gig fertiggestellt werden.“ Die Bauentscheidungen über die verbleibenden 11 000 Megawatt un- terliegen einer laufenden Anpas- sung an die voraussichtliche Be- darfsentwicklung. Hierbei seien auch unterschiedliche regionale Verhältnisse zu berücksichtigen. Allerdings lasse sich heute das Ausmaß der erforderlichen Revi- sionen noch nicht quantifizieren und an bestimmten betroffenen Projekten festmachen. Damit gebe es auch noch keine Anhaltspunkte über die sich daraus ableitende

auch in Zukunft fortsetzt“. Aller- dings werde diese Entwicklung „massiv behindert“ durch die Ko- steneinstiegung der elektrischen Energie, die sich durch Bauverzö- gerungen und umfangreiche Si- cherheits- und Umweltschutzauf- gaben „stark verschlechtert“ habe.

Die Elektrizitätswirtschaft ak- zeptiere zwar die „scharfen Anfor- derungen“ der Großfeuerungsan- lagenverordnung für Neuanlagen. Die Nachrüstung der Altanlagen stehe dagegen mit voraussichtli- chen Investitionen von mindestens sechs Milliarden Mark (ohne lau- dende Betriebskosten) in keinem Verhältnis zu einem denkbaren Nutzen für die Umwelt, vor allem die Wälder. „Denn der im Laufe der Jahre eintretende Ersatz alter Kohlekraftwerke durch neue we- re den Schwefeldioxid-Ausstoß ohn- einhin vermindern.“

Kohlestrom aus Altanlagen we- re durch die Nachrüstung etwa drei Pfennig je Kilowattstunde teu- rer. „Diese Beträge können für energienetzwerke früher existenz- bedrohend sein, wie das Beispiel Korf zeigt“, sagte Magerl. Zudem stamme rund die Hälfte der Schwefeldioxid-Einwirkungen aus dem Ausland, von dem inländi- schen Anteil nur etwa 42 Prozent aus öffentlichen Kraftwerken, so daß sich insgesamt ein Einwir- kungsanteil von gut 20 Prozent er- gebe. Die Bundesrepublik sei heu- te in Europa schon führend bei der Kraftwerksverschönerung. Die deutsche Elektrizitätswirtschaft plädiere daher für internationale Vereinbarungen zur Vermeidung weiterer Sonderbelastungen der deutschen Industrie.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

## Brüssel will Kohlepolitik künftig besser koordinieren

WILHELM HADLER, Brüssel Vorschläge für eine gemein- schaftliche Kohlepolitik hat die EG-Kommission in einem Arbeits- programm zusammengestellt, das die zuständigen Fachminister demnächst in Brüssel erörtern werden. Es soll dazu beitragen, der Steinkohle und anderen festen Brennstoffen längerfristig einen größeren Anteil an der Energiever- sorgung der Gemeinschaft zu sichern.

Das Programm bezieht sich so- wohl auf Maßnahmen zur Förde- rung der Kohleverwendung und des innergemeinschaftlichen Han- dels wie auf die Restrukturierung der Gemeinschaftsindustrie und die Finanzierung der Haldenbe- stände. Außerdem versucht es Bei- träge zur Lösung der Umweltpro- bleme und zur Förderung von For- schung und Innovation zu geben.

In der Einleitung erinnert die Kommission daran, daß die ge- meinschaftliche Energiestrategie bisher durch hohe und steigende Ölpreise unterstützt wurde, die ei- nen wichtigen Anreiz zur Umstel- lung auf andere Energieträger dar- stellten. Dieser vom Markt ausge- hende Anreiz lasse jetzt nach. So sei der nominelle Dollarkurs für Rohölimporte in die EG im Laufe der letzten 18 Monate um etwa zehn Prozent und in realen Größen sogar noch stärker gesunken. Da- durch sei große Ungewißheit über die künftige Marktentwicklung und deren Einfluß auf die Verbrau- cherpreise für Endverbraucher und die Wettbewerbsfähigkeit an- derer Energieträger entstanden.

nach Meinung der EG-Behörde ei- ne entschlossene Politik der Mit- gliedsländer für diese Erzeugnis- se einen bedeutenden Markt zu entwickeln und zu erhalten“. Vor allem auf dem industriellen Markt könne sich mittel- und langfristige zusätzlicher Bedarf entwickeln.

Die EG-Behörde kündigt für spätestens Ende März die Vorlage eines neuen Beihilfesystems für die Koksindustrie an. Außerdem will sie bei den Regierungen die Bereit- schaft sondieren, auch den inner- gemeinschaftlichen Austausch von Kesselkohle zu fördern. Bei der Koksindustrie hält die Kommission eine erhebliche Anhebung des ge- genwärtigen Satzes der Absatzbei- hilfe von rund 7,13 DM je Tonne für notwendig, um die Differenz zwi- schen den Produktionskosten für Gemeinschaftskohle und dem Ein- standspreis eingeführter Kohle Rechnung zu tragen. Andererseits könnte nach ihrer Meinung die ma-ximale Menge, die für die Beihilfe in Frage kommt, statt von bisher 14 Mill. auf zehn Mill. t jährlich redu- ziert werden.

Der Kommissionsbericht weist aus, daß die Steinkohle- und Koks- halden in der EG seit 1980 stark gewachsen sind. Ende 1982 wurde ein Gesamtbestand von 51 Mill. t Kohle und 14 Mill. t Koks erreicht, was 21 bzw. 23 Prozent der Ge- meinschaftsproduktion ausmach- te. „Es stellt sich die Frage, ob für die Bestände an festen Brennstoff- en gegenwärtig besondere Maß- nahmen ergriffen werden müs- sen“, meint die Kommission. Eine Erleichterung von Investitionen zur Modernisierung der Zechen lie- ge durchaus im Interesse der Gemeinschaft.

## Belichtungsprobleme

Von WERNER NEITZEL

lichterung ist eingetreten. Die- se Branche wird von beträch- tlichen konjunkturellen und struk- turellen Belichtungsproblemen ge- heimgesucht.

Ein lange Zeit wachstums- starker Wirtschaftszweig hat seither seinen Objektiv sein müssen. Von der Per- sive eines ständig zunehmen- darten für Freizeitbeschäfti- gen ist nicht mehr viel übrigge- blieben. Indem der Bundesbürger denn je jede Mark dreht und et, seine Einkäufe und An- fungen also kritischer über- schaut, scheint die Fotografie etwas interkulturell geraten zu sein. Der Fotoindustrie, die hierzu- und 45 000 Beschäftigte einen Umsatz von rund 10 rden DM repräsentiert und Nimbus in den zurückliegen- Jahrzehnten insbesondere den Vormarsch japanischer Er- gnisse stark angekratzt wur- richt ziemlich offen von ei- für sie enttäuschenden Jahr- Auch im Fotohandel, der sich r wieder in Preiskämpfe ver- ist, ist die Stimmung weiter- unken. Obwohl also Gestalt, und billiger und das Preis-Leistungs- itnis sich entsprechend ver- rücke, bräutete die einst gute on des Fotografierens als ittheshäftigung in den letz- ren mehr und mehr ab. So- fiktverschiebungen können h nicht verwundern, wenn- allein bedenklich, was beispie- der Sektor der Unterhal- elektronik für Kaufkraft an- ag.

382 sind in der Bundesrepu- 108,4 Millionen Filme, was 4,4 Millionen Stück, was im- 1 Jahr zuvor gekauft worden. id knapp 1,5 Milliarden Color- in den Labors geprintet wor- den sind beinahe sechs Pro- weniger als im Vorjahr. Des- omte es auch nur eine Frage eit sein, daß in der unter dem- hoher Überkapazität und- ender Margen stehenden- x der Bildfabriken erste- re Ausfallerscheinungen auf- zu ist den großen Fi- zählende Heinz-Gruppe- nder in Konkurrenz. Daß sich- andere Laborbetriebe in Be- mis sehen, ist ein offenes- umis. Ist vergangen sind die Jahre- ige Wachstums des Far- marktes, in dessen Gefolge- labors wie Pilze aus dem Bo- schossen. Großzügig sprang- uelien von Laborgestütz und- rapieren in der Finanzierung- gute Renditen ließen sich er- in. Inzwischen hat der Wind- it. Immer schnellere Printau- ten treffen auf Stagnations- nzen am Bildmarkt, was ei-

nen über den Preis geführten Ver- drängungswettbewerb nach sich- zieht. Noch ist dieser Prozeß in- vollem Gange.

Ein negatives Schlaglicht beson- derer Art werfen die bescheidenen Reflexe auf den Zustand der deut- schen Fotoindustrie wirft, produ- ziert die Bayer-Tochter Agfa mit dem Stopp für ihre Kamera-Fer- tigung in München und Portugal. Allzu leicht war man einmal mehr mit dem Argument zur Stelle, sich als Opfer japanischer Technologie, Massenproduktion und aggressi- ven Preisgebens zu sehen. Wenig- er war beispielsweise von Fehl- einschätzungen in der eigenen Pro- duktion und Marketing-Konze- ptionen die Rede gewesen, wun- de in der unruhlichen Reihe des Rückgangs deutscher Fotounter- nehmen aus der Kameraproduk- tion eine neue spektakuläre We- gmarke gesetzt, nachdem in frühe- ren Jahren so renommierte Her- steller wie Zeiss-Ikon, Voigtlander oder Rollei schon die Segel gestri- chen hatten, wenngleich Produktion (auf Sparflamme) oder Marke unter- veränderten Vorzeichen noch da und dort weiterleben.

Die Garde der hierzulande noch- übriggeliebenen Kamerabau- er ist auf ein winziges Häuflein- zusammengeschrumpft, unter de- nen - wenn man einmal von der- deutschen Kodak-Tochter absieht- Namen wie Leitz, Minox oder Robot die bekanntesten sein dür- ten. Sie suchen ihr Betätigungsfeld mit offenbar guten Erfolgen in- Marktnischen.

Die Fotobranche hat erkennen- müssen, daß die sonst vom Kölner- Messerschauferster Photokina aus- gegangenen Geschäftsimpulse im- vergangenen und neuen Jahr- weitgehend ausgeblieben sind, wen- gleich mit der von Kodak einge- führten Disc-Fotografie ein neuer- interessanter Akzent gesetzt wor- de. Sie stellt zugleich einen mög- lichen Verkaufspunkt fotoche- mischer Bildaufzeichnung, die zu- mindest für das Stehbild in eine- Zeitlang Standfestigkeit im Markt- beweisen dürfte, mit elektronischen- Wiedergabetechniken dar. Das be- wegte Bild, also der Super-8-Ber- eich, muß freilich schon jetzt der- Videotechnik Tribut zollen.

Die Fotoindustrie wird sich der- Herausforderung stellen müssen. Ihr würde es gut tun, statt sich in einen erbitterten Verdrä- ngungswettbewerb zu verzet- teln, wieder stärker auf den Kun- den und die Erschließung seiner- Erfolgerlebnisse zu konzentrieren. Wichtigstes Kriterium bleibt eine- gute Qualität der Bilder. Anson- sten verschwindet die Kamera in- der Schublade.

## AUF EIN WORT



Die Japaner erobern die Weltmärkte mit unlaute- rem Wettbewerb - sie arbeiten während der Arbeitszeit.

Ephraim Kishon, Schriftsteller

FOTO: PETER PENSCH

## Krise in Mexiko verschärft sich

VWD, Mexico City Die Wirtschaftskrise in Mexiko wird sich 1983 verschärfen. Die Fi- nanzprogramme werden ihr Ziel nicht erreichen, und die Produktion wird wie schon 1982 zurückgehen, sagt die mexikanische National- bank voraus. Sie rechnet mit einer Zunahme des Haushaltsdefizits auf 9,3 Prozent des Bruttoinlandspro- dukts, die Regierung geht von 8,5 Prozent aus, was auch Bedingung des IWF für die Mexiko eingeräum- ten Kredite über 3,9 Milliarden Dol- lar war. Mexiko hat nach Meinung der Nationalbank den schlimmsten Teil seiner Finanzkrise noch vor- sich. Die Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen werde voraussichtlich im laufenden Jahr- erneut um 2,5 Prozent fallen. Bei den Ölpreisen geht die Bank von einem Rückgang um acht Prozent aus, was einem Ausfall von 1,3 Mrd. Dollar entspricht. Der Peso werde wahrscheinlich beim gegenwärti- gen Freimarktkurs von 149 je Dollar- stabil bleiben. Als positiv hebt die Bank hervor, daß die Inflation von 98 Prozent 1982 auf 66 Prozent 1983 zurückgehen wird.

STAHLINDUSTRIE

## Hoesch, Salzgitter und Klöckner bei Lambsdorff

HANS-J. MAHNKE, Bonn Das Stahl-Karussell dreht sich heute in Bonn weiter. Bundeswirt- schaftsminister Otto Graf Lambs- dorff, dem in den Morgenstunden aus den USA zurückgekommen sei, trifft mit den Repräsentanten von Hoesch, Salzgitter und Klöckner zusammen, die nach dem Vor- schlag der drei unabhängigen Stahlmoderatoren die Stahl-Gruppe Ruhr bilden sollen.

Anschließend ist sein Treffen Lambsdorff mit seinen Amtskol- legen aus den von diesem Zusam- menschluss betroffenen Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersach- sen, Bremen und Bayern vorgese- hen. Die Kontakte des Wirtschafts- ministeriums zu den Firmen Thyssen und Krupp, die zur Rhein-Gruppe- fusionieren sollen, hat es bereits in den letzten Tagen gegeben.

In Regierungskreisen verlautet, daß in den heutigen Gesprächen die Realisierungschancen für die- Vorschläge der Moderatoren zur- gesondung der Stahlindustrie be- raten werden sollen. Eine Ent-

scheidung über eine Soforthilfe für Klöckner, die Anfang des Monats in einer Höhe von bis zu 340 Millio- nen Mark beantragt worden war, und die sich zum Beispiel für die Bonner Stahl-Politik entwik- keln könnte, dürfte nicht auf der Tagesordnung stehen. Vor einigen Tagen hat Klöckner-Chef Henle mit Bundeskanzler Helmut Kohl über dieses Thema gesprochen, heißt es in Bonn.

Aus dem Wirtschaftsministerium verlautet dazu, daß die Bundesre- gierung auch weiterhin an ihrer Absicht festhalten wolle, erst dann über Beihilfen zur Sanierung der Stahlindustrie zu entscheiden, wenn sich die Firmen auf ein trag- fähiges Konzept verständigt hät- ten. Bisher wird von staatlichen- Unterstützungen in der Größen- ordnung von zwei bis drei Milliar- den Mark - durchgerechnet ist die- ses nicht - ausgegangen, die nach- Bonner Vorstellungen zu der Hälfte vom Bund und den betroffenen- Ländern aufgebracht werden soll- ten.

AUTOMOBILBAU

## General Motors und Toyota vereinbaren Joint Venture

FRED de la TROBE, Tokio Die beiden größten Automobil- hersteller der Welt, Toyota Motor und General Motors (GM), gaben am Dienstag ein Übereinkommen bekannt, nach dem die beiden Fir- men in einem Joint Venture in den USA einen kleinen Personenwa- gen für den amerikanischen Markt herstellen werden. Im Gegensatz zu Volkswagen hat Toyota bisher in den Vereinigten Staaten keine Pkw-Produktion. Die beiden ande- ren japanischen Auto-Hersteller, Nissan und Honda haben, von der- breiten Öffentlichkeit fast unbe- merkt, längst eigen Produktionen- stätten in den USA aufgebaut, in- die sie je 500 Millionen Dollar in- vestieren mußten.

Toyotas Vorstandsvorsitzender- Eiji Toyoda erklärte, das neue Un- ternehmen werde ein Kapital von 200 Millionen Dollar haben, das- beide Gesellschaften zu gleichen- Teilen einbringen werden. Er gab- nur bekannt, daß es sich bei dem- Wagen um ein Modell mit Frontan- trieb handeln werde. Die Produktion soll sich auf 200 000 Wagen im Jahr belaufen

und Ende 1984 im gegenwärtig- stillgelegten Betrieb von GM in- Fremont/Kalifornien aufnehmen- werden. Toyota wird die Mo- toren, Differentialgetriebe und an- dere Teile liefern. 50 Prozent der- Teile sollen aber in den Vereinig- ten Staaten hergestellt werden. Der- Absatz wird über das Chevrolet- Händlernetz von GM laufen.

Das Abkommen muß noch von- der amerikanischen Bundes-Han- delskommission (FTC) und der ja- panischen Regierung genehmigt- werden. Toyota meinte, daß es die- Hürde des Anti-Trust-Gesetzes in- den USA nehmen werde, da es nur- für einen Zeitraum von zwölf Jah- ren geschlossen sei. Seitens der- Regierung in Tokio werden keine- Einwände erwartet.

(SAD)

## Mehr Bauanträge

Bonn (VWD) - Die Zahl der Bau- anträge hat sich auch im Januar 1983 im Vergleich zum Vorjahr wei- ter deutlich erhöht. Diesen Ein- druck hat das Bundesinnenminis- terium aus den Angaben zahlreicher Kommunen herausgelesen. In zahl- reichen Kreisen betrug der Beihilfe- trug das die Zunahme der Zahl der Bauanträge um 40 Prozent und darüber und erreicht zum Teil 70 bis 100 Prozent im Vergleich zu Januar 1982. Die dreikommunalen Spitzen- verbände haben im übrigen versi- chert, daß sie bei den Städten, Ge- meinden und Kreisen darauf hin- wirken wollen, die Baugenehmig- ungsverfahren so rasch wie eben- möglich abzuwickeln, um auf diese- Weise einen Beitrag zur Belebung der Bauwirtschaft und zur Über- windung der Arbeitslosigkeit zu lei- sten.

## Zuversicht in USA

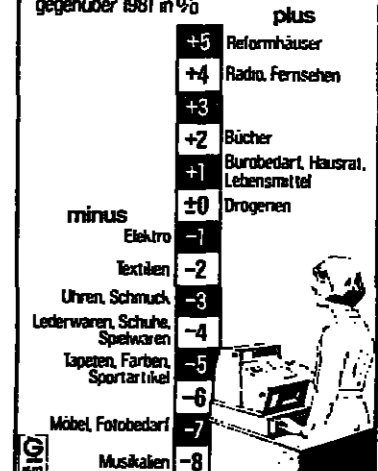
New York (dpa/VWD) - Bundes- wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat bei seinen Gesprä- chen mit führenden Vertretern der Wall Street in New York den Ein- druck gewonnen, daß die wirt- schaftliche Zuversicht in den USA- größer geworden sei. Alle seine Ge- sprächspartner würden für dieses- Jahr und vor allem für 1984 eine- deutliche Verbesserung der Wirt- schaftslage in den Vereinigten Staa- ten erwarten. Lambsdorff, der noch- Handels- und Konjunkturgesprä- che mit Mitgliedern der US-Regie- rung in Washington führen wird, setzte sich in New York für konkrete- Verhandlungen zwischen den Indu- strie- und Entwicklungsländern- ein. In einem Vortrag vor der- deutsch-amerikanischen Handels- kammer sagte er ferner, daß die- Industrienationen und die rei- cheren Länder der Dritten Welt ihre- Handelsbarrieren abbauen sollten.

## Post sichert Beschäftigung

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die In- vestitionsplanungen der Bundespost- sichern nach Ansicht des Haupt- verbandes der Deutschen Bauindu- strie, Wiesbaden, Arbeitsplätze und- Kapazitäten bei den rund 1000 über- wiegend mittelständischen Unter- nehmen des Kabelleitungs-Tief- baus in diesem Jahr. Die Post habe- für 1983 in der Orts- und Fernlini- entwicklung sowie für das Breitband- netz ein Investitionsvolumen von 3,5 (2,7) Mrd. DM angekündigt. „Kei- nen Hoffungsschimmer“ sah der- Bauverband dagegen bei den Bau- maßnahmen der öffentlichen Hand. Bei den Ländern rechnet er in die- sem Jahr mit einer weiteren- Schrumpfung der Baumaßnahmen- um 0,5 Prozent auf 6,7 Mrd. DM. Bei-

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

1982: Sorgenjahr des Einzelhandels



Erstmals seit Bestehen der Bundes- republik mußten die meisten Ein- zelhandelsfachgeschäfte 1982 Um- satzenbuben hinnehmen. Die Ver- käuferlöse gingen im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich ein- Prozent zurück. Real - also nach- Abzug des Preisanstiegs - errech- net sich sogar ein Minus von rund- sechs Prozent. QUELLE: GLOBUS

den Baumaßnahmen der Kommu- nen wird sogar eine Reduzierung- um etwa 12 Prozent erwartet. In- gesamt dürften sich damit die Bauaus- gaben der öffentlichen Hand noch- mals um 8,5 Prozent verringern.

## Gegen Strukturkrisenkartell

Dortmund (dpa/VWD) - Gegen- das von 28 deutschen Betonstahl- matten-Herstellern beantragte- Strukturkrisenkartell hat jetzt der- Baugewerbeverband Westfalen- Widerspruch angemeldet. Der Ver- band kritisiert, daß das beantragte- Kartell „in keiner Weise die kon- junkturelle Krisenlage des Bauge- werbes als Hauptbegründung von- Betonstahlmatten berücksichtigt“ und daß auch der letzte Bereich des- Stahlhandels reglementiert würde. Erst am 1. Januar 1983 sei die Stahl- handelspreislagen-Verordnung in- Kraft getreten, und die EGKS habe- für Frühjahr 1983 eine weitere- Anhebung der Listenpreise für Stahl- um durchschnittlich 30 DM je Tonne- verfügt. Absprachen über Pro- duktionsmengen und Preise bei Zu- lieferindustrien des Baugewerbes- könnten nicht hingenommen wer- den, zumal in dem mit 253 000 ar- beitslosen Bauarbeitern am stärk- sten von der Rezession betroffenen- Baugewerbe mehr Arbeitsplätze als- in Stahlbereich auf dem Spiel stün- den.

Wie wichtig ein starker Partner ist, zeigt sich besonders jetzt. Deshalb Mietfinanz, wenn es um die Finanzierung von Investitionen geht.

# mietfinanz®

## Investitionsfinanzier

mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 01245, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

BERTHOLD / Dividende fällt aus, aber

## Guter Start ins Jubiläum

PETER WEERTZ, Berlin

Im vergangenen Jahr haben sich die Umsatzerwartungen der Bertold AG, Berlin, nicht erfüllt. Eigenen Angaben zufolge ist Bertold aber unverändert der größte europäische Hersteller von Fotoapparaten. Die Umsätze gingen in der AG um 11 Prozent auf 138 Mill. DM und im Inlandskonzern um 8 Prozent auf 211 Mill. DM zurück. Ohne den Umsatzboom im Dezember, der auf die Investitionszulage zurückzuführen ist, wäre der Umsatz noch mehr gesunken.

Wie Vorstandsvorsitzender Heinrich Metz mitteilte, ist zwar das Betriebsergebnis nach wie vor positiv, der Vorstand hält es jedoch infolge der Umsatz- und Ertragsrückgänge für unumgänglich, für 1982 auf eine Dividende zu verzichten. Im Vorjahr war noch eine Dividende von 20 Prozent auf das von 14 auf 24 Mill. DM erhöhte Aktienkapital gezahlt worden. In diesem Jahr wird das Unternehmen 125 Jahre alt. Der Start in das Jubiläumsjahr 1983 war nach Angaben von Metz günstig. Als Ziel peilt der Vorstand das Umsatzergebnis von

1981 mit rund 150 Mill. DM in der AG wieder an. Der Auftragszuwachs lag zum Jahresende um 140 Prozent höher als im Vorjahr.

Die Umsatz- und Ertragsrückgänge werden überwiegend auf die schlechte Konjunktur im Druckgewerbe und die dadurch bedingte geringe Auslastung der Produktionskapazitäten zurückgeführt. Seit mehr als zwei Jahren spürt das Unternehmen die Zurückhaltung der Abnehmer trotz der von der Technologie her vorhandenen Spitzenprodukte. Das Unternehmen hat rechtzeitig auf Mikroelektronik umgestellt. Der Entwicklungsaufwand beträgt rund 15 Prozent des Umsatzes.

Auf diese Spitzenstellung in der Technologie setzt Metz auch in den nächsten Jahren. „Wir sind eine Computertechnik mit hoher Entwicklungsleistung und hoffen, daß sich dies in Umsatz und Betriebsergebnis auszahlen wird“, sagte Metz mit einem Blick in die Zukunft. Der Exportanteil der AG betrug 1982 etwa 37 Prozent. Die Tochtergesellschaften in den USA und Europa belasten vorerst noch das Ergebnis.

FRANKREICH / Erheblich mehr Streiks

## Sozialer Friede belastet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während in den meisten anderen westlichen Industriestaaten unter dem Druck der Wirtschaftskrise die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer nachläßt, mehrten sich in Frankreich die sozialen Konflikte. Nach Angaben des Arbeitsministeriums gingen hier im letzten Jahr durch Streiks 226 Millionen Arbeitsstunden verloren, nach 1,50 Millionen in 1981. Einen derartigen Zuwachs von rund 51 Prozent innerhalb eines Jahres hatte es seit langem nicht mehr gegeben.

Dem Volumen nach erreichte die Streikbewegung das Ausmaß der Jahre 1977 bis 1979. Jedoch wurden die Arbeitsausfälle von 1980, dem Jahr vor dem Regierungswechsel, erheblich überboten. Die sozialistische Regierung hat damit Frankreich nicht den von vielen erwarteten sozialen Frieden ge-

bracht, obwohl ihre Politik von den Gewerkschaften weitgehend unterstützt wird. Besonders stark gestreikt wurde in der französischen Automobilindustrie. Seit Jahresbeginn hat diese Industrie unter einer neuen Streikwelle zu leiden, die vor allem von den Gastarbeitern getragen wird.

Belastet wurde die Streikbilanz von 1982 auch durch die Protestaktionen gegen die unterschiedliche Handhabung des Lohnausgleichs für die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden in der Woche. Dadurch gingen im Februar 453 900 und im März 322 300 Arbeitstage verloren. Daraufhin erklärte die Regierung den vollen Lohnausgleich ab 1. April für obligatorisch. Aber auch in den nicht von solchen Sondermaßnahmen betroffenen Monaten war die Sozialkonflikte stärker als im Vorjahr.

CHAMPAGNER / Exporte schrumpften

## Auswirkung der Mißernten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Absatz an französischen Champagner hat sich nach vorläufigen Verbandsangaben 1982 demgemäß um 7,8 Prozent vermindert. Dies war vor allem auf die Mißernten der Jahre 1979 bis 1981 zurückzuführen. An verkäuflichem Champagner - dieser muß zwei bis drei Jahre lagern - standen noch geringere Mengen zur Verfügung als im Vorjahr.

Der wertmäßige Umsatz der großen Champagner-Produzenten nahm allerdings weiter zu, nachdem die Verkaufspreise nicht zuletzt aus Gründen der Absatzbegrenzung mehr oder weniger stark erhöht worden waren. Der Branchenführer Moët-Hennessy meldet jetzt für den Champagnerbereich eine Umsatzsteigerung von 10,2 Prozent auf 2,17 Mrd. Franc bei einem Absatzrückgang von 8,5 Prozent.

Dagegen mußten sich Mumm und Veuve Clicquot mit unter der

Inflationsrate (knapp zehn Prozent) liegenden Umsatzsteigerungen um 7,2 und 3,3 Prozent auf 353 und 317 Mill. Franc begnügen. Andererseits verbuchten Taittinger und Piper-Heidsieck überdurchschnittliche Verkaufszuwächse von 14,7 und 14,9 Prozent auf 216 und 190 Mill. Franc.

Während der Champagnerverbrauch in Frankreich um 6,2 Prozent abgenommen hatte, schrumpften die Exporte um 10,9 Prozent. Zu besonders starken Absatzverlusten kam es auf dem italienischen Markt (minus 32 Prozent) und in der Bundesrepublik (minus 19 Prozent), von denen vor allem Veuve Clicquot betroffen wurde. Marktanteile im Ausland hinzugewinnen konnte nach eigenen Angaben Moët-Hennessy, und zwar vor allem in den Vereinigten Staaten. Die Auftragsbestände für Moët-Champagner liegen zur Zeit um 14 Prozent über denen von 1982.

ITALIEN / Konjunkturinstitut empfiehlt Fortsetzung der rigorosen Haushaltspolitik

## Aufschwung nicht mehr in diesem Jahr

GÜNTHER DEFAS, Mailand

Die italienische Wirtschaft wird nach dem ganzen Jahr 1982 von Stagnation und Rezession gekennzeichnet bleiben. In seinem jüngsten Halbjahresbericht prognostiziert das staatliche Konjunkturinstitut ISCO für das laufende Jahr ein Nullwachstum nach der 0,3-Prozent-Abnahme des Bruttosozialprodukts im Jahre 1982. Die Ursachen für die Fortdauer der Stagnation erkennt das Institut vor allem in der gestoppten Entwicklung der realen Kaufkraft der Lohnempfänger, im Rückgang der Investitionsnachfrage und in dem gestiegenen Sprund der Bevölkerung trotz hoher Inflation.

Nach den Berechnungen des Instituts wird die private Konsumnachfrage in diesem Jahr real um 0,5 Prozent genau so stark abnehmen wie im vergangenen Jahr, während der Verbrauch der öffentlichen Haushalte real um 1,1 (1,5) Prozent zunehmen dürfte. Etwas weniger (0,9 statt 1,1 Prozent) wird ISCO zufolge der Investitionsrück-

gang ausfallen. Diese Abnahme wird aber ausreichen, um in Industrie und Landwirtschaft die Beschäftigung um 1,1 und 2,5 Prozent (im Vorjahr 1,5 und 3,4 Prozent) sinken zu lassen. Wie schon 1982, werden auch diesmal die Dienstleistungsbereiche die einzigen sein, in denen die Beschäftigung zunimmt: um 2 (2,4) Prozent.

Positiv beurteilt ISCO die neuerdings energischer als vorher betriebenen Bemühungen zur Stabilisierung des Haushalts und zur Abschwächung der Lohn- und Lohnkostendynamik. Gefahren für den Erfolg der Stabilisierung erblickt das Institut dagegen in der Möglichkeit, daß die internationalen Rohstoffpreise in den nächsten Monaten wieder schneller ansteigen beginnen und damit von außen neue Störfaktoren in das System hineingetragen werden.

Was das von der Regierung für 1983 angesetzte Investitionslimit von 13 Prozent anbelangt, das auch für die Löhne und die Preise der meisten öffentlichen Dienst- und

Versorgungsleistungen gilt, so geht ISCO in seiner Prognose um einen halben Prozentpunkt darüber hinaus.

Weiter verbessern wird sich dem Institut zufolge im laufenden Jahr die Außenhandelsbilanz und der Zahlungsverkehr mit dem Ausland. Im letzteren Fall rechnet ISCO sogar mit der Möglichkeit eines fast an Null heranreichenden Passivsaldo der Leistungsbilanz. Real werden die Importe von Gütern und Dienstleistungen nach den Schätzungen des Instituts in diesem Jahr um 1 Prozent, das heißt halb so stark wie 1982 zunehmen, während die Exporte nach der 3-Prozent-Steigerung des Jahres 1982 diesmal um real 2,5 Prozent steigen dürften.

Als entscheidend für die Konsolidierung der Stabilisierungsresultate und für eine weitere Abnahme der Inflation (die Regierung hat für 1984 ein Limit von 10 Prozent ins Auge gefaßt) sieht ISCO die Fortsetzung der rigorosen Haushaltspolitik und der konzertierten Aktion mit den Sozialpartnern an.

HUSSEL / Ladenmieten stagnieren

## Hohes Plus im Fachhandel

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Husel Holding AG, Hagen, geht davon aus, ihren 2500 Aktionären für 1982 wiederum ein „befriedigendes Ergebnis“ vorlegen zu können, ohne jedoch eine konkrete Angabe über die zu erwartende Ausschüttung (1981: 7 DM je 50-DM-Aktie) zu machen. In einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr heißt es, daß das 1982 erreichte Konzern-Umsatzwachstum von 16,8 (10,6) und flächenbereinigt von 6 Prozent auf 1,06 Mrd. DM ausreiche, um die Kostenober-

hungen aufzufüllen, insbesondere weil die Mieten in Top-Innenstadtlagen nicht mehr annähernd so stark stiegen wie in den Vorjahren. Im Gegensatz „überzeugend“ Vorpreise der Vergangenheit können zur Zeit nach unten korrigiert werden.“

Nicht mehr in den Konzernzah-

len enthalten sind die Umsätze des Textil-Versandhauses Braun + Goll, Pforzheim (1981: 95 Mill. DM). Das Unternehmen ist inzwischen in die Vögel GmbH, Sigmaringen, verkauft worden.

Neu in den Konzernzahlen enthalten sind dagegen die Umsätze der zu 75 Prozent übernommenen Silke-Gruppe (Bahnhofsbuchhandlungen) von 141 Mill. DM. Die Huselgruppe ist danach mit ihren 5500 (4800) Mitarbeitern in sechs Fachsparten tätig: Parfümerien (Douglas) mit 318 nach 277 Mill. DM Umsatz, Drogeriemärkte (Fuchs/Koretz) mit 218 (199) Mill. DM, Buchhandlungen (Montanus/Silke) 197 (50) Mill. DM, Lebensmittel (Wandmeyer) 141 (117) Mill. DM, Süßwarenhandel (Hussel) 137 (130) Mill. DM und Schmuckhandel (Uhren-Weiß) 47 (38) Mill. DM.

## NAMEN

Bergat a. D. Prof. Dr. Hubertus Rolshoven, früherer Vorstandsvorsitzender der Saarbergwerk AG, vollendete am 15. Februar das 70. Lebensjahr.

Heinz-Dieter Wagner, bisher Leiter der Abteilung Marktforschung im Personenverkehr der Zentralen Verkaufsleitung der Deutschen Bundesbahn, wurde die Leitung des Bundesbahn-Werbeamtes übertragen.

Dr. Walter Heyder, früherer Sprecher des Vorstandes der Kali-Chemie AG, Hannover, feiert am 17. Februar den 80. Geburtstag.

Walter Ott, geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe H. A. Braun GmbH & Co./Mass-Dekor GmbH, Berlin, wird am 17. Februar 75 Jahre.

Klaus Adam (41), wurde per 1. Juli 1983 zum Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz, bestellt. Er ist Nachfolger von Friedrich Becker.

SCHIFFFAHRT / Zwölf Prozent der Welttonnage ist beschäftigungslos - Katastrophales Niveau der Frachtraten

## Kein Ende der schlimmsten Krise seit 50 Jahren

WILHELM FURLER, London

Die internationale Schifffahrtskrise macht den westlichen Reedereien immer stärker zu schaffen. Betroffen sind unverändert vor allem die Eigner von Tankern und Massengutfrachtern. Zunehmend verschlechtert sich aber auch das Geschäft für die konventionelle Stückgutschifffahrt und für die Container-Fahrt.

Nach Angaben des General Council of British Shipping, vergleichbar dem Deutschen Reederverband, erreichte die wegen mangelnder Nachfrage beschaffungslos aufgelegte Schifffahrt Ende vergangenen Jahres einen neuen Rekordstand mit weltweit insgesamt 84 Millionen Tonnage Tragfähigkeit (tdw). Das sind inzwischen mehr als zwölf Prozent der Welttonnage.

Auf bessere Zeiten warteten am 31. Dezember nach Angaben des

Verbandes 1549 aufgelegte Handelschiffe aller Flaggen, der mit Abstand größte Teil davon Tanker. Ende 1981 hatte die Auflieger-Tonnage den Verbandszahlen zufolge 27,4 Millionen tdw, Ende 1980 nur 8,2 Millionen tdw erreicht. Von den 84 Millionen tdw, die Ende letzten Jahres eingemottet waren, sollen 60 Millionen tdw auf Tanker entfallen. Das wären 18 Prozent der gegenwärtigen Welt-Tanker-tonnage. Die restlichen 14 Millionen tdw entsprechen rund sieben Prozent der „trockenen“ Welt-Handelstonnage.

Erst vor wenigen Tagen hatte der angesehenste Londoner Schifffahrtsbroker Simpson Spence and Young in einer Studie über die Situation am Welt-Schifffahrtsmarkt vorausgesagt, daß 1983 das schwierigste Jahr für die internationale Handelsschifffahrt seit 50 Jahren wird. Das Brokerhaus er-

klärte, daß die Frachtraten in den meisten Fällen um das Dreifache angehoben werden müßten, damit ein „wirklich wirtschaftliches Niveau“ erreicht werden könnte. Davon könne aber im Verlauf dieses Jahres überhaupt keine Rede sein.

Simpson Spence and Young deutet vor allem auf die anhaltend hohen Überkapazitäten, die trotz des im vergangenen Jahr stark gestiegenen Anteils beschäftigungslos aufgelegter Schiffe und der zunehmenden Abwrack-Aktionen die Frachtraten drücken. Einen besonderen hohen Anteil an den Neuaufstellungen hätten Massengutschiffe vom Typ „Panamax“, die in ihren Abmessungen so ausgelegt sind, daß sie den Panama-Kanal passieren können. Doch angesichts des gegenwärtigen Frachtraten-Niveaus würde dieser Schiffstyp im Durchschnitt einen täglichen Netto-Verlust von 9000 bis 10 000 Dol-

SAUER GETRIEBE

## Vertrag mit Volvo über Kooperation

J. BRECH, Hamburg

Die Sauer Getriebe AG, Neumünster, und die Volvo Flygmotor AB, Schweden, haben im Zusammenhang mit einer Kooperation über Entwicklung, Fertigung und Vertrieb hydrostatischer Schrägachsenmotoren und -pumpen eine gegenseitige Kapitalbeteiligung vereinbart. Danach soll sich Sauer an der noch zu gründenden Volvo Hydraulics Corp. beteiligen, in die Volvo seine Aktivitäten im Bereich Hydraulik einbringt. Im Gegenzug erhält die Volvo Flygmotor AB eine Beteiligung an der Sauer Getriebe AG (30 Mill. DM Grundkapital).

Über die Höhe der geplanten gegenseitigen „Minoritätsbeteiligungen“ gibt es keine Auskünfte. Sie dürften aber deutlich unter 10 Prozent liegen. Auch ist nicht bekannt, wer von den Sauer-Aktionären Anteile abgibt. Bei Sauer waren bislang die Familie Murrmann mit 50 Prozent und die Westdeutsche Landesbank sowie die Robert Bosch GmbH mit jeweils einer Schachtel beteiligt. In diesem Beteiligungskreis sind offenbar Veränderungen vorgesehen.

An dem festgeschlossenen Kooperationsvertrag ist neben Sauer und Volvo Flygmotor auch die Sundstrand Corp., USA, als Sauer-Lizenzgeber beteiligt. Sauer und Sundstrand sind weltweit Marktführer bei hydrostatischen Getrieben im geschlossenen Kreislauf. Volvo Flygmotor stellt hydrostatische Schrägachsmotoren und -pumpen her. Diese Produkte werden von Sauer und Sundstrand über deren Marketing-Organisationen bei Anwendung im geschlossenen Kreislauf vertrieben. Volvo verkauft seine eigenen Produkte weiterhin über die eigene Organisation.

Zum Geschäftsverlauf bei Sauer im Jahr 1982 gibt es noch Hinweise. Die Zuwachsraten des ersten Halbjahres von rund 3 Prozent dürfte auch über das ganze Jahr gehalten worden sein, so daß das Unternehmen auf einen Umsatz von 210 Mill. DM käme. Als wichtigstes Ziel für 1982 hatte der Vorstandsvorsitzende Klaus Murrmann im Sommer vergangenen Jahres erklärt, daß Sauer im ersten Jahr als AG eine Dividende zahlen wolle.

DEBEKA

## Hermann Lange wird 75 Jahre



FOTO: DIE WELT

Hermann Lange, von 1962 bis 1976 Vorstandsvorsitzender der DebeKa Krankenversicherung und der DebeKa Lebensversicherung sowie Mitbegründer der DebeKa Bausparkasse, wird am 17. Februar 75 Jahre alt. Lange, der nach dem Studium seine berufliche Laufbahn als Realschullehrer begann, um nach dem letzten Krieg Schulleiter war, kam über die Berufsorganisation der Lehrer 1947 in den Aufsichtsrat der DebeKa, der ihn damals wie heute ungewöhnlich in den Vorstand wählte. Von 1964 bis 1970 war er stellvertretender und danach für fünf Jahre Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Privaten Krankenversicherung. Da über hinaus gehörte er als einer der führenden Köpfe der Assekura zum Präsidium des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaften. (Py)

## Helmut Sturm gestorben

Helmut Sturm, persönlich hafter der Gesellschafter der traditionsreichen Weinbrennerei Asbach & Co. Ridesheim, ist im Alter von 6 Jahren gestorben. Bereits 1972 war Sturm im Auftrag der Asbach beteiligten Familie Sturm als Komplementär in das Unternehmen berufen worden. 1976 trat er in die Geschäftsführung mit Zuständigkeit für den Vertrieb der Nachfolge seines damals ausscheidenden Ohehls Albert Sturm an. Zuvor hat Sturm im Handel Karriere gemacht. Kaufhof, Neckermann und Weikauf Gruppe laudeten die Stationen. Der aus einer Weinbau-Familie stammende engagierte Unternehmer hat sich in der Branche als Verfechter des Markenartikels profiliert. (DF)

## KONKURSE

Konkurs eröffnet: Braunschweig: Nachl. d. Wolfgang Fette, Verlagskaufmann.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Augsburg: Conteco Gewerbetreibende, Planungs- u. Beratungsges. mbH.

Vergleich beantragt: Alfeld/La: Schubmaschinen-Ges. Hanke Co. mbH; Brühl: Johann Faust Kaufmann, Inh. d. Jean Faust Sohn, Accumulatoren.

Steuervergünstigungen selbstverständlich, Arbeitsbedingungen ideal:

# Ein kleiner Schritt nach Puerto Rico, U.S.A., und Sie stehen mit beiden Beinen fest im amerikanischen Markt.

Auslandsinvestitionen Ihres Unternehmens? Winken Sie nicht ab! Puerto Rico könnte auch für Sie der Einstieg in den amerikanischen Markt sein. Warum?

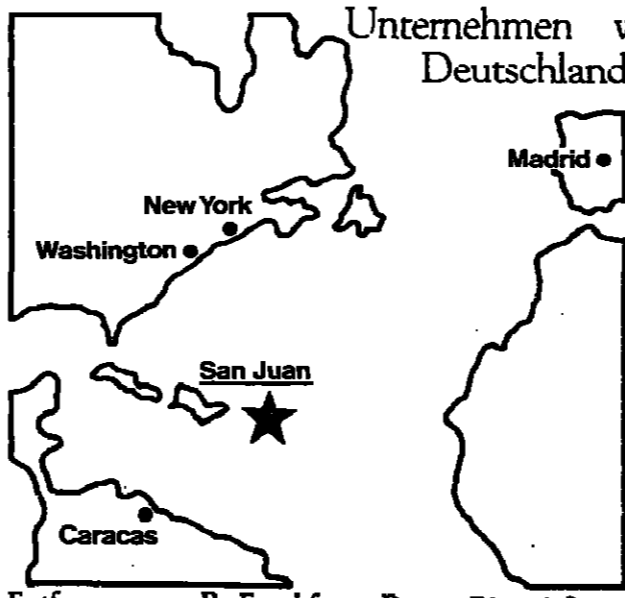
Puerto Rico ist assoziierter Staat der USA: Nord-, Süd- und Mittelamerika liegen vor Ihrer Haustür.

Mit einer Niederlassung Ihres Unternehmens in Puerto Rico steht Ihnen der Markt in den USA offen: ohne Importsteuern, und der US-Dollar ist das Zahlungsmittel, hier wie dort. Außerdem gibt es in Puerto Rico die erste Freihandelszone, die von den USA außerhalb des Festlands autorisiert wurde.

Für einen reibungslosen Start in Puerto Rico steht für Sie ein Team von Experten bereit. Es hilft bei der Standort-

bestimmung Ihrer Niederlassung, bei der Personalsuche, bei der Erarbeitung von Trainingsprogrammen. Und falls es schneller gehen muß: Die Regierung bietet schlüsselfertige Produktionsgebäude zu äußerst günstigen Bedingungen. Sie brauchen nur noch einzuziehen.

Denn auf der Insel, die für viele nur das Bild vom Urlaub in der Karibik weckt, wird hart und produktiv gearbeitet.



Entfernungen z. B.: Frankfurt - Puerto Rico 10 Stunden, New York - Flugzeit 3½ Stunden, Seeweg ca. 3 Tage, Caracas - Flugzeit 1 Stunde, Seeweg ca. 2 Tage.

Die Leute von Puerto Rico sind qualifizierte Mitarbeiter. Sie lernen begierig und schnell, selbst wenn es sich um schwierige technische Vorgänge handelt. Kurzum: nice people to know.

Was können wir noch tun, um Sie für Puerto Rico, USA, zu interessieren?

Vielleicht das beste Argument für Puerto Rico sind die guten Erfahrungen von Unternehmen, die schon hier sind. Unternehmen wie Rodenstock aus Deutschland, Hoffmann La Roche und Nestlé aus der Schweiz, und über 1.000 namhafte Firmen vom amerikanischen Festland, die sich bereits für eine Niederlassung auf der Insel entschieden haben.

Aber Fakten überzeugen besser als Worte: Für verschiedene Industriezweige haben wir Fallstudien erstellt. Kreuzen Sie die gewünschte Fallstudie an und Sie bekommen umgehend die vielleicht interessanteste Lektüre seit Ihrem letzten Jahresabschluss.

Oder noch einfacher, Sie wählen die Telefonnummer 06 11/74 26 44 und rufen Herrn Carl Jahns an. Unser Mann in Frankfurt. (Telex Nr. 4189 257). Er wird Ihnen auf gut deutsch alles erklären.

Mich würden Investitionsmöglichkeiten in Puerto Rico, USA, interessieren und was andere Industrien dort für Erfahrungen gemacht haben. Bitte schicken Sie mir Informationen und Fallstudien über

<input type="checkbox"/> die Computer-Industrie und Zulieferer von elektronischen Bauteilen	<input type="checkbox"/> die Schmuck-Industrie
<input type="checkbox"/> die Elektro- und Elektronik-Industrie in Puerto Rico mit Referenzliste	<input type="checkbox"/> die Pharma-Industrie
<input type="checkbox"/> die Maschinen- und Maschinenzubehör-Industrie	<input type="checkbox"/> die Metall-Industrie
<input type="checkbox"/> die Textil-Industrie mit Referenzliste der Textil-verarbeitenden Industrie	<input type="checkbox"/> Freihandelszonen
<input type="checkbox"/> die Schuh-Industrie	<input type="checkbox"/> das Arbeitskräfte-Potential auf Puerto Rico
	<input type="checkbox"/> Finanzierungsmöglichkeiten
	<input type="checkbox"/> die Infrastruktur
	<input type="checkbox"/> das Transport- und Verkehrswesen
	<input type="checkbox"/> Erfahrungsberichte von Investoren

Name: \_\_\_\_\_ w 2/1  
Firma: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
Tel.: \_\_\_\_\_

An Herrn C. H. Jahns, Director Europe, Government of Puerto Rico, Mendelssohnstraße 53, 6000 Frankfurt/Main 1

**Puerto Rico, U.S.A.**  
We get things done

## AFO-UNION / Der Inlandsmarkt stagniert

### eine Besserung in Sicht

**FERNER NETZEL, Stuttgart** um einen Lichtschimmer für weltweiten Transformator- und Elektrobedarf. Die Siemens-Tochterfirma Union AG, Stuttgart, hat auf den Inlandsmarkt und auf die zu den Schwierigkeiten im Auslandsgeschäft rechnet die Union dem auch für das laufende Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) seiner wesentlichen Verbesserung. Kurzfristig werde sich auch die forcierte bundesdeutsche Exportpolitik auf das Inlandsgeschäft nicht auswirken. Für die Union geht man bei der Transformation von erheblichen Kapazitätsengpässen aus. Das Geschäftsjahr 1981/82 hat das Unternehmen zwar den Umsatz um 4 Prozent auf 561 Mill. DM erhöht, doch resultiert dies aus Abrechnung länger laufender Aufträge und dem Einfluß der Währungsveränderungen. Die Beschäftigung sei unbefriedigend. Man habe in einigen Geschäftsbereichen zeitweise

kurzgearbeitet. Auch verringerte sich der Belegschaftsstand um 3 Prozent auf 4100 Mitarbeiter. Das verstärkte Engagement auf den Auslandsmärkten zog eine Erhöhung der Exportquote auf 59 (56) Prozent nach sich. Der Auftragsbestand belief sich am Bilanzstichtag auf 411 Mill. DM und lag damit um 11 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Da man die Kostensteigerungen nur bedingt an den Markt habe weitergeben können, wird auch für das Berichtsjahr ein Verlust von 17,2 (13,9) Mill. DM ausgewiesen, der vom Organträger übernommen wird. Investiert wurden 11 (12) Mill. DM, abgeschrieben 17 (18) Mill. DM. Schwerpunkte der Investitionen waren Einrichtungen zur Verbesserung der Fertigungsabläufe, zur Qualitätssicherung und zur Arbeitsplatzgestaltung. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensenkung will man fortführen. Am Aktienkapital der Afo-Union von 70 Mill. DM hält Siemens eine Mehrheitsbeteiligung von 75 Prozent, die restlichen 25 Prozent liegen bei AEG.

## HAPAG-LLOYD

### Pracht wird nicht verkauft

JB. Hamburg

Die Hamburger Reederei-Gruppe Hapag-Lloyd wird im Gegensatz zum Aufsichtsrats-Beschluß vom November 1982 die Mehrheitsbeteiligung an der Speditionen-Gruppe Pracht, Haiger, nicht verkaufen, sondern versuchen, die in erheblichen Schwierigkeiten steckende Firma aus eigener Kraft zu sanieren.

Die mit diversen Kaufinteressenten im In- und Ausland geführten Verhandlungen hätten zum Ergebnis geführt, daß die Veräußerung der Mehrheitsbeteiligung ohne gravierende Veränderungen in der Struktur der Gruppe kurzfristig nicht erreichbar gewesen sei, heißt es bei Hapag-Lloyd. Im Hinblick auf das Interesse der Mitarbeiter, der Kundenschaft und anderer Geschäftspartner an der ungetrübten Klärung der Gesellschaftersituation, habe man sich entschieden, die Verkaufsgespräche einzustellen. In die Prachtgruppe mit weltweit 1700 Mitarbeitern und rund 275 Mill. DM Umsatz dürfte Hapag-Lloyd bislang 70 bis 80 Mill. DM gesteckt haben.

## HOFBRAUHAUS WOLTERS / Liquidität verbessert

### „Ertragsstarke Hektoliter“

D. SCHMIDT, Braunschweig

Die Strategie, nur „ertragsstarke Hektoliter zu produzieren“, hat sich bei der Hofbrauhaus Wolters AG, Braunschweig, im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) bezahlt gemacht. Obwohl der Bierausstoß der Brauerei um 1,8 Prozent auf 413 000 Hektoliter zurückging, erhöhte sich der Umsatz um 3,1 Prozent auf 69,6 (67,6) Mill. DM. Vorstandschef Wolf Horenberg weist auf die „konsequente Qualitäts- und Preispolitik“, die zu einem wiederum zufriedenstellenden Ergebnis geführt hat.

Ihren Ausdruck findet diese Entwicklung im Cash flow, der gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mill. DM auf 9,9 Mill. DM zunahm. Die Investitionen von 6,9 (6) Mill. DM wurden voll aus Abschreibungen finanziert. Das Ergebnis ermöglichte zudem die Einstellung von 0,76 Mill. DM in Sonderposten mit Rücklageanteil.

Aus dem Bilanzgewinn von unverändert 0,61 Mill. DM wird der Hauptversammlung am 25. März die Zahlung einer Dividende von wieder 12 Prozent vorgeschlagen.

In der Bilanz fällt die Verbesserung der liquiden Mittel um 2,3 Mill. DM besonders ins Auge.

An der bisherigen Unternehmenspolitik, so Horenberg, soll weiter festgehalten werden. Für 1982/83 plant Wolters einen um 1 Prozent höheren Bierausstoß. Dieses Ziel sei in den ersten vier Monaten allerdings nicht erreicht worden.

Preiserhöhungen seien zwar notwendig, derzeit aber nicht durchsetzbar. Entschieden widersprach Horenberg Gerüchten, die von einer Anlehnung an einen größeren Partner wissen wollen. Derartige Überlegungen stünden nicht zur Debatte.

Einschließlich der Tochtergesellschaft Wolters Gaststätten GmbH (WGG), die ihren Verlust auf 39 000 (133 000) DM verringerte, wird ein Konzernumsatz von 86,7 Mill. DM ausgewiesen. Horenberg rechnet damit, daß die WGG im laufenden Jahr zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen wird. Im Konzern blieb die Mitarbeiterzahl mit 712 Beschäftigten fast unverändert.

## REXOR / Mageres Plus im Schuh-Einzelhandel

### Nur Mode bietet Chancen

INGE ADHAM, Frankfurt

Das Auslaufen der Turnschuhwelle sichert für die Schuhgeschäfte in diesem Jahr neue Chancen, meint Wolfgang Scholtz, Vorstandsmittel der REXOR Schuh-Einkaufsgesellschaft e. G., Frankfurt. Bei der von ihm erwarteten Neuverteilung des Schuhmarktes werde jedoch der Trend zu Spezialisierung und Segmentierung anhalten. Erfolge sieht Scholtz für jene Fachgeschäfte, die es mit einer Betonung des hochmodischen Bereiches erreichen, neue Kaufanreize für Schuhträger mit vollem Schrank zu schaffen.

Im vergangenen Jahr erzielte der deutsche Schuhhandel insgesamt nur ein mageres Umsatzplus von 1,8 Prozent. Bei Preissteigerungen um die 5 Prozent ist das real ein deutliches Minus. Betroffen von Rückgängen waren von den Mitgliedern der Einkaufsgesellschaft vor allem „traditionell“ geführte und Bequemenschuhe.

Vor diesem Hintergrund, so Scholtz, gewinnt die von der REXOR-Zentrale für die Mitglieder angebotene Beratung, die die Konkurrenzsituation vor Ort analysiert

und danach entsprechende Hilfen bei der Sortimentsgestaltung gibt, immer mehr Gewicht.

Auch innerhalb der REXOR sind jedoch, so vermutet die Spitze der Einkaufsgesellschaft, im vergangenen Jahr Schuh-Einzelhändler mit zu knapper Eigenkapital-Ausstattung in die roten Zahlen gerutscht: vor allem das Lager, das – nach Verkaufspreisen – manchmal bis zum halben Umsatz ausmacht, zu langsam abgeflossen ist. Bei hohen Zinsen drückte die daraus resultierende Belastung besonders. Die durchschnittliche Netto-Rendite im Schuh-Einzelhandel, die 1981 mit 0,6 Prozent noch über dem Durchschnitt des gesamten Fachhandels lag, dürfte sich also weiter erniedrigen.

Die insgesamt 492 der REXOR angeschlossenen Geschäfte, 24 mehr als im Jahr vorher, setzten im vergangenen Jahr gut 400 Mill. DM um. Zentral über REXOR reguliert wurden 158 Mill. DM, fast 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Für das Plus, das es ermöglicht, wieder 7 Prozent Netto-Dividende zu zahlen, sorgten ausschließlich die neuen Mitglieder.

**Erfolgreiche Anlageberater**  
Vertrieb amerikanischer Eigentumswohnungen mit interessanter Rendite von  
**Schweizer Gesellschaft**  
Icht. Kontaktaufnahme unter B 3427 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

weise jedermann darauf hin, daß mein Grundstück, Uesedom-Re 8 in Hamburg 70, vermietet ist. An die Stelle des Mietvertrags vom 4. November 1980 ist der Vergleich getreten, vom 14. über 1982 (Landgericht Hamburg ZK 7-70 154-82. Jeglicher ersuchende Anspruch wird von mir nicht anerkannt.  
aburg, den 16. Februar 1983 Edith Nowitzki

**Starterbatterien**  
ab 35,50 DM + MwSt.  
L 9 44 43 / 25 04, Telex 5 51 439

**15% steuerfrei**  
vorab p.a.  
+ Überdurchschnittl. Gewinne mit Erträgen in USA, Schweiz, u. vord. Quellen, 14% Abzug, kein Agio, Anlage ab DM 10.000,-  
CONSORTIA SMH - 7 STUTTGART 1  
Landhausstr. 31, Tel. 0711/294001

**TIME-SHARING**  
Clubhotel Lohndorf, Kuchel u. See, Obb. Saarn, Soltau etc.  
Bankk. Walter Niedemann  
2171 Stindefeld, Tel. 0475/52 87

**KNAUER-DRUCK**

**HAMBURG Seewetal**  
direkt an  
**BAB A 1**  
(Horster Dreieck)  
**6250 m² mod. Rampenlager**  
6,3 m hoch, Bodenbelastbarkeit 5 t/m², rd. 15 600 m² Grundstück, m. gepflasterter Hoffläche, Büro-, Soz.-Fl. + Werkswg. verfügbar. Insgesamt ab 1000 m² zu verm. durch den Alleinbeauftragten  
**HORST F.G. ANGERMANN**  
RDM ABTEILUNG 040/367691  
Mattenstraße 5, 20111, FB 213303

**Geschäftshaus in Bad Berleburg**  
zu verkaufen.  
präsentatives Gebäude, zentral gelegen, ca. 700 m², Teilmietgarantie.  
schr. u. R 4176 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**Düsseldorf**  
**ager-/Montagehalle**  
5 Autominuten vom Breitscheider Autobahnkreuz entfernt  
**Kurzfristig zu vermieten**  
Halle 1000 m², eine Laderampe, zwei 4 m breite Rolltore. Die Halle ist ausgestattet mit einem Büroraum, einem Aufenthaltsraum sowie zwei Sozialräumen. Die Hoffläche beträgt 2000 m².  
Monatsmiete ca. DM 7000,-.  
Interessenzuschriften erbeten unter C 4319 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**In Zeiten der Bedrängnis, der Vorbereitung auf schwierige Zukunftsaufgaben brauchen wir Selbstverantwortung und Selbstdisziplin und ein gutes Stück Gemeinsinn. Das wäre eine Form der Selbstverwirklichung, die uns allen dient.**  
**Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen.**

Dies ist nur eine von vielen Überlegungen aus unserer Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen“, die wir Ihnen auf Wunsch kostenlos zusenden. Aktion Gemeinsam e.V., eine Vereinigung unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1

# Pan Am Clipper Class. Wer bietet mehr.

## Clipper Class heißt Spezieller Check-in.

Das besondere Erlebnis, Pan Am Clipper Class zu fliegen, beginnt schon am Flughafen. Lassen Sie einfach Schlange sein, und gehen Sie geradewegs zur speziellen Clipper Class Abfertigung. Geben Sie Ihr Gepäck ab (Freigrenze der First Class), und schlendern Sie guter Dinge zur Abflug-Lounge.

## Clipper Class heißt Separates Abteil.

Business Class und Business Class muß nicht dasselbe sein. Bei uns ist sie ein separates Abteil, in dem es ruhiger, geräumiger und erholsamer ist. Kurz, eine Oase für den Geschäftsreisenden.

## Clipper Class heißt Besonderer Sitz.

Es ist (gelingend gesagt) schon enttäuschend, einen normalen Sitz vorzufinden, wenn man einen Business Class-Sitz gebucht hat. Vom Clipper Class Sitz allerdings werden Sie angenehm überrascht sein. Entworfene als Langstreckensitz, bietet er ein Höchstmaß an Bequemlichkeit.

Darüber hinaus haben wir das gesamte Abteil so umgestaltet, daß Sie jetzt noch mehr Beinfreiheit haben als bisher. Ein weiterer Genuß: die gepolsterten Muschel-Kopfhörer für unser Film- und Musikprogramm.

## Clipper Class heißt Bewirtung nach Wunsch.

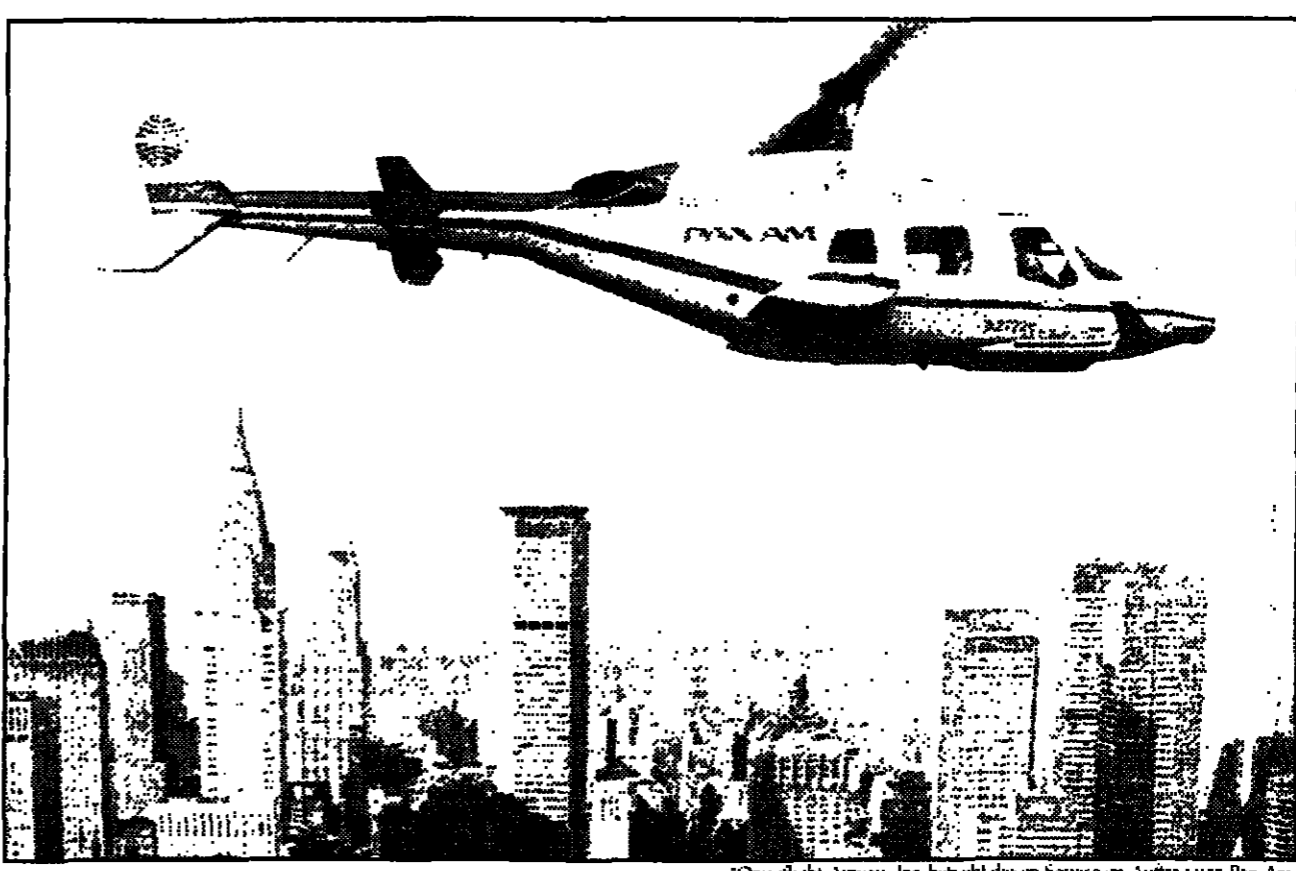
In der Clipper Class sind Sie unser Gast. Auch in kulinarischer Hinsicht. So reichen wir Champagner, Cocktails und Weine sowie eine Auswahl vorzüglicher Menüs.

## Clipper Class heißt Helicopter nach Manhattan.

Wenn New York Ihr eigentliches Flugziel ist, sollten Sie es nicht versäumen, unseren Hubschrauber in Anspruch zu nehmen. Für Sie als Clipper Class Reisender ist er im Flugpreis enthalten. Direkt an unserem Terminal steht er für Sie bereit. Und bringt Sie in 8 Minuten nach Manhattan. Zum East 60th Street Heliport.

Dieser Pan Am Helicopter Service\* funktioniert natürlich auch in umgekehrter Richtung. Also von Manhattan zurück zum Pan Am Terminal auf dem JFK.

Und wenn Sie Ihren Flug in die USA in der Clipper Class buchen, steigen Sie automatisch, soweit Plätze frei, in die 1. Klasse um, falls Ihr Pan Am Anschlussflug keine Clipper Class hat. Alles in allem liegt es also auf der Hand, Clipper Class zu buchen. Zumal ein solches Erlebnis einfach die Erfahrung wert ist. Wenden Sie sich an Ihr Pan Am Reisebüro oder rufen Sie uns an. Pan Am Berlin 0 30/88 10 11, Frankfurt 06 11/2 56 52 22, Hamburg 0 40/5 00 92 81, München 0 89/ 55 81 71, Nürnberg 09 11/52 30 47, Stuttgart 07 11/79 90 01.



\*OmniFlight Airways Inc. betreibt diesen Service im Auftrag von Pan Am

## Fliegen Sie Clipper Class. Zu 9 US-Städten.

New York	Houston	San Francisco
Detroit	Los Angeles	Seattle
Honolulu	Miami	Washington, D.C.

# Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.





OLYMPISCHE WINTERSPIELE / Sarajevo - ein Jahr davor: Es fehlt an jugoslawischen Sportfachleuten

## Die Elektronik funktioniert, der tägliche Smog auch - und einmal Schlafen kostet 240 Mark

dp/sid/DW, Sarajevo Die erste Begegnung mit Sarajevo in diesen Tagen ist wenig einladend. Vom Bahnhof oder Flughafen - der wegen des Nebels, der ungläublichen Luftverschmutzung oder, wie böse Zungen behaupten, wegen des Treibstoffmangels in Jugoslawien höchstens jeden zweiten Tag offen ist - führt der Weg hinaus in die Hotels im Vor- und Kurort Ilidza.

Vorbei geht es an riesigen Wohnsiedlungen, in denen offensichtlich alle Bewohner immer waschtags haben: Die Balkone sind 15 Stockwerke hoch mit Wäsche regelrecht beflaggt. Aus Schornsteinen kleiner und großer Betriebe steigt unaufhörlich eine schwarze Abgaswolke in den Himmel, die vom Großstadtverkehr zu einem undurchdringlichen grauen Schleier verdichtet wird, Tag für Tag für mehrere Stunden.

Juan Antonio Samaranch, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), hat bereits öffentlich verkündet: „Die Winterspiele von Sarajevo können die besten in unserer Geschichte werden.“ Soweit, so gut - wenn da nicht „Magla“ wäre, das Schreckgespenst „Magla“ heißt Nebel, und im Zusammenspiel mit dem Smog kann er den Flughafen tagelang lahmlegen. Geschickterweise haben die Planer den Flughafen in ein ausgesprochenes Nebelgebiet

gelegt. Dem olympischen Charterverkehr droht ein Chaos. Ausweichpläne sind nicht entwickelt.

Am 8. Februar 1984 werden in Sarajevo - der Stadt zwischen Orient und Okzident - die Olympischen Winterspiele eröffnet. Artur Taksar, der technische Direktor der Spiele, sagt: „Wir sind soweit wie noch keine Olympia-Stadt vorher. Ein Jahr vor der Eröffnung sind alle Bauten fertiggestellt. Die Anlagen haben sich bewährt, die Elektronik funktioniert. Jetzt kommt es darauf an, den Menschen einzubauen.“

Freilich, Sarajevo ist sicher um einiges zu beneiden: die großartigen Sportstätten in einmaliger Lage. Auch wenn Kritik an technischen Details der Abfahrtsstrecke in Bjelasica und der Bobbahn Trebevic notwendig ist, sind beide Anlagen doch ebenso schön und bei entsprechenden Korrekturen sportlich fair wie die Sprungschanzen und Langlaufloipen in Igman, die neue Eishalle und der Eisschnelllauf im Zetra-Komplex oder die alpinen Damen-Strecken in Jahorina.

Aber es bewahrheiten sich auch die Befürchtungen eines der großen olympischen Vorkämpfer Jugoslawiens, des früheren Bürgermeisters und jetzigen Präsidenten des Organisations-Komitees, Anton Susic. Das Hauptübel sei der Mangel an jugoslawischen Sport-

fachleuten, beklagte Susic. Das stimmt, Sarajevo ist fast in allen sportlichen Fachfragen auf ausländische Berater und Funktionäre angewiesen. Aber auch das funktioniert nicht immer.

Beispiel Organisation: In einem Protokoll vom 16. Juli 1981, noch ehe mit dem Bau der Bobbahn begonnen wurde, stellt die Bahnkommission des internationalen Verbandes nach den Plänen fest: „Es wird aus Sicherheitsgründen empfohlen, das Quergeräde der Kurven 5 und 9 zu erhöhen.“ Falls dies nicht geschehe, könnten gefährliche Situationen entstehen, und die Bobschlitten würden sofort nach oben ohne jede Kontrollmöglichkeit geschleudert werden.“ Der Verband setzte sich nicht durch. Die Folge: Der deutsche Meister Anton Fischer flog aus der Kurve 9. „Es ist unglaublich“, sagt Verbandspräsident Klaus Kotter, „unsere Bahnkommission hat den Unfall exakt beschrieben.“

Beispiel Verkehr: Als zum ersten Mal während der vorolympischen Testwettkämpfe viel Schnee fiel, ersetzte der Verkehr in Sarajevo in wenigen Minuten. Auf den steilen Anfahrtswegen zur Bobbahn standen Busse und Lastwagen quer. Ein Durchkommen war unmöglich. Dies an einem olympischen Wettkampftag...

Beispiel Smog: An jedem Morgen liegt über der Industriestadt

Sarajevo eine dicke Smog-Wolke, die oft den ganzen Tag nicht aufbricht. Aus Schornsteinen regnet es regelrecht verbrannte Papierschmelze. Auch Ruß Sarajevo und Los Angeles 1984 wird als das Jahr der Smog-Spiele in die Annalen eingehen.

Schließlich fehlt es der Stadt, abgesehen von der bezaubernden moslemischen Altstadt mit ihren zahlreichen Basars, auch an Atmosphäre. Es steht zu befürchten, daß die Winterspiele so etwas wie eine Aneinanderreihung von Weltmeisterschaften werden, die zufällig zur selben Zeit an selben Ort stattfinden.

Aber eins ist sicher: Sarajevo wird teuer für Olympia-Touristen. Täglich bis zu 30 000 Besucher erwarten die Organisatoren im nächsten Jahr bei den Spielen - die Ausländer unter ihnen sollen kräftig zur Kasse gebeten werden. Das beweist der Prospekt des staatlichen Olympia-Reisebüros „Zolich“. Hotelzimmer mit Halbpension kosten zwischen 170 und 240 Mark pro Tag. Ein Hotelbett 50 Kilometer von der Olympia-Stadt entfernt ist auch nicht unter 70 Mark zu haben. Der Besuch der Eröffnungsfest auf den guten Plätzen kostet 125 Mark. Alle nordischen Wettbewerbe als Paket werden für 230 bis 820 Mark angeboten. Die Besucher der acht alpinen Rennen müssen zwischen 160 und 810 Mark auf den Tisch legen.

Grimme-Preis: Zum 19. Mal werden die besten TV-Produktionen prämiert

## Acht-Tage-Marathon für die Pupille

Ob die Macher und Mächtigen des Fernsehens derzeit auf die Stimme aus Marl hören, darf bezweifelt werden, wenn man in diesen Tagen und Wochen verfolgt, wie sie eifrig mit Selbstverteidigung beschäftigt sind, wie sie gegen den Vorwurf der Gebührenverschwendung anreden und beschwören nach der Gebührenerhöhung rufen, weil andernfalls angedroht der Untergang von Europas bestem Fernsehen unabwendbar sei. Doch davon sei hier nicht die Rede, sondern von jenem Preis, der alljährlich, und dieses Jahr zum 19. Mal, in Marl vergeben wird, dem Adolf-Grimme-Preis.

Seit 1964 eine kritische und fördernde Wächterfunktion dem Fernsehen gegenüber wahrnimmt. Zu Anfang - bis 1969 - war die Jury in zwei Gremien aufgeteilt, eine Presse-Jury, die den kritischen Sachverstand der „schreibenden Zunft“ einbrachte, und eine sogenannte „Haupt-Jury“, in die Erwachsenenbildner, Wissenschaftler und Politiker ihre kritische Kompetenz einbrachten. Nicht zuletzt, weil beide Gremien meist zum selben Urteil gelangten, hat man diese Konstruktion aufgegeben. In diesem Jahr bestand die Jury aus 18 Mitgliedern, professionellen Fernsehkritikern der regionalen und überregionalen Presse, Hochschullehrern, die sich theoretisch und praktisch für eine Medienpädagogik engagieren, die auch die Tagelähigkeit des Fernsehens mit bedenkt, Vertretern kommunaler und nichtöffentlicher Medienzentren und Spitzenvertretern des Ständes, des Deutschen Volkshochschul-Verbandes.

Seit 1978 hat sich der Grimme-Preis auch institutionell weiter konsolidiert, so durch die Gründung des Adolf-Grimme-Instituts,

das als medienwissenschaftliche Einrichtung des DVV auch den Preis ausrichtet und dessen kritische Funktion weiterentwickelt. Frühzeitig hat sich der Grimme-Preis von der Eingrenzung auf Bildungsprogramme befreit und überblickt seitdem das Gesamtangebot des Fernsehens, zunächst unkoordiniert und in diesem Jahr erstmals nach Sparten gegliedert. So kann jetzt Gleiches an Gleichem gemessen werden, und zudem entspricht die Sparten-Einteilung auch der Programm- und Organisationsstruktur der Rundfunkanstalten.

In den vier Sparten „Kultur und Wissenschaft“, „Information und Dokumentation“, „Fernsehspiel“ und „Unterhaltung“ kann je ein Grimme-Preis vergeben werden, zwei weitere in einem Preisverfahren, das spartenübergreifend angelegt ist; dazu kommen noch bis zu drei „ehrende Anerkennungen“, die dem Experiment Zuspriech und Förderung verleihen möchten, und schließlich zeichnet noch der Volkshochschulverband mit einer besonderen „Ehrung“ Institutionen und Persönlichkeiten aus, die sich um die Entwicklung des Fernsehens in hervorragender Weise verdient gemacht haben.“ Die Sparten-Einteilung war für die kritische Sortierung gewiss hilfreich; daß sie nicht in jedem Fall zutrifft, ist kein Argument, um etwas dieses Verfahren wieder aufzuheben.

Trotzdem - die Spannweite war immerhin noch beträchtlich, allein im Bereich „Unterhaltung“, dort konkurrierten miteinander „Bios Bahnhof“, „Rudi's Tagesshow“, die „Scheibenwischer“, aber auch ein so hinterwärtiges Stück gescheiterten Humors wie das „Casano-

va-Projekt“ vom Westdeutschen Fernsehen. An die 50 Programmtitel in acht Tagen, ein optisches Marathon fürwahr, mußten die Juroren bewältigen; davon war mehr als die Hälfte von den Rundfunkanstalten eingeschickt worden, der andere Teil bestand aus Zuschaueranträgen - 230, die in einer Vorauswahl gefiltert wurden.

Also, Spitzenprodukt des Jahres 1982 aus doppelter Perspektive, der des Publikums und der der Produzenten; und dieses Angebot ist so trist und miesepetrig nicht, wie so häufig der Programm-Alttag, der uns die Gegenwart in der Manier der Jammertal-Philosophie schildert. Wäre das, was man in Marl zu sehen bekam, ein Gradmesser für den Zeitgeist, dann ergäbe sich folgender Eindruck: Das Fröhl des Jahres ist ausgeglichen, teilweise atemberaubend interessant und mit gelegentlichen grübelischen bis verängstigten Zügen.

Freilich, einen Zwischenton sollte man nicht verschweigen: Der Leiter der Hauptredaktion Gesellschaftspolitik beim ZDF, Heiner Boelte, schockierte in Marl mit der Bemerkung, daß der „Fernsehpreis nicht mehr die Resonanz in den Anstalten finde und daß für die Fernsehkritik ein Grimme-Preis eher hinderlich sei.“ Diese Worte, Chef des Kritikers der Kritik, widersprach solcher Ansicht sogleich wörtlich, und so hat sich auch dieser Sturm im Wasserglas gelegt. Er mag allerdings ein Indiz dafür sein, wie mimenhaft die TV-Professionals auf Kritik reagieren und wie leicht sie in Gefahr geraten, in einer Art Ghetto-Mentalität zu schmelzen.

JOACHIM H. KNOLL

## SPORT-NACHRICHTEN

### Olympische Woche eröffnet

Lausanne (dpa) - Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, eröffnete in Lausanne die zweite Olympische Woche. Die Veranstaltung soll der Förderung der olympischen Idee dienen.

### Einnahmen geteilt

Berlin (dpa) - Die an der Play-off-Runde teilnehmenden acht Eishockey-Bundesligaklubs haben sich auf eine Teilung der Einnahmen geeinigt. Danach sollen der neue deutsche Meister 21,5 Prozent, der Vizemeister 18,5 Prozent, die Halb-

keine Abfahrtsmeister ermittelt. Weil keine geeigneten Pisten zur Verfügung stehen, hat der Deutsche Skiverband (DSV) den Protest von acht Rennläufern gegen diese Entscheidung abgelehnt.

### DDR-Boxsieg über USA

Wismar (dpa) - In Wismar gewann die Boxstaffel der DDR im offiziellen Länderkampf gegen die USA mit 16:8. Es war der zweite Sieg innerhalb von vier Tagen.

### Hartmann boxt heute

Port Lauderdale (sid) - Der Frankfurter Profiboxer Reiner Hartmann bestreitet heute in Fort Lauderdale seinen 14. Profikampf. Gegner ist der Amerikaner Dorsey Gammon, gegen den er bereits einmal nach Punkten verlor.

### Keine Reamateurisierung?

Hamburg (sid) - Der amerikanische Profi-Tennisspieler Kurt Thomas hat einen Antrag auf Reamateurisierung gestellt, um bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles starten zu können. Max Baegert, Generalsekretär des Internationalen Turn-Bundes (ITB), erklärte in Zürich, einem solchen Antrag würde nicht stattgegeben.

### 60 000 kamen zum Training

Sevilla (sid) - Das Zuschauerinteresse in Spanien an dem heutigen Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Holland (20.30 Uhr) ist ungewöhnlich groß. Zum Training der Mannschaft von Miguel Muñoz kamen 60 000 Fans ins Stadion von Sevilla.

## ZAHLEN

### TENNIS

Internationale Hallen-Meisterschaften der USA in Memphis, erste Runde: Dibbs - Solomon (beide USA) 6:1, 3:6, 6:4, Leconte (Frankreich) - Amaya (USA) 6:4, 3:6, 7:5, McNamee (Australien) - Sadri (USA) 6:2, 6:4, Amritraj (Indien) - Lewis (Neuseeland) 6:4, 6:1, Hooper (USA) - Hocvar (Russland) 6:4, 6:4, Wilkerson - Tom Gullikson (beide USA) 6:4, 6:1. Hallen-Turnier, Damen, in Chicago, erste Runde: Bunge (Deutschland) - Platak (USA) 7:6, 6:4, Turnbull (Australien) - Allen (USA) 6:2, 6:2, Durie (England) - Jausovec (Jugoslawien) 6:4, 6:4, Jaeger (USA) - Tanvier (Frankreich) 6:0, 6:4.

### EISHOCKEY

Länderspiel in Malmö: Schweden - CSSR 3:8 (0:2, 1:1, 2:5). Freundschaftsspiel in Budapest: Auswahl von Budapest - Hamburger SV 8:11 (4:4, 3:2, 1:5).

### England mit vier Neuen

London (sid) - Den aus Südafrika stammenden Brian Stein (Luton Town) und drei weitere Neulinge berief der englische Fußball-Nationaltrainer Bobby Robson in das Aufgebot für das Länderspiel gegen Wales am 23. Februar in London. Neben Stein kamen Martyn Bennett, Derek Statham (beide West Bromwich Albion) und Gordon Cowans (Aston Villa) in den Kader.

### Endgültig keine Abfahrt

München (sid) - Bei den Deutschen Ski-Meisterschaften in Bayrischzell werden sowohl bei den Damen als auch bei den Herren



FOTO: WENDE

## Jetzt streiten die Ärzte

Arno Ehret kann schon wieder lachen, obwohl er nicht bei der Handball-B-Weltmeisterschaft (ab 25. Februar in Holland) nach dem Riß der Patella-Sehne teilnehmen kann. Jetzt ist auch noch ein Streik der Ärzte entbrannt. Dr. Thiemer, Mannschaftsarzt der Nationalmannschaft, behauptet: „Wahrscheinlich hat Arno gegen die Schmerzen ständig Corti-

son-Spritzen bekommen.“ Das soll der Grund dafür sein, daß die ansonsten widerstandsfähige Patella-Sehne gerissen ist. Anhand von Gewebeproben soll der Cortison-Verdacht nachgewiesen werden. Das Ergebnis liegt in 14 Tagen vor. Inzwischen ist Ehrets Frau Anetta (auf dem Foto mit ihrem Mann) ins Krankenhaus nach Berlin gerollt.

## STANDPUNKT / Bettelaktion

Die deutschen Motorsportler führen nicht zu Unrecht Klage über die finanziellen Schwierigkeiten, das ihr - zugegeben - nicht gerade preiswertes Engagement mit bringt. Das Branchenpublikum Lamentieren ist nicht aus der Luft gegriffen. Jüngstes Beispiel: Der Motorradrennfahrer Herbert Häuf, immerhin Straßeneuropameister 1981, hofft auf die finanzielle Unterstützung Liquidator Svenjäger. Um den Grundstock für die Saison 1983 zu legen, versteigert er jenen ledernen Rennan-

zug, mit dem er vor zwei Jahren den Titel gewann. Aber es muß nicht immer in eine regelrechte Bettelaktion ausarten. Die beiden holländischen Spitzen-Motorradfahrer Boes van Duinen und Jack Middelburg können sich über eine beispielhafte Aktion der Koninklijke Nederlandse Motorrijders Vereniging freuen. Der Verband stellt nämlich jedem ein neues japanisches Rennmotorrad - Kostenpunkt: 75 000 Mark - zur Verfügung. Von so etwas kann ein Europameister hierzulande nur träumen.

### ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

16.00 heute 16.10 Die Geschichte des Himmels 16.20 Kulturwortschatz	16.10 Panorama 16.20 Prosecco 16.30 heute
16.40 Tagesschau 16.45 Die Clubbers Altbairische Oberfließen Film von Hans-Dieter Hartl 17.00 Deutsche Popmusik 17.05 Tagesschau 17.10 Regionalprogramme 20.00 Tagesschau 20.10 Weltweit Karlruhe hat entschieden 20.20 Mesch, Berni... Eine Hafengeschichte Von Eberhard Möbius, Joachim Kress Mit Christian Kohlnd, Peer Augustinski u. a. Regie: Joachim Hess Täglich machen 55 Frachter, Tanker und Containerschiffe im Hamburger Freihafen fast 62 Millionen Tonnen werden jährlich umgeschlagen. Über 20 000 Hafenarbeiter stehen hinter dieser gewaltigen Leistung. Berni, Rechtsanwältin und Litteratur sind drei von ihnen: von Beruf Schiffsfahrer - Schiffsjongler, wie sie im Hafen genannt werden. Bis hinunter zu den Doppelböden reinigen sie die Schiffe; die drucksteigende Arbeit, die der Hafen zu vergeben hat.	16.40 heute 16.45 Lorenz Peters Nachrichtensendungen Ansch. heute-Schlagzeilen 16.50 Die wiesener Insel Das Ungeheuer von Tambu 17.00 heute 17.05 Tele-illustration Zu Gast: Costa Cordalis Ansch. heute-Schlagzeilen 17.30 heute Der Fluß (2) 19.00 heute Anschließend: Parteien zur Wahl 19.30 Direkt Jugendliche bekämpfen ihre Arbeitslosigkeit 20.15 Bilanz Wie Autofahrer einige hundert Mark bei der Kfz-Versicherung sparen können / Millionenbesitzer durch Rezeptbetrug - kontrollieren die Krankenkassen Ärzte und Apotheker zu lauch? / Flüchtlingsstrom aus Nigeria - bittere Folgen einer Missernte / Jeder Dritte arbeitet als Reporter aus dem wirtschaftlichen Gebiet im Bayerischen Wald / Billig, billig - und trotzdem wenig Kunden - ein Mann leiht die Bundesbahn das Führen 21.00 heute-Journal Anschließend: Parteien zur Wahl 21.20 mittwochs - 7 aus 8 21.25 Die Straßen von San Francisco Der Superstar 22.10 Das Urteil von Karlsruhe Die Entscheidung zur Auflösung des Deutschen Bundestages 22.25 Der besondere Film Die Familie Chinesischer Spielfilm (1957) nach dem Roman von Bo Djin 00.25 heute

### WEST

16.00 Telekoll  
Englisch (4)  
16.30 heute  
16.40 heute  
16.50 heute  
17.00 Tagesschau  
17.10 heute  
17.20 heute  
17.30 heute  
17.40 heute  
17.50 heute  
18.00 heute  
18.10 heute  
18.20 heute  
18.30 heute  
18.40 heute  
18.50 heute  
19.00 heute  
19.10 heute  
19.20 heute  
19.30 heute  
19.40 heute  
19.50 heute  
20.00 heute  
20.10 heute  
20.20 heute  
20.30 heute  
20.40 heute  
20.50 heute  
21.00 heute  
21.10 heute  
21.20 heute  
21.30 heute  
21.40 heute  
21.50 heute  
22.00 heute  
22.10 heute  
22.20 heute  
22.30 heute  
22.40 heute  
22.50 heute  
23.00 heute  
23.10 heute  
23.20 heute  
23.30 heute  
23.40 heute  
23.50 heute  
24.00 heute

### HESSEN

16.00 heute  
16.10 heute  
16.20 heute  
16.30 heute  
16.40 heute  
16.50 heute  
17.00 heute  
17.10 heute  
17.20 heute  
17.30 heute  
17.40 heute  
17.50 heute  
18.00 heute  
18.10 heute  
18.20 heute  
18.30 heute  
18.40 heute  
18.50 heute  
19.00 heute  
19.10 heute  
19.20 heute  
19.30 heute  
19.40 heute  
19.50 heute  
20.00 heute  
20.10 heute  
20.20 heute  
20.30 heute  
20.40 heute  
20.50 heute  
21.00 heute  
21.10 heute  
21.20 heute  
21.30 heute  
21.40 heute  
21.50 heute  
22.00 heute  
22.10 heute  
22.20 heute  
22.30 heute  
22.40 heute  
22.50 heute  
23.00 heute  
23.10 heute  
23.20 heute  
23.30 heute  
23.40 heute  
23.50 heute  
24.00 heute

### SÜDWEST

16.00 heute  
16.10 heute  
16.20 heute  
16.30 heute  
16.40 heute  
16.50 heute  
17.00 heute  
17.10 heute  
17.20 heute  
17.30 heute  
17.40 heute  
17.50 heute  
18.00 heute  
18.10 heute  
18.20 heute  
18.30 heute  
18.40 heute  
18.50 heute  
19.00 heute  
19.10 heute  
19.20 heute  
19.30 heute  
19.40 heute  
19.50 heute  
20.00 heute  
20.10 heute  
20.20 heute  
20.30 heute  
20.40 heute  
20.50 heute  
21.00 heute  
21.10 heute  
21.20 heute  
21.30 heute  
21.40 heute  
21.50 heute  
22.00 heute  
22.10 heute  
22.20 heute  
22.30 heute  
22.40 heute  
22.50 heute  
23.00 heute  
23.10 heute  
23.20 heute  
23.30 heute  
23.40 heute  
23.50 heute  
24.00 heute

### BAYERN

16.00 heute  
16.10 heute  
16.20 heute  
16.30 heute  
16.40 heute  
16.50 heute  
17.00 heute  
17.10 heute  
17.20 heute  
17.30 heute  
17.40 heute  
17.50 heute  
18.00 heute  
18.10 heute  
18.20 heute  
18.30 heute  
18.40 heute  
18.50 heute  
19.00 heute  
19.10 heute  
19.20 heute  
19.30 heute  
19.40 heute  
19.50 heute  
20.00 heute  
20.10 heute  
20.20 heute  
20.30 heute  
20.40 heute  
20.50 heute  
21.00 heute  
21.10 heute  
21.20 heute  
21.30 heute  
21.40 heute  
21.50 heute  
22.00 heute  
22.10 heute  
22.20 heute  
22.30 heute  
22.40 heute  
22.50 heute  
23.00 heute  
23.10 heute  
23.20 heute  
23.30 heute  
23.40 heute  
23.50 heute  
24.00 heute

Christian Kohlnd, Peer Augustinski und Hans Richter (v. l.) als Schiffsfahrer in der Hafengeschichte „Mesch, Berni...“ um 20.30 Uhr in der ARD

FOTO: TELEBUNK

Die französische Fernsehproduktion soll den internationalen Markt vorstoßen. Die französische Fernsehproduktion soll den internationalen Markt vorstoßen. Die französische Fernsehproduktion soll den internationalen Markt vorstoßen.

FUSSBALL / „G'Olé“ - Der Weltverband stellt Sportfilm über die Weltmeisterschaft in Spanien vor

## James Bond über Österreichspiel: Ein Nichtangriffspakt

CLAUS GEISSMAR, London Statt am grünen Konferenztisch sitzen die Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Lausanne heute in gemütlichen Kinosesseln. Die FIFA, der Weltverband des Fußballs, hat zu einem „James-Bond-Film“ eingeladen. Mit James Bond hat der Film allerdings nur gemeinsam, daß der Schotte Sean Connery (alias Bond) den Kommentar spricht und daß scharf geschossen wird - mit Fußbällen. Die FIFA läßt dem IOC den offiziellen Film der Fußballweltmeisterschaft 1982 vorführen. Sie hat guten Grund, für 100 Minuten spannende Unterhaltung anzukündigen. Die Londoner „Times“, sonst eher für vornehmer Zurückhaltung und weniger für Superlative bekannt, spricht sogar vom „besten Sportfilm aller Zeiten“. Für die deutsche Nationalmannschaft ist der Film jedoch mehr ein ermüdender Rückblick.

Der Londoner Produzent Michael Samuelson hat von seinem Regisseur Tom Clegg bei der WM in Spanien rund 100 000 Filmmeter abdrehen lassen. Die hervorstechende Arbeit der Kameralente ist aller-

dings erst am Schnittpunkt zu einem Meisterwerk geraten. Die Endfassung von „G'Olé“ ist nur noch 3000 Meter lang. Der Filmtitel „G'Olé“ ist eine geistreiche Kombination des englischen Torschreies „goal“ mit dem spanischen „olé“.

Der Film beginnt wie ein Lehrstück für Schiedsrichtertagungen. Acht Minuten lang wird mit anatomischer Genauigkeit bewiesen, wie brutal der moderne Fußball geworden ist. Die Analyse zeigt, wie der argentinische Superstar Maradona von den Mannschaften Belgiens, Italiens und Brasiliens in der Vorrunde „auseinandergenommen“ wird. Als Maradona seinen WM-Auftritt selbst mit seinem schweren Fouls an Battista beendet, bleibt sein Stiefel Sekundenlang im Leib des Gegners stecken. Der Film wird einfach angehalten. Obwohl jeder Filmzuschauer weiß, daß es dafür nur einen Feldverweis geben kann, sind doch alle Sympathien bei dem Argentinier.

Nicht nur in spanischen Stierkamparen gibt es kritische Reizschwelen. Hier war ein Fußballmatador so lange von seinen Gegnern gehetzt worden, bis er rot sah und selbst die Regeln verletzte.

FIFA-Schiedsrichter sollten daraus die Konsequenzen ziehen, daß sie auch im Mannschaftsspiel Fußball die Verpflichtung haben, große Köpfer vor ihren weniger begabten Verfolgern zu schützen. Sie versuchen, den Niveau-Abstand durch regelwidrige Härten zu verkürzen.

Auf die deutsche Mannschaft muß man in „G'Olé“ eine volle Stunde warten. Das Spiel gegen Österreich erwähnt Sean Connery nur mit einem bissigen Seitenhieb: „Ein armseliger Nichtangriffspakt.“ Dann allerdings kommt im Halbfinale gegen Frankreich ein filmischer Höhepunkt, der jede James-Bond-Spannung überbietet. Nachdem Kinzuschauer eine Stunde lang mit brasilianischen Sambaklänge und überlauter Stadionmusik einem akustischen Trommelfeuer ausgesetzt waren, verschwindet beim Elfmeterschießen plötzlich der Ton. Nur noch ein menschliches Herz klopf laut, langsam, schneller und unregelmäßig - genau im Rhythmus der Entscheidung dieses Halbfinals, das einmalig in der Geschichte der Fußballweltmeisterschaft war.

Das große Finale von „G'Olé“ ist

gleichzeitig die große Ernüchterung für die Deutschen. Wer es immer noch nicht wahrhaben will, dem wird hier auf Breitwand in Farbe bewiesen, daß die deutsche Mannschaft dem Endspieletempo der Italiener nicht gewachsen war. Selbst Italiens „zerbrechlicher alter Staatspräsident“ (Filmkommentar) schlägt in der Ehrenloge mit seiner Begeisterung den nächsten, hanseatischen kühlen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Es wird allerdings überall auf der Welt Kinokassenergeben, auf die deutsche Haltung staatsmännischer wirken muß.

„G'Olé“ wird überall auf der Welt zu sehen sein. Warner Brothers zeigen den Streifen in den USA. Auch Frankreich, Japan, Australien und mehrere afrikanische Staaten haben diesen abendfüllenden Sportfilm schon gekauft. Über die deutschen Rechte wird noch verhandelt. Zur offiziellen königlichen Premiere am 14. April in London wird sogar der Pferdennarr Prinz Charles erwartet. Fußballnarren können das exzellente Kinostück später zum persönlichen Dauerbrenner machen - als Videokassette.

(SAD)

سكدا من اللفظ

# Wien bleibt immer Wien

A. S. - Wien hat wieder einmal einen Skandal. Gemixt wurde er aus den Ingredienzien, die für die Stadt noch immer schnell zu Synonymen der Reizbarkeit geraten: Oper, Wagner, Pravy und Weigel. Der Anlaß: Eine Matinee zu Richard Wagners hundertstem Geburtstag. Dazu hatten sich Schauspieler von der „Burg“ und der „Josephstadt“ zusammengesetzt, um den Text der „Meistersinger“ zu lesen. Als Inszenator und Regisseur fungierte Pravy. Als besondere Höhepunkt hatte er sich einfallen lassen, in seiner Ansprache einen Zeitungsartikel aus der Tasche zu ziehen, daraus ein paar Sätze zu zitieren und ihn dann mit theatralischer Empörung zu zerreißen. Das Publikum – darunter Operndirektor Lorin Maazel – zitterte am darob Beifall, nur wenige zögerten, die Zahl der „Spielverderber“, die empört aus Haus verließen, war noch geringer.

Als „Die Presse“ Pravy anerkennend „üblicher Nazi-Methoden“ zuschlug, replizierte er pathetisch: „Mein Kampf gegen das bösartige Besessene der größten Meister der Menschheit werde ich zu meinem letzten Atemzug fortführen.“ Und das hatte er auf seine Weise schon vorher getan. In der „Affäre Kupfer“ aus dem Jahre 1968 hatte er bewirkt, daß der Dresdener Regisseur, nachdem er seine Bühnenbildentwürfe und das Regiekonzept für den Ring vorgelegt hatte, aus dem Vertrag kompromittiert wurde. Diesmal entlarvte Pravy Hans Eichel als Überläufer. Er hatte nämlich geschrieben: „Ich habe auch gehabt, den Wagner, als ich, kurz nach dem Karl May, die Masern hat und chafallt als Buh. Und manche Erwachsene, auch Geschäfte, haben ihn immer noch, den Karl May, und viele, viele Erwachsene, auch Geschäfte, haben ihn noch, den Wagner.“ Über „Farsen“, „Eines der wirksamsten Barokale, ein Schlußmittel erster Ordnung wie „Lafontaine“ und „Venus“.

Es war Alfred Polgar, der einmal gesagt hat, das Schlimmste, was man über die Stadt sagen könne, sei: „Wien bleibt Wien“.

## Neue Pop-Platten

## Irakustiere in tönenden Jackpfeilern

Während der inzwischen einsetzenden Talfahrt von New Wave und Neuer Welle setzen sich der mehr und mehr modische altit und Gefühl für interessanten Sounds durch. Die aktuellen „Irakustiere“ von Cole C. „Lindisfarne“ und Culture beweisen das. Sie demonstrieren musikalische Kompetenz, Trend zu kompakten, straff strukturierten Songs.

Das australische Rock-Quartett „The Chisel“, in seiner Heimat ein Superstar, hat mit der „Cirrus Animals“ (Polydor 11 147) in Deutschland einen hitigen Einstand. Das in den hohen und tiefen sowie im Stereophonischen glänzend abgestimmte Quartett zeigt eindeutig, daß Hardrock sehr wohl sensitiv und melodisch einfallsreich klingen kann. Der timing-sicheren Rhythmus-Sektion von Phil Smale (Baß) und Steven Prestwich (Schlagzeug) halten die schwerblütigen arren-Riffs von Ian Moss wie hitige, tönende Eckpfeiler ein legendäres Soundgerüst zusammen. Sänger Jim Barnes, ein Ausländer an Energie, spielt mit seiner rauen, intonationssicheren Reibstimmene erstaunliche Vokaltechnik aus.

Ähnliche Klänge, aber ebenso Melodisches bietet die englische Band „Lindisfarne“ auf ihrer LP „Sleepers“ (Ariola 205 214). Die krook-Gruppe hat sich einem rühmlichen Stilwandel unterworfen. Symphonien und klassische Instrumente weitgehend verdrängt, ergibt sich eine interessante, individuell klingende Mischung aus Rock, Elektronik und Jazz.

Markenzeichen bleibt weiterhin geschickte gesetzte, vorbildlich interpretierte Close-harmony-Gesänge und das Gespür für eine Harmonie-Schemata. Trotz stilistischen Bandbreite von klassischem Rock und Blues stehen jedem Song Pate.

Der monströse Titel „Thunder Boys“ mit Synthesizer-Baß, ein mit Raum-Mikrofonen aufgenommene Schlagzeug sowie kristalline Vokalstütze unterstreichen den Trend in der Rockmusik: die konsequente Synthese aus traditionellem Rock und neuen Strukturen.

Das britische Quartett „Culture“ hat diesen Weg auf seiner LP „Issing to Be Clever“ (Virgin 1958-320) bereits zielsicher eingeschlagen.

Die sämtlich tanzbaren Titel leiten zum Großteil vom ungemäßigten Gesang des Sängers George. Seine mädchenhafte, reifen dekadent klingende Stimme erstrahlt auf dem „mittleren“ Weltberühmten – Millionen – „Do You Really Want to Hurt Me“ in gekonnt schmalzigem, das unter die Haut geht.

THOMAS OLIVIER

## Bedroht die Koproduktion das europäische Kino?

# Angst vorm Griff in den Fleischtopf

Ein Gespenst schlummert in den Aktenschänken der Brüsseler EG-Kommission. Auf den ersten Blick mutet es gar nicht so schrecklich an: Die europäische Spitzenbehörde ist der Ansicht, daß mehrere nationale Filmförderungsprogramme gegen die Römischen Verträge von 1957 verstoßen. Das deutsche Filmförderungsgesetz beispielsweise, indem es vorschreibt, daß bei einem geförderten Film im Regelfall Regisseur, Drehbuchautor und Hauptdarsteller Deutsche sein müssen. Darin sieht die Kommission nun eine Diskriminierung anderer EG-Bürger und EG-Filme.

Die Sache hat im vergangenen Sommer große Aufregung verursacht, die dann genauso schnell wieder abgeklungen ist, nachdem die Kommission im September beschlossen hatte, auf die ursprüngliche beabsichtigte Klage beim Europäischen Gerichtshof vorerst zu verzichten. Aber das heißt noch lange nicht, daß die nationale Filmförderung nun auch akzeptiert ist, vielmehr wird zur Zeit mit dem Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft über das Problem verhandelt. Und so wird es wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis dem europäischen Film wieder Koproduktionen verordnet werden sollen.

Es ist dies ein Wort, das vor allem bei deutschen Filmregisseuren böse Erinnerungen weckt. An jene Zeit der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre, in denen der deutsche Nachkriegsfilm nach einer wilden Scheinblüte eine genau so heftige Dürre erlebte. Der Siegeszug des Fernsehens (die Besucherzahl in den deutschen Kinos ging von 817,5 Millionen 1958 auf 115,1 Millionen im Jahre 1976 zurück) nahm dem deutschen Film zunehmend den nationalen Markt und damit die Existenzgrundlage. Darauf versuchte man, Hollywood zu kopieren und den europäischen Film zu kreieren, der in Frankreich, Deutschland oder Italien etc. genauso verstanden werden konnte. Und das waren dann die international austauschbaren Versatzstücke. So wurde denn ein Film von Orson Welles mit Romy Schneider und Anthony Perkins in den Hauptrollen als deutsch ausgeben. Oder auch als französisch oder italienisch, je nach der Nationalität der anderen Koproduzenten.

Die Wiedergeburt des europäischen Films in den sechziger Jahren, nouvelle vague in Frankreich oder neuer deutscher Film in der Bundesrepublik, geschah aus der nationalen Kultur heraus. Und das, fürchten viele, ist nun wieder in Gefahr, wenn die EG-Kommission sich durchsetzen sollte. Man fürchtet dabei nicht nur das Wiederaufleben der Euro-Films, sondern auch ein immer stärkeres Eindringen Hollywoods in die europäische Produktion. Und verweist dabei auf das Beispiel Großbritannien, wo es eine für alle offene kommerzielle Produktionsförderung, aber praktisch keinen britischen Film mehr gibt.

Das deutsche Filmförderungsgesetz

stern hat nun viele Fleischtopfe zur Bedienung bereit – zu viele, wie oft gemeint wird. Da muß ein Produzent sich schon recht ungeschickt anstellen, um nicht auch bei geringem Eigenkapital einen Film machen zu können. Fällt nun die Nationalitätsklausel, dann kann Hollywood über seine europäischen Niederlassungen auch hier zulaufen. Wahre Schreckenszahlen haben die Betroffenen sich schon ausgerechnet: Bis zu 75 Prozent der deutschen Fördergelder könnten die Amerikaner an sich ziehen – und dann wohl auch amerikanische Filme mit (vielleicht) europäischem Gesicht machen.

Die Europäer ihrerseits wären dann in Zugzwang versetzt. Um ihren Markt nicht vollends an die Amerikaner zu verlieren, müßten sie Hollywood mit eigenen Waffen zu schlagen versuchen. Und dann wären sie wieder da, die Koproduktionen von einst, für die zusammengebracht wurde, was Namen hatte und Kasse versprach. Bedroht wäre dann zumindest das Kino, das etwas über sein Ursprungsland aussagt. Und wenn man auch gerade dem deutschen Film wünschen möchte, daß er etwas von der provinziellen Enge abstreift, die ihm noch immer oft zu eigen ist, so darf doch bezweifelt werden, daß dies der richtige Weg wäre.

Abgesehen von den Erfahrungen der sechziger Jahre gibt es auch zumindest einen abschreckenden Beleg dafür: die mittlerweile wieder gestoppten Abschreibungsfälle der späten sechziger Jahre, mit denen Großverdiener ihre Steuerprogression herunterschieben konnten. Sie waren wie die Koproduktionen dazu angetan, deutsche Themen von der Leinwand zu verdrängen. Von 100 Filmen des Jahres 1964 spielten gerade 18 in Deutschland, und genau das wiederholte sich jetzt. Weder Pierre Granier-Deferre „Die Frau am Fenster“ noch Billy Wilders „Fedora“ haben irgend etwas mit Deutschland zu tun. Deutsches Abschreibungskapital versickerte auch in dem John-Travolta-Film „Saturday Night Fever“ oder Steven Spielbergs „Unheimliche Begegnung der dritten Art“.

Und es ist auch anzumerken, daß die Berliner Filmförderung, die (neben der bayerischen) als einzige eines Bundeslands das Schwerkriegswirtschaftsamt als einzige Produktionsförderung setzt, gerade dort das Schwächste hervorgebracht hat, wo es um international zugerechnete Produkte ging: etwa Valerian Borovczyk „Lauri“, Wigbert Wickers „Capitling“, Andrew V. McLaglen „Steiner II“, David Hemmings „Schöner Gigolo, armer Gigolo“, Volker Schlöndorff „Die Blechtrommel“, Ulrich Edel „Christiane F.“ – Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ oder Wolfgang Petersen „Das Boot“ (Bayern), sowohl deutsch als auch international erfolgreich, blieben bisher die Ausnahme. Und das hat wenigstens noch deutsche Stellen über die Verteilung der Mittel zu entscheiden.

SVEN HANSEN

## Israels Jugend entdeckt den Volkstanz neu

# Wenn Moshe barfuß ist

Dreitausendfünfhundert Zuschauer saßen auf dem Boden, auf mitgebrachten Gaskeulen dampfte der Kaffee, man reichte sich Hühnerkeulen und belegte Brötchen, weiß-blaue Fahnen wehten überall, und auf die Klänge des Akkordeons tanzten zweihundert Tänzer auf der improvisierten Bühne. Sie zeigten zweihundzwanzig Tänze, die sie vorher auf einer Rundreise durch die Siedlungen im Kibbuz erlernt hatten. Es waren technische, russische, rumänische und yemenitische Tänze, die die Folklore eines Volkes ergaben sollten: des zusammengefügten Judentums, im Jahre 1944, im Kibbuz Dalia im Norden Palästinas. Dies war die erste Folkloreveranstaltung des späteren Israel.

Das zweite Treffen sollte 1946 im selben Kibbuz stattfinden, erfuhr aber ein jähes Ende, als die Panzer der englischen Mandatsbehörden anrückten und den Kibbuz umgaben. Die Tänzer wurden allesamt festgenommen und in Rafah ins Gefängnis gesteckt. Dort entstand die „Depka Rafah“, ein israelischer Kreistanz im Stile der arabischen Depka, mit aggressiv-revolutionärem Charakter.

Im nächsten Jahre fand dennoch eine neue Tanzveranstaltung statt. Obwohl Ausgangsverbot herrschte, trafen sich 25 000 Teilnehmer, harkten sich die Erde zum Sitzen zurecht und sahen dem bunten Programm zu. Tänzer aus Bokharan in gold- und purpurbestickten Kleidern traten auf, aus Kurdistan mit ihren riesigen Trommeln, Gruppen von Yemeniten, Drusen und verschiedener arabischer Nationalitäten.

Nach 1948, der Gründung des Staates Israel, sollten sie alle Teil einer israelischen Folklore werden, die keine eigenen Wurzeln hatte. Der kleine Staat, Schmelztiegel von allen Nationen, strebte in Kultur und Volkskunst eine Einheitlichkeit an, die die riesigen Unterschiede innerhalb seiner Bevölkerung zusammenfassen sollte.

Im Gegensatz zu den selbst-

wickelten, gewachsenen Tänzen anderer Länder wurden die israelischen Volkstänze gemacht, fabriziert aus den Elementen slawischer, skandinavischer und arabischer Tänze, und erhielten ihr spezifisches Temperament durch die eigenwillige Vermischung von yemenitischem Schritt mit Polka, von Walzerakt mit arabischen Sprüngen. Eine der wenigen israelischen Erfindungen ist der scharfe und aggressive Schulterdruck nach vorne: eine Geste des Sich-durchsetzen-Wollens – sicher kein Werk des Zufalls.

Unter den vielen tausend Tänzen, die im Laufe der Jahre erfunden wurden, werden etwa 15 Prozent „echt israelische“ genannt, so die verschiedenen „Hora“ (eigentlich ein rumänischer Tanz), oder die bekannten Wasserkünste. Später bekamen sie in ihrem Thema aus dem arbeitsamen Leben Israels nach seiner Gründung geformt. Es gibt Hirten-, Ernte- und Fischertänze, andere mit allerlei Motiven aus der Landwirtschaft, und Wassertänze zu Ehren des kostbaren, lebenswichtigen Nasses.

Mit den Kostümen gab es etwas Schwierigkeiten. In der anfänglichen Pionierzeit trug man einfache Arbeitskleidung, den Geist des gleichmachenden, gemeinsamen Aufbaus demonstrierend. Später variierten die Kostüme von biblisch-flatternd bis slawisch stilisiert, aber eine Eigenart kristallisierte sich als echt israelisch heraus: Die Tänzer sind immer barfuß.

Jedes Kind lernt in Israel tanzen, und diese synthetische Folklore bleibt nicht, wie anderswo meist, als Darbietung professioneller Tanzgruppen isoliert; alle Menschen tanzen sie, auf Hochzeiten und anderen Festlichkeiten.

Seit 1982 werden jährliche Volkstanzfestivals abgehalten. Zehntausende strömen zu den Veranstaltungen im Ashkelon Park, im Kibbuz Zemarim am See Genezareth oder ins uralte restaurierte Amphitheater von Caesarea, und



Sinnbild des Sündenfalles: Die Schlange bietet den Apfel vom Baum der Erkenntnis an, der Leiden und schließlich den Tod bringt (aus einem Musterbuch des 19. Jh.).

## Wege ins Weltreich der Schlange

Wer dieses Buch liest, der gewinnt Zugang zu einem seltsamen und geheimnisvollen Gebiet, das sich über die ganze Erde erstreckt. Es ist dies, so könnte man es nennen, das Weltreich der Schlange, jenes seit alters heimlich-unheimlichen, Grauen und Hoffnung verbreitenden Geschöpfes. Nicht nur, daß Schlangen in allen Erdteilen vorkommen und in etwa dreitausend Arten verbreitet sind, auch in den Mythen und Kulturen, Sagen und Legenden, Märchen und Symbolen der meisten Völker spielt diese Unterordnung der Schuppenkriechtiere eine fast unübersehbare Rolle.

Schon die alten Ägypter verehrten mehrere Göttinnen in Schlangengestalt; außerdem galt die Schlange als das mächtigste Tier des Kosmos. Sie begegnet uns als Hüterin von Porten, Heiligtümern und Grabschreibern, vor allem aber auch als Zierde der Königskrone von Kobra statt. Doch auch der Feind des Sonnengottes und der göttlichen Weltordnung, Apophis, wird in Schlangengestalt dargestellt. Ebenso stammt aus dem alten Ägypten, erstmals sichtbar auf einem vergoldeten Schrein Tutench-Amuns, das Uroboros-Symbol, die sich in den Schwanz beißende Schlange als Sinnbild der Ewigkeit.

Diese Ambivalenz von Göttlichkeit und Dämonie, von Segen und Fluch finden wir immer wieder, wenn in alten Überlieferungen von der Schlange die Rede ist. Der Schweizerische Gelehrte Hans Egli behandelt in seinem Buch „Das Schlangensymbol“ (Walter-Verlag, Olten, 324 S., 28 Abb., 44 Mark) die biblische Geschichte von der Schlange im Paradies, das Schlangensymbol des Moses und die „Ehrer Schlange“ der durch die Wüste ziehenden Juden; er berichtet von den verschiedenen Weltanschauungen und Weltuntergangstheorien der Sumerer, Babylonier, Assyrer, Indier, Chinesen, Germanen und Amerikaner, in denen Riesenschlangen, Drachen und ähnliche Ungeheuer, oft mit mehreren Köpfen, ihr Unwesen treiben.

Wohin wir auch blicken, überall finden wir die Schlange in Mythos, Märchen und Brauchtum, in Sage, Legende und Aberglauben. Die Schlange erscheint als Königin der Unterwelt und als Emblem der Sonne, als teuflisch-böses Tier und als Verkörperung der Klugheit, als segensbringender Schutzgeist und als Gesundheit, Fruchtbarkeit und Reichtum spendende Freundin der Menschen. Da gibt es den „Schlangengiganten“, die „Regenbogen-schlange“, die Natter als Schatzhüterin und weisendes Wesen, die geraubte Prinzessin im Drachennest, die mit Ungeheuern kämpfenden Heroengestalten Perseus, Herakles, Siegfried, Tristan und Georg, den die Urfluren gewal-

tig zum Himmel aufsteigenden Leviathan, den auf dem Kopf der Schlange Kaliya tanzenden hinduistischen Gott Krishna und die den Schädel einer sich windenden Vipera zertretende apokalyptische Madonna.

Es gibt die gnostische Sekte der Ophiten, welche die den Menschen zum Sündenfall verführerische Schlange vergötterten, weil sie Adam jenseits des Wissens erschloß, das der Weltbeherrscher ihm vorenthalte; wollte die Verheißung des Propheten, daß im messianischen Reich nicht nur Lamm und Löwe, sondern auch Säugling und Giftotter gefahrlos miteinander spielen würden; und schließlich wählte sich auch noch Nietzsche Zarathustra zu Gefährten seiner Einsamkeit im Gebirge einen Adler und eine Schlange.

Hans Egli läßt kaum etwas aus und ist, obwohl eine Unmenge an Literatur ausgewertet, dennoch niemals trocken und langweilig zu lesen. Sein Buch über die Schlange wendet sich keineswegs nur an akademische Symbolforscher, Völkerkundler, Mythologen sowie ikonographisch und motivgeschichtlich interessierte Kunst- und Literaturwissenschaftler, sondern an alle, die sich einen Sinn für die unendlich reiche, vielschichtige und vieldeutige Welt unserer Menschheitsüberlieferungen bewahren wollen über eines der faszinierendsten, die Phantasie aller Weltalter erregenden Geschöpfe: die im Paradies wie in der Hölle beheimatete, als Sinnbild des Sündenfalls wie der Erlösung geltende Schlange.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

## J. Badhams Action-Film „Das fliegende Auge“

# Voyeur im Hubschrauber

Die Ausgangssituation ist die zu kumulusbüchse: Los Angeles, drecks, erwarbost und gefährlich wird von Rikbern, Mordern, Brandstiftern und Vergewaltigern bedroht. Die Polizei hat Luftüberwachungskommandos eingesetzt, die mit Hubschraubern über die Häuser fliegen, ihre Scheinwerfer auf verdächtige Autos und Personen richten, kraftfahrende Kollegen zu den Tatorten dirigieren und, wenn's nottut, schießend, leuchtend, staubaufwirbelnd einreisen. Wenn's nicht nottut, vergnügen sie sich als Voyeure, schweben von lohnenden Fenstern und schauen nackten Damen beim Turnen zu.

In diese Idylle bricht eines Tages der Colonel Cochran ein (Malcolm McDowell), ein Typ wie Peter von Eick, Vietnamkriegs-veteran, der Polizeipol Frank Murphy. Er bringt nebst einigen Militärs und Finanzbeamten der Regierung einen Spezialsuperhubschrauber namens „Blue Thunder“ mit, den Frank Murphy (Roy Scheider, nett, klein, gemütlich verblissen, ein bisschen nach Humphrey Bogart geschnitten) testen muß.

Der „Blue Thunder“ ist nicht nur ein „fliegendes Auge“, sondern auch ein fliegendes Ohr, eine fliegende Schießmaschine, ein fliegender Panzer. Er sieht kilometerweit, was auf Erden geschieht, hört alles, was gesprochen wird, ob auf der Straße oder hinter Häuserwänden, fotografiert elektronisch-digitale Bilder durch Mauer hindurch, schießt aus sechs Kanonen 4000 computergezielte Schüsse pro Minute und weiß auch alles, denn er ist mit sämtlichen Datenbanken Amerikas verbunden.

Frank Murphy, der sich, etwas zusammenhanglos, gelegentlich an Vietnam erinnert, durchschaut als bald, daß Cochran und seine Freunde Argus planen, daß der Hubschrauber weniger der Ruhe und der Ordnung als verschwörerischen Zwecken dienen soll (weil eben eigentlich, bleibt etwas ungewiß) und daß schließlich ihm selbst, Frank Murphy, die Liquidierung droht.

Damit hört, lang eh der Film zu Ende ist, die Handlung ziemlich auf. Da setzt sich Frank Murphy in den „Blue Thunder“, entführt ihn und tut, was Vietnamveteranen in solchen Fällen tun: Er eröffnet als schweigsamer Einzelheld seinen privaten Krieg gegen den Feind.

Die letzte halbe Filmstunde vergeht mit einer wilden Hubschrauberjagd über Los Angeles, durch die Straßenschluchten der Stadt, rechts um Hochhäuser rum, links um Hochhäuser rum, unter Brücken durch. Das ist spannend, trickreich und turbulent gemacht: Hubschrauber prallen gegen Mauern, ein Polizeiflieger wird an-, ein Dönsjäger abgeschossen, Wolkenkratzerrohre, nebenbei besteht Freundin Kale eine Autobahn, hier explodiert dort brennt etwas, im Tower steht man sich die Haare, Frank Murphy fliegt – mit dem Hubschrauber! – einen Looping.

Das sieht man zehn Minuten lang ganz gern. Dann freilich meint man, es wäre Zeit, allmählich wieder ein paar Handlungsaspekte zu investieren. Die aber haben sich der Autor literarisch (von dem der „Alien“ ist) und Regisseur John Badham zugunsten der luftakrobatischen Kunstflugvorführungen gespart. Und auch schon vor der großen Jagd wuchern die Einfälle nicht gerade üppig. Nun horchen die tollkühnen Flieger noch einmal in ein Schlafzimmer, schauen mit Thermoblick einem Mädchen von oben her ins ausladende Dekolleté; dazwischen führen sie Gespräche von wortreicher Humoristik.

Der Super-Hör-, Seh-, Schieß- und Antidatenschutzhubschrauber wäre gut für eine ganze – nicht übertrieben anspruchsvolle, aber unterhaltsam spannende TV-Serie. Die aber ist nicht mehr zu erwarten, der „Blue Thunder“-Prototyp, fünfzehn Millionen teuer, ist kaputt. Frank Murphy ließ ihn zum Schluß von einem Güterzug überfahren.

LUDWIG MERKLE

## JOURNAL

### Bürgerrechtler in Moskau verurteilt

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am 21. Januar der 48jährige Moskauer Mathematiker und Publizist, Vadim Jankow, zu vier Jahren Lagerhaft und drei Jahren Verbannung verurteilt. Jankow war im August letzten Jahres unter dem Vorwurf der „antisowjetischen Agitation und Propaganda“ verhaftet worden. Inkriminiert wurden ihm neben in der Zeitschrift „Kontinent“ veröffentlichten Aufsätzen ein 40 Seiten langer „Offener Brief an die russischen Arbeiter“ zu den Ereignissen in Polen. Die Anklage gegen die im Sommer 1982 unter dem Vorwurf der „Verleumdung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung“ (Art. 190-1) verhaftete Dozentin Soja Krachmalnikowa ist durch Art. 70 („antisowjetische Agitation und Propaganda“) ersetzt worden. Frau Krachmalnikowa, die als Redakteurin in der religiösen Samiedat-Zeitschrift „Nadeschda“ (Hoffnung) angestellt wird, hat damit ein höheres Strafmaß zu erwarten als ursprünglich vorgesehen.

### Shakespeare-Preis an David Hockney

Das deutsch-britische Kuratorium unter Vorsitz von Herrn Professor Dr. Rudolf Haas, Universität Hamburg, hat den Shakespeare-Preis der Stiftung F.V.S. für das Jahr 1983 dem Maler David Hockney, London, zugesprochen. Der mit 25 000 Mark dotierte Preis ist dem Anteil des englischsprachigen Europa an der Pflege des europäischen Kulturerbes gewidmet und wird Persönlichkeiten zuerkannt, die sich durch hervorragende Leistungen in den Bereichen der Künste, der Literatur und der Geisteswissenschaften ausgezeichnet haben. Der Preis wurde bereits vor dem Kriege zweimal verliehen und erneut 1967 zur Verfügung gestellt. Mit dem Preis ist ein Stipendium in Höhe von 9000 Mark für ein einjähriges Studium in der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Der Preisträger hat hierfür das Vorschlagsrecht.

### Neuer Kältereord wurde erreicht

Japanischen Wissenschaftler ist es gelungen, einen neuen Kältereord aufzustellen. Die Forscher am Institut für Festkörperphysik in Tokio haben dabei an der absoluten Nullpunkt von 273,15 Grad Celsius auf 0,000 03 Grad heran. Praktische Bedeutung kommt dieser experimentellen Glanzleistung vor allem im Bereich der Elementarteilchenforschung zu. Dort werden riesige energiefressende Elektromagnete gebraucht, die aber bei Abkühlung auf Temperaturen nahe dem absoluten Nullpunkt praktisch kein Wärmeverlust, also energienegierend arbeiten.

### Persische Miniatur für Islamisches Museum

Für das Berliner Museum für Islamische Kunst konnte eine zweite Miniatur aus dem persischen „Buch der Könige“ erworben werden, deren Qualität von Kennern durchaus mit abendlichen Spitzenwerken, etwa Zeichnungen Dürers, verglichen wird. Das 1525 entstandene Blatt trägt den Titel „Der Dichter Fir-daus beweist Sultan Mahmud von Gazna seine Meisterschaft“. Auf kleiner Fläche sind 59 Personen in der Miniatur dargestellt. Das Blatt befindet sich in amerikanischem Sammlerbesitz.

### Wagner-Ausstellungen in Karlsruhe

Wenn es nach Richard Wagner gegangen wäre, hätte er sich möglicherweise in Karlsruhe niedergelassen und dort seinen „Tristan“ aufgeführt. Seine Pläne scheiterten, wie man weiß, dennoch Karlsruhe unter dem Dirigenten Fritz Motz von 1880 an zu einer wichtigen Wagner-Stadt geworden, wie zwei Ausstellungen beweisen, die jetzt im Badischen Staatstheater und im Foyer der Badischen Landesbibliothek zu sehen sind.

### Von der Zeichnung bis zum Hodler-Gemälde

Ferdinand Hodler – Zeichnung – heißt eine Ausstellung des Kunstmuseums Winterthur. Sie umfaßt wesentliche Teile aus der Sammlung Hornstein, Montreal. Das Besondere an der Auswahl ist, daß es sich um verschiedene zeichnerische Vorstufen zu neun bekannten Gemälden Hodlers handelt. Dadurch können die Besucher den Weg von ersten Entwürfen bis zum fertigen Gemälde verfolgen. Die Ausstellung ist noch bis zum 6. März in Winterthur zu sehen. Anschließend geht sie vom 15. April bis 3. Juni nach Solothurn. Der Katalog kostet 20 Sfr.

### Meid-Gemälde gesucht

Die Stadt Pforzheim beabsichtigt, vom 10. Juli bis 11. September 1983 eine Ausstellung mit Werken des Künstlers Hans Meid zu zeigen, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre. Erstmals soll dabei der Maler Meid angemessen Berücksichtigung finden, der bisher meist hinter dem Grafiker zurückzustehen hatte. Da es zahlreiche Hinweise darauf gibt, daß sich eine Reihe von Gemälden Meids in Privatbesitz befindet, bittet das Kulturamt der Stadt Pforzheim, Postfach 7, 7500 Pforzheim, um eine entsprechende Nachricht.

## Schwyzerdütsche Töne in der Pilotenschmiede

Um die Verkehrsfliegerschule der Lufthansa voll auszulasten, lernen auch Schweizer und Afrikaner dort ihr Handwerk

W. WESSENDORF, Bremen  
Internationaler Standard hatte die Verkehrsfliegerschule der Deutschen Lufthansa schon immer. Jetzt wird die Pilotenschmiede auf dem Neuenfelder Feld am Flughafen ganz international. Zum Pilotennachwuchs der gelb-blauen Fluggesellschaft und ihrer Chartertochter Condor stoßen künftig Flugschüler aus der Schweiz und aus afrikanischen Ländern.

Schon klingen im Schul- und Cockpit englisch-schwyzerdütsche und -französische Akzente an. Schweizer Fluglehrer haben mit Schulleiter und DC-10-Kapitän Dieter Harms (42) die auf den praktischen Flugunterricht bezogenen Lehrgänge vorbereitet. Die graue Theorie wird in Zürich gepaukt. Pilotenschüler aus Kamerun werden demnächst erwartet.

Für die eidgenössische Swissair war die Verlagerung der Flugschulung in die Weser zur dringenden Notwendigkeit geworden. Ihr fehlte zur Schulung an Trainingsflugzeugen, die der technischen Ausrüstung der Cockpits in modernen Verkehrsflugzeugen

entsprechen. Der Sprung von der kleinen zweimotorigen Piper Aztek auf die DC-9 war zu groß.

Aber auch für die Verkehrsfliegerschule kommt der Zulauf wie gerufen. Die weltweit spürbare Rezession im zivilen Luftverkehr zwingt auch die Lufthansa zum Flottenabbau. Zwei neue Mittelstreckenflugzeuge vom Typ Airbus A 300 sind an die Air Algérie verchartert, zwei weitere Großraumflugzeuge werden von Sommer an von der Condor eingesetzt. Insgesamt möchte sich die Lufthansa von sechs ihrer elf Airbusse trennen, wenn die kleinere Version A 310 in Dienst gestellt wird.

Zudem wird der A 310 nur ein Zweifachdecker haben. Der Bedarf an Nachwuchs-Piloten geht mithin zurück. Dieter Harms: „Der Ausstoß ist bereits drastisch reduziert worden. Wir haben weniger Lehrgänge.“ 130 Absolventen müssen schon ein Jahr lang warten, ehe sie als Kopiloten eingesetzt werden können. Die Pause zwischen Lehrgang und Einsatz überbrücken sie zwar bei der Lufthansa, aber nicht im Cockpit.

Die zukünftigen Piloten arbeiten im Frachtbereich, bei der Passage oder in der Kabine als Flugbegleiter. „Diejenigen“, so Dieter Harms, „die es sich leisten können, machen Urlaub.“ Nach zwölf Monaten Abstinenz vom Steuerknüppel erhalten sie in Bremen einen Auffrischkursus, ehe sie mit dem Linientraining und der Routeneinweisung beginnen.

Die Kapazität der in einem roten Backsteingebäude untergebrachten Pilotenschule liegt bei 110 Schülern. Dazu kommen jährlich rund 50 Transportflieger der Bundeswehr. Um die 30 Millionen Mark jährlich an festen Kosten zuzuspielen, muß die Schule zu 90 Prozent ausgelastet sein. 160 Beschäftigte sorgen unter Dieter Harms im Lehrbetrieb, bei der Verwaltung und der angeschlossenen Werft für reibungslosen Betrieb. Dank des Swissair-Auftrages kann DC-10-Kapitän Harms jetzt 100-prozentige Auslastung vermeiden.

Der Vertrag mit den Eidgenossen ist auf drei Jahre befristet und sieht vor, daß die Schweizer rund 1500 Flugstunden auf den moder-

nen Schulungsflugzeugen vom Typ King Air C-90 absolvieren. Das Cockpit des Trainers entspricht dem des Boeing City-Jets 737. Pilotenschüler aus Fremd- und Drittländern, so der Lufthansa-Sprachgebrauch, waren schon häufiger in Bremen zu Gast. Gesellschaften aus Malawi, Somalia, Libyen und Thailand schickten ihren Nachwuchs an die Weser. Air Kamerun belegte vom Frühjahr an drei Lehrgänge für Theorie und Praxis mit je zwölf künftigen Flugschülern. Dieser Vertrag ist auf zwei Jahre ausgesetzt.

Auch die Lufthansa selbst bildet weitere Piloten aus. Dabei ändert sich aber die Aufnahme-Voraussetzung. Pilotenanwärter müssen als Flugschüler ausgebildet sein, das heißt, Fachhochschule beziehungsweise Universität absolviert haben. Bisher genügte den 3500 Piloten, die seit Gründung der Schule 1956 ihre Lehrgänge bestanden haben, das Abitur. Diese neuen fachlichen Kriterien sollen erst einmal für die nächsten drei Jahre gelten. 50 Flugschüler sitzen bereits im Simulator.

## Den Bienen droht eine tödliche Seuche

In Hessen und Nordbaden gingen schon Tausende von Völkern ein / Die Wissenschaftler sind ratlos

V. M./Bru, Bonn  
„Aufzuhalten ist die Seuche nicht mehr. Wir werden wohl damit leben müssen.“ Mit dieser resignierenden Feststellung trifft Professor Günther Wachendorf (51), Direktor der staatlichen Veterinäranstalt in Frankfurt, Deutschlands Inker mitten ins Herz. Bienenzüchter aus allen Bundesländern melden seit geraumer Zeit Verluste durch eine der größten Tierseuchen aller Zeiten, die Varroose.

Aleim im Raum Frankfurt sind mehr als 1000 Bienenvölker eingegangen. In Hessen und Nordbaden wurden insgesamt 2500 Bienenvöl-

ker Opfer der Seuche. Jedes zehnte der insgesamt 1,1 Millionen Bienenvölker in Deutschland ist von der heimtückischen Seuche befallen.

Dennoch gibt es jetzt einen Hoffnungsschimmer, die durch eine Milbe ausgelöste Seuche in den Griff zu bekommen. Veterinäre und Bienenfachleute aus ganz Westeuropa haben vor wenigen Tagen im holländischen Wageningen ein Forschungsprogramm beschlossen, das nach neuen Wegen der „biologischen“ Seuchenbekämpfung suchen soll. Die Finanzierung – nach vorsichtigen Schät-

zungen wird zunächst eine Million Mark benötigt – soll die EG übernehmen.

Bis das Programm fruchtet, steht den Inker nur ein einziges Mittel zur Verfügung, um die ursprünglich in Südostasien heimische Varroa-Milbe, die sich als Parasit von der Körperflüssigkeit der Biene ernährt, zu bekämpfen. Das Räuchermittel erreicht aber nur 80 bis 90 Prozent der „Kästen“. Die Eier der Milben in den Brutzellen der Biene bleiben davon unberührt, erklärt Wachendorf, das Milbengift kann die Seuche höchstens bremsen. Aufzuhalten ist sie nicht mehr.

Die Varroose wurde 1977 in die Bundesrepublik eingeschleppt, vermutlich von Wissenschaftlern, die sich der Gefährlichkeit ihrer Forschungen nicht bewußt waren. Bewiesen wurde dieser Vorwurf freilich nie.

„Ganze Arbeit“ hat die Varroa-Milbe schon in Jugoslawien, Rumänien und der Türkei geleistet. Dort ist die Imkerei praktisch am Ende. Auch Nordafrika und Südamerika sind bereits verseucht. Lediglich Spanien, England und Nordamerika blieben bisher verschont.



Kasten-System

In Boston fotografiert von HENNING CHRISTOPH

## 80 Tote beim Karneval in Rio de Janeiro

dpa, Rio de Janeiro  
Der Karneval von Rio de Janeiro hat in diesem Jahr erneut viele Menschenleben gefordert. Nach Angaben des Gerichtsmedizinischen Instituts wurden von Freitag bis Montag 80 Leichen eingeliefert. Rund 3700 Menschen mußten stationär behandelt werden. Es wird jedoch angenommen, daß die endgültige Zahl der Karnevals-Toten weit höher liegt.

In den Notstationen der Krankenhäuser herrschte am Wochenende weiterhin Hochbetrieb. Das sonntägliche Wetter zog viele Nachbarn an die Atlantikstrände der Stadt. Rettungstruppen mußten 69 Menschen vor dem Ertrinken retten. Die meisten waren hinausgeschwommen, obwohl rote Fahnen vor starkem Wellengang warnten.

Unterdessen gingen auch gestern noch die Unfälle durch die Straßen von Rio weiter, bei denen Zehntausende Kostümierte und Schaulustige unterwegs waren. Am Montagmittag war bei Temperaturen bis zu 40 Grad Celsius im Schatten der farbenprächtigsten und längsten Umzüge des diesjährigen Karnevals zu Ende gegangen. Mehr als 18 Stunden lang waren 80 000 kostümierte Mitglieder der zwölf besten Sambaklubs an rund 700 000 Zuschauern vorbeigezogen.

## Haftbefehl aufgehoben

dpa, München  
Der Haftbefehl gegen den als Entführer des 13jährigen Sven Lehne verdächtigten Walter Kappl ist vom Oberlandesgericht München rechtskräftig aufgehoben worden. Es sieht keinen dringenden Tatverdacht mehr.

## Ein Toter bei Großbrand

dpa, Brunsbüttel  
Bei einem Großfeuer bei einem Chemie-Werk in Brunsbüttel ist gestern ein Arbeiter getötet worden. Fünf Mitarbeiter wurden zum Teil schwer verletzt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. Die Brandursache ist noch ungeklärt.

## Bachmeier verantwortlich

dpa, Lüneburg  
Die des Mordes angeklagte Marianne Bachmeier tritt nach Ansicht der Hildesheimer Psychologin Professor Elisabeth Müller-Luckmann (60) nicht an einer „Bewußtseinsstörung“, als sie am 6. März 1981 im Gerichtssaal den mutmaßlichen Mörder ihrer Tochter Anna, den Schächter Klaus Grabow, erschoss. Vor Gericht räumte die Psychologin gestern jedoch ein, Frau Bachmeier habe sich in einer „sehr seltenen Ausnahmestellung“ befunden.

## Einkaufszentrum abgebrannt

dpa, Oberhausen  
Vermutlich mehr als zehn Millionen Mark beträgt der Schaden, den am Rosenmontag ein Großbrand in einem Oberhausener Einkaufszentrum angerichtet hat. Die Polizei vermutet, daß das Feuer in einer Gaststätte ausgebrochen ist. Die meisten Geschäfte und Lokale des Zentrums waren wegen des Karnevalsrumms geschlossen.

## Urteil zu „wilden Müll“

AP, Berlin  
Die Beseitigung von „wildem Müll“ auf Privatgrundstücken ist nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts nicht Aufgabe der öffentlichen Müllabfuhr, sondern des Grundstückseigentümers. Ein Grundstückseigentümer hatte sich geweigert, ein nicht eingezäuntes Grundstück von Müll zu säubern, der dort von Dritten verbotswidrig abgeladen worden war. (AZ: BVerwG 7 C 45/80 vom 11. 2. 1983).

## Funkgespräch aufgefangen

AP, Dublin  
Die irische Polizei hat gestern die Suche nach dem entführten Zuchtstute Sherger auf den westlichen Bezirk Galway konzentriert, nachdem dort ein in der Pferdedecke zugeschriebenes verschlüsseltes Funkgespräch aufgefangen worden war.

## Erfinder des Jahres

AFP, Salt Lake City  
Der amerikanische Arzt Robert Jarvik ist in Washington zum Erfinder des Jahres gewählt worden. Der Mediziner erhielt diese Auszeichnung für das von ihm entwickelte Kunstherz, das seit dem 2. Dezember vergangenen Jahres in der Brust des ersten Kunstherzempfängers der Welt, Barney Clark, schlägt.

Das beste ist: eine gute Versicherung.

Jederzeit Sicherheit

SIGNAL

VERSICHERUNGEN

## ZU GUTER LETZT

In New York drang ein bewaffneter Räuber in eine Bank ein, blief vor der Kasse widerständig stehend und ließ sich widerstandslos festnehmen. Später sagte er aus: „Ich war von der Schönheit der Kassierin so überwältigt, daß ich vergessen habe, warum ich gekommen bin.“

## Der Dschungel am Amazonas soll für Brasilien zur Goldgrube werden

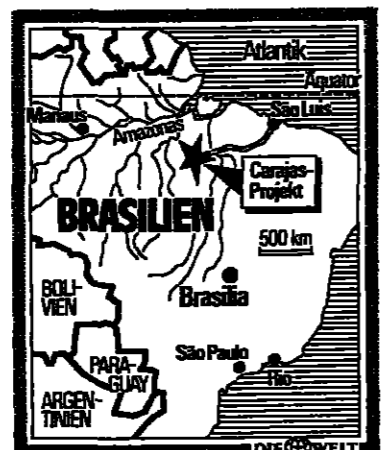
Zufall führte zu riesigen Rohstoffreserven / Regierung will 61 Milliarden Dollar investieren

WERNER THOMAS, Caracas  
Vor 16 Jahren hat der brasilianische Geologe Breno dos Santos, der im Amazonas-Becken nach Bodenschätzen suchte, mit seinem Hubschrauber landen müssen, um aufzutanken. Der Pilot kreiste tief über dem Dschungel, bis er überraschend eine fast helle Stelle entdeckte. Dos Santos wußte sofort, weshalb sich hier keine Vegetation bilden konnte: „Unglaublich, wir waren auf einem Berg von Eisen gelandet.“

São Luis, der am Atlantik gelegenen Haupt- und Hafenstadt des Staates Maranhao, entstehen. Das bereits 1978 in Angriff genommene Eisenbahnprojekt hat in der Zwischenzeit die sichtbarsten Fortschritte erzielt: Die 8000 Arbeiter, die rund um die Uhr schuften, konnten bereits die Trasse durch den Urwald schlagen. Im nächsten Jahr sollen die ersten Züge zwischen São Luis und Serra dos Carajas pendeln. Einer der 120-Wagen-Züge kann 15 000 Tonnen Eisen transportieren. Die Fahrt zum Atlantik

fin Netto hofft, daß die Rohstoff-Exporte Ende dieser Dekade bereits 15 Milliarden Dollar im Jahr bringen. Schon produziert eines der Bergwerke, mit der Bundesrepublik, Japan, Frankreich und Italien verknüpfte Verträge zur Lieferung von mehr als 26 Millionen Tonnen Eisen unterzeichnet.

Das gigantische Erschließungs-vorhaben geht nicht kritiklos über die Bühne. Es hat bisher nicht an Einzelwunden und Bedenken gefehlt. Sozialreformer meinen, daß solche Projekte die Probleme der Umwelt und des Elends im Nordosten Brasiliens nicht lösen. Matheus Otello, ein früherer Priester, der in der Amazonas-Metropole Belem für das linkskatholische „Land-Komitee“ arbeitet, sagte: „Wir brauchen eine Bodenreform und eine Unterstützung der kleinen Bauern. Carajas nützt da wenig.“ Umweltwissenschaftler warnen vor der Zerstörung der „grünen Lunge“ dieses Kontinents und erinnern daran, daß andere Projekte dieser Art an den immensen Schwierigkeiten mit der Natur gescheitert sind: Der amerikanische Automobilkönig Henry Ford wollte in den zwanziger Jahren von „Fordlandia“ aus die ganze Welt mit Gummi versorgen. Der US-Militär Daniel K. Ludwig träumte von Holz- und Papierfabriken am Jari-Fluß. Nach Investitionen von mehr als drei Millionen Dollar registrierte er vor zwei Jahren. Die Brasilianer mußten 1977 den Bau der schlecht geplanten Autostraße Permatral Norte nördlich des Amazonas aufgeben. Verlust: 100 Millionen Dollar.



und zurück wird 52 Stunden dauern.

Der lateinamerikanische Riese Brasilien (122 Millionen Menschen, 8,51 Millionen Quadratkilometer Fläche) ist das höchstverschuldete Land der Welt. Brasilien muß in den nächsten Monaten umschulden, sonst droht die Zahlungsunfähigkeit. Dennoch machte die Regierung an dem kostspieligen Carajas-Projekt keine Abstriche. Planungsminister Antonio Delfim Netto: „Wir brauchen Carajas in den nächsten Jahrzehnten als Devisenquelle. Dies ist das exportintensivste Projekt der Nation.“ Del-

Das gigantische Erschließungsvorhaben geht nicht kritiklos über die Bühne. Es hat bisher nicht an Einzelwunden und Bedenken gefehlt. Sozialreformer meinen, daß solche Projekte die Probleme der Umwelt und des Elends im Nordosten Brasiliens nicht lösen. Matheus Otello, ein früherer Priester, der in der Amazonas-Metropole Belem für das linkskatholische „Land-Komitee“ arbeitet, sagte: „Wir brauchen eine Bodenreform und eine Unterstützung der kleinen Bauern. Carajas nützt da wenig.“ Umweltwissenschaftler warnen vor der Zerstörung der „grünen Lunge“ dieses Kontinents und erinnern daran, daß andere Projekte dieser Art an den immensen Schwierigkeiten mit der Natur gescheitert sind: Der amerikanische Automobilkönig Henry Ford wollte in den zwanziger Jahren von „Fordlandia“ aus die ganze Welt mit Gummi versorgen. Der US-Militär Daniel K. Ludwig träumte von Holz- und Papierfabriken am Jari-Fluß. Nach Investitionen von mehr als drei Millionen Dollar registrierte er vor zwei Jahren. Die Brasilianer mußten 1977 den Bau der schlecht geplanten Autostraße Permatral Norte nördlich des Amazonas aufgeben. Verlust: 100 Millionen Dollar.

Carajas ist das erste großangelegte Amazonas-Projekt, das einen Erfolg verspricht“, kontiert Olavo Setubal, Präsident der zweitgrößten brasilianischen Bank Banco Itau. Er betont, daß diesmal im Gegensatz zu früheren Projekten eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Privatindustrie existiert. „In Carajas ist aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt worden“, versichert der Bankier. (SAD)

## Experten-Rat stand unter einem schlechten Stern

Firmen-Horoskope sind doch nicht steuerlich absetzbar

„In deiner Brust sind meines Schicksals Sterne.“ (Schiller, Piccolomini)

HANS-R. KARUTZ, Berlin  
Für Sterndeuterei auf Steuerzahlers Konten verdunkelten kürzlich die Finanzreferenten des Bundes und der Länder das Himmelsgeschehen. Sie alle – vom Schützen bis zum Skorpion – kamen beim Berechnungspunkt „Horoskop-Honorare als Betriebsausgaben“ überein, daß derlei Ausgaben – bei Wallenstein! – nicht als abzugsfähige Betriebsaufwendungen zu betrachten seien.

Damit korrigierte die Expertenrunde das gegenteilige Urteil eines Spezialisten der Oberfinanzdirektion Berlin. Er hatte in der „Kennzeichen“-Sendung vom 9. Dezember 1982 der erstaunten Öffentlichkeit erklärt, derartige Kosten für Sterndeuterei, die Firmeninhaber betreiben, um über Investitionen zu entscheiden, seien im Sinne des Steuerrechts abzugsfähig.

Berlins Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) – eher Karate-Künsten als den Konstellationen von Gestirnen zugetan – mußte sich nun Gedanken über die Auskunft dieser Behörde machen. Sie untersteht sowohl dem Senat als auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg.

Ein Berliner SPD-Parlamentarier, Rechtsanwalt von Beruf, hatte nämlich das TV-Magazin verfolgt und sich leicht verwirrt an Berlins Schatzkammer gewandt: Die Steuerexperten des Senats hatten offenbar mit Shakespeare (Heinrich VI.) gemeint, nur „wenige richten sich nach ihrem Stern“, und fleißig das Einkommenssteuergesetz studiert. In Paragraph 4, Absatz 4, heißt es: „Die unter dem Unternehmen des Landes kein günstiges Gestirn mehr. Denn Altmeister Goethe reimte bereits: „Die Sterne, die begehrt man nicht, man freut sich ihrer Pracht, und mit Entzücken blickt man auf in einer heitern Nacht.“

## „Challengers“ Start wird zur Herausforderung

WOLFGANG WILL, New York

Die „Challenger“, Amerikas zweites Raumflugzeug, ist nun schon vor dem Start zur Herausforderung geworden. Ihr Jungfernfug, ursprünglich für Ende Januar in Aussicht gestellt, ist eines neuen Lecks wegen nicht vor Ende März zu erwarten. Damit ist der ganze Zeitplan durcheinandergeraten – zur Enttäuschung der Europäer. Ihr „SpaceLab“-Unternehmen kann nunmehr voraussichtlich nicht mehr in diesem Jahr, sondern erst im Februar 1984 gestartet werden. Das gleiche, gelinde gesagt, einer mittleren Katastrophe. Für die Nasa aber, den Konzern Rockwell International und die gesamte US-Industrie erhebt sich nach der erneuten Panne allmählich die Frage, wie zuverlässig ihre Qualitätskontrollen noch sind.

Es scheint, als gehörten die Tage, da US-Präsident John F. Kennedy noch einen Termin für ein Wagnis wie die Mond-Landung setzen konnte, des Vergangenen an. Mit mehreren Jahren Verzögerung konnte das Projekt „Raumflugzeug“ überhaupt erst in Angriff genommen werden. Immer deutlicher zeigt sich inzwischen, daß nunmehr die Realisierung an vermeintlichen Pannen scheitert.

Die Schwertestmaschine der „Columbia“, die weiterhin flügellose „Challenger“, war kaum auf der Startrampe 39 des Kennedy Space Center positioniert worden, da ergab ein Test, daß ein Triebwerk nicht zufriedenstellend arbeitete. Der Verdacht, daß dieses Triebwerk ein explosionsgefährdendes Leck aufwies, wurde nach wochenlangen Reparaturen und Ausgaben von drei Millionen Dollar bestätigt.

Ursache dieses peinlichen Fehlschusses, das schon vom Hersteller Rockwell entdeckt und behoben schien: Rockwell hatte versäumt, die Schweißstelle aus entsprechend zu „härten“.

Inzwischen wurde auch beim Ersatztriebwerk eine fehlerhafte Wärmestauschpumpe festgestellt. Dabei war auch dieses Triebwerk erst kurz zuvor für einwandfrei befunden worden.

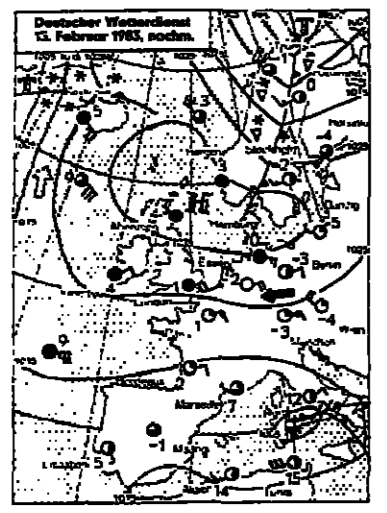
Hinzu kommt, daß auch die beiden vermeintlich fehlerfreien Triebwerke nicht sauber arbeiten.

Diese „Kleinigkeiten“ kosteten die Nasa bereits zusätzliche vier bis fünf Millionen Dollar. Vergleichbare, auf mangelhafte Qualität zurückzuführende Probleme hatte es beim Raumflugzeug-Projekt schon früher gegeben: beispielsweise die beiden schadhafte Raumstationen während der fünften „Columbia“-Mission: sie waren so schludrig gearbeitet, daß sie nicht eingesetzt werden konnten.

Und jetzt das Triebwerks-Fiasco: Im günstigsten Fall könnte „Challenger“ mit zwei Monaten Verspätung starten. Damit ist der gesamte Nasa-Flugplan durcheinandergeraten. Amerikas erste Astronautin Sally Ride, und der deutsche Satellit „Spas“ können nicht mehr am 30. April, sondern erst Mitte Mai starten. Die dritte „Challenger“-Mission „rutscht“ damit von Juli auf August, womit der September-Flug von Ulf Merbold, dem ersten deutschen Wissenschafts-Astronauten, mit seinem „SpaceLab“ nicht mehr zu verwirklichen ist. Zwar könnte das bei Erno in Bremen montierte europäische Raumlabor theoretisch noch im Oktober auf die Reise geschickt werden, aber auch das „SpaceLab“ dürfte erst ’84 flügge werden. (SAD)

## WETTER: Überwiegend sonnig

Wetterlage: An der Südseite eines Hochdruckgebietes mit Kern über der nördlichen Nordsee strömt weiterhin Kaltluft aus Nordosten nach Deutschland.



## Vorhersage für Mittwoch

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin: Gehtweise in den Frühstunden Nebel und Hochnebel. Sonst überwiegend heiter und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen um null Grad, in Gebieten mit Hochnebel und in den Mittelgebirgen um minus 5 Grad, nachts Frost zwischen minus 5 und minus 10 Grad, bei längerem Aufklaren in Tallagen auch unter minus 10 Grad. Mäßiger, zeitweise auftrübender Nordostwind.

Weitere Aussichten  
Andauer des winterlichen Hochdruckwitters.

Temperaturen am Dienstag, 13. Uhr:	
Berlin	-3°
Bonn	-2°
Dresden	0°
Essen	-1°
Frankfurt	-1°
Hamburg	0°
Köln	-1°
Leipzig	-1°
München	0°
Stuttgart	-1°
Aachen	-2°
Amsterdam	0°
Brüssel	-1°
Budapest	-1°
Bukarest	-1°
Heidelberg	-1°
Istanbul	0°
Kairo	24°
Köpenick	-1°
Las Palmas	17°
London	1°
Madrid	-1°
Mallorca	8°
Moskau	-11°
Nizza	7°
Oso	1°
Paris	-1°
Prag	-5°
Rom	12°
Stockholm	-2°
Tel Aviv	19°
Tunis	15°
Wien	-4°
Zürich	-2°

Sonnenaufgang\* am Donnerstag: 7.33 Uhr, Untergang: 17.40 Uhr, Mondaufgang: 9.36 Uhr, Untergang: 22.34 Uhr. \* in MEZ, zentraler Ort Kassel

## Elektriker sorgten für neue Spannung

HELMUT VOSS, London  
Sie hat strähniges, blondes Haar, trägt meist formlose Pullover, heißt Deirdre und sieht mit ihrer Hornbrille laut „Sunday Mirror“ aus „wie eine verlorenge-Eule auf einem Farnenast“. Am Montagabend um 19.30 Uhr saßen wegen Deirdre schätzungsweise sieben Millionen Engländer rat- und fassungslos vor ihren Fernsehgeräten: ein Kurzstreck von 106 Elektrikern hatte sie um die Antenne, worauf die fundamentale Frage betrogen, ob Deirdre wohl in der Fernsehserie „Coronation Street“ ihren erzbildeten Mann Ken verläßt, ob sie zu ihrem flotten Freund Mike zieht und, überhaupt, wie Ken wohl reagiert.

Beim kommerziellen englischen Fernsehen gab es so viele Anrufe empörter Zuschauer, daß zeitweilig alle Leitungen blockiert waren. Im Ostlondoner Vorort Forest Gate berichtete Colin Saville von einem Erlebnis, das in dieser oder ähnlicher Form viele Landsleute hatten: „Meine Frau war so sauer, daß sie mich mit der 1.20 Meter hohen Karte, die ich ihr zum St.-Valentins-Tag geschenkt hatte bewarft und dann aus dem Haus stürmte.“

Das Schicksal der von der englischen Schauspielerin Anne Kirkbride dargestellten Deirdre Bar-

low beschäftigt Englands TV-Gemeinde seit Wochen so, wie die Dallas-Gemeinde einst die Schüsse auf „J.R.“ beunruhigt hatten. Sie ist eine der Hauptpersonen in einer der erstaunlichsten Dauerserien in der Geschichte des Fernsehens, „Coronation Street“, eine in einem Arbeiterort von Manchester spielende Kleinsche-Leute-Seifenoper, wird seit 22 Jahren ausgestrahlt, hat mehr als 2000 Episoden, 100 Todefälle, sieben Hochzeiten und sechs Geburten erlebt und nebenbei mehr als 3000 Schauspieler „verschluckt“.

Die in einem „Tante Emma“-Laden in der „Krönungsstraße“ arbeitende Deirdre hatte erstmals im Sommer des Jahres 1981 die Nation im Herzen getroffen. Damals bedrängte sie in der gleichen Woche ein Theaterstück, das die Geschichte des Jahrhunderts stattfindet, Nachbar Ken und demonstrierte auf überwältigende Weise die Macht der „Box“. Während Charles und Di 13,7 Millionen Briten an den Bildschirm locken konnten, waren bei Ken und Deirdre nicht weniger als 15,85 Millionen gerührt, „Coronation Street“-Fans zu Gast.

Seit Wochen reiht ermit das frische Land von Deirdre. Die frustrierte Haus- und Ehefrau hat nämlich nur eineinhalb Jahre nach

der Hochzeit ein Techtelmechtel mit dem Fabrikbesitzer und Frauenhelden Mike Baldwin angefangen: Zwar waren auf dem Bildschirm – schließlich ist man in England und außerdem sitzen um diese Zeit Kinder vor dem Bildschirm – bisher nur vielsagende Blicke und ein heißer Kuß zu sehen, aber jeder Stammgast von „Coronation Street“ wußte, was gespielt wird. Die Zeitungen schürten das Feuer, indem sie Umfragen unter ihren Lesern veranstalteten, ob Deirdre wohl Ken verlassen sollte oder nicht. Auch der Bischof von Edmonton, Seine Eminenz Bill Westwood, mischte sich mit einer Warnung ein: „Zuviel Realismus könnte das Ende von „Coronation Street“ bedeuten.“

Dank der bei der Programmgesellschaft „Granada Television“ beschäftigten Elektriker läßt dieser Realismus weiter auf sich warten. Sie kalkulierten clever, daß Deirdres Affäre, die „Coronation Street“ weitere 1,5 Millionen Zuschauer verschafft hat, ein gutes Mittel sei, um auf Lohnforderungen aufmerksam zu machen und zogen eine halbe Stunde vor Übertragungsbeginn den Stecker heraus. Jetzt soll die Episode, auf die ganz England wartet, am Mittwochabend ausgestrahlt werden. (SAD)

سكيا على النهر